Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

160. Sitzung

Bonn, Freitag, den 21. März 1975

Inhalt:

Anlagen

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51



(A) (C)

160. Sitzung

Bonn, den 21. März 1975

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Jaeger: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat soll die heutige **Tagesordnung** um die in der Ihnen vorliegenden Liste aufgeführten Vorlagen ergänzt werden:

a) Beratung der **Sammelübersicht 34** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 7/3306 —

b) Beratung der **Sammelübersicht 35** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 7/3317 —

c) Beratung der **Sammelübersicht 36** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 7/3323 —

Das Haus ist damit einverstanden; es ist so beschlossen.

(B)

Es liegt Ihnen sodann eine Liste von **Vorlagen** vor, die keiner Beschlußfassung bedürfen und die nach § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Betr.: Bericht der Bundesregierung betr. Europäische Hochschulpolitik

Bezug: Beschluß des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 1971

— Drucksache 7/3331 —

zuständig: Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (federführend), Auswärtiger Ausschuß, Ausschuß für Wirtschaft, Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Betr.: Entschließung des Europäischen Parlaments zum Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal

— Drucksache 7/3345 —

zuständig: Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Betr.: Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer Gemeinschaftsregelung für das Fernlehrwesen

— Drucksache 7/3346 —

zuständig: Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Betr.: Entschließung des Europäischen Parlaments zum gegenwärtigen Stand der Energiepolitik der Gemeinschaft

— Drucksache 7/3347 —

zuständig: Ausschuß für Wirtschaft (federführend), Ausschuß für Forschung und Technologie

Betr.: Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem von den Herren Amendola und Lemoine im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden vorgelegten Entschließungsantrag zur Amnestie zugunsten von Kriegsverbrechern

— Drucksache 7/3348 —

zuständig: Rechtsausschuß (federführend), Auswärtiger Ausschuß

Betr.: Entschließung mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 907/73 des Rates vom 3. April 1973 zur Errichtung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit

— Drucksache 7/3349 —

zuständig: Finanzausschuß (federführend), Ausschuß für Wirtschaft

Betr.: Entschließung des Europäischen Parlaments zu den am 11. Oktober 1974 vom Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EWG—Türkei in Istanbul-Tarabya angenommenen Empfehlungen

— Drucksache 7/3353 —

zuständig: Ausschuß für Wirtschaft (federführend), Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Gegen die Überweisungen erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Folgende **amtliche Mitteilungen** werden ohne Verlesung in den Stenographischen Bericht aufgenommen:

(D)

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 152. Sitzung am 17. Februar 1975 verabschiedete und dem Bundesrat zugeleitete Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter — Drucksachen 7/1992, 7/3237 — wurde gemäß § 123 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wie folgt berichtigt:

In Artikel 2 § 1 müssen

1. in Nummer 22 Buchstaben a und b in § 1385 Abs. 3 Buchstabe g und in Abs. 4 jeweils hinter den Worten „§ 1227 Abs. 1" die Worte „Satz 1" eingefügt werden;
2. in Nummer 23 (§ 1401 Abs. 2 a) hinter den Worten „§ 1227 Abs. 1" die Worte „Satz 1" eingefügt werden.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 19. März 1975 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lenzer, Pfeffermann, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Weber (Heidelberg) und der Fraktion der CDU/CSU betr. Forschungsprogramme der Bundesregierung — Drucksache 7/3328 — beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 7/3409 verteilt.

Überweisung von EG-Vorlagen

Der Präsident des Bundestages hat entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

Beschluß des Rates über die Anwendung der Verordnung (EWG) des Rates zur Errichtung eines Europäischen Fonds für Regionalentwicklung auf die französischen überseeischen Departements

— Drucksache 7/3375 —

überwiesen an den Ausschuß für Wirtschaft (federführend), Haushaltsausschuß mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (EWG) des Rates zur Aufstellung besonderer Regeln für den Kauf von Zuckerrüben

— Drucksache 7/3376 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung (Euratom) des Rates zur Änderung der Regelung der Bezüge und der sozialen Sicherheit der Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Forschungsstelle, die in Geel-Mol (Belgien) dienstlich verwendet werden

— Drucksache 7/3377 —

überwiesen an den Innenausschuß mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A) Ich rufe Punkt VI der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1975 **(Haushaltsgesetz 1975)**

— Drucksachen 7/2440, 7/2525, 7/2830, 7/3141 bis 7/3168 — Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundestages in zweiter Beratung

— Drucksache 7/3405 —

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! In der vorausgegangenen Auseinandersetzung ist über eine Fülle von wirtschafts-, finanz- und haushaltspolitischen Fragen gestritten worden. Ich möchte nun nicht in der Einzelaussprache fortfahren, sondern versuchen, auf der Grundlage einer nüchternen Bestandsaufnahme und Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung den Bundeshaushalt 1975 in seinem gesamtwirtschaftlichen Bezügen kritisch und zusammenfassend zu würdigen.

Bei aller Gegensätzlichkeit in der Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung durch Regierung und Opposition kann dem objektiven Beobachter nicht entgangen sein, daß die Bundesregierung selbst in ihrer Argumentation das zwiespältige Bild eines zarten deutschen Konjunkturfrühlings in einer sonst finsteren Landschaft der (B) Weltwirtschaft vermittelt.

Dieser Ausgangspunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung ist von der Bundesregierung nicht ungeschickt gewählt, läßt er doch für die Zukunft Abweichungen nach allen Seiten zu. Sollte so etwas wie ein schwacher Aufschwung zustande kommen, wäre er das Verdienst der Bundesregierung; ginge es weiter abwärts, so wäre dies den Unbilden der Weltwirtschaft anzulasten.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Das politische Handeln der Bundesregierung erschöpft sich äußerlich in, wie ich es beurteile, aufwendiger Gesundbeterei. Im Grunde aber stehen dahinter banges Warten, Ratlosigkeit und eine gewisse Ausweglosigkeit.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Der weltwirtschaftliche Befund ist ernüchternd. Was Sozialdemokraten immer weit von sich gewiesen haben, ist — ich sage: leider — eingetreten. Die Rezession ist da, die Arbeitslosigkeit ist da; trotzdem steigen die Preise weiter, und die Arbeitnehmereinkommen stagnieren.

(Jawohl! bei der CDU/CSU)

In der Tat, der Zustand in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen ist— und so nüchtern sollte man sein, das zu sagen — schlimm.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

(C) Dies ist die Wahrheit, die die Bundesregierung — wie ich es einschätze — dem deutschen Volk vorenthält, oder, genauer gesagt, glaubt vorenthalten zu können.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind nicht die Folge einer Verkettung unglücklicher Umstände, etwa der Konjunktur, der Steuerreform, der Ölverteuerung und sonstiger außenwirtschaftlicher Einflüsse, wie das gestern und vorgestern hier immer wieder gesagt worden ist. Sie sind, wenn man es nüchtern beurteilt, das Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik,

(Zuruf von der CDU/CSU: Genauso ist es!)

einer leichtfertigen Finanz- und Steuerpolitik und einer Haushaltspolitik ohne Augenmaß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihre Ursachen liegen in der Grundlage der sozialliberalen Politik. Die Bundesregierung überschätzte nicht nur die Möglichkeiten der außenwirtschaftlichen Absicherung; sie begann vielmehr im Vertrauen darauf eine euphorische Reformpolitik. Wir erinnern uns an die menschheitsbeglückenden Zukunftsbilder der neuen Gesellschaftspolitik. Der Außenbeitrag sollte zugunsten der inneren Reformen reduziert, die Lebensqualität der Bürger gesteigert und die angebliche öffentliche Armut behoben werden. Wir erinnern uns aber auch an die endlose Serie der falschen Signalmeldungen von der Währungsfront, als sich die Dinge nicht so entwickelten, wie es sich die Reformer vorgestellt hatten. (D)

Die Bürde der Stabilitätspolitik überließ man ausschließlich der Bundesbank und dem Steuerzahler. Der größte Teil der strukturellen Schwierigkeiten und der wirtschaftlichen Konzentration hat seine Ursachen in der **exzessiven Geld- und Kreditpolitik** und vor allem in der **repressiven Steuerpolitik.** Gut ein Dutzend Steuererhöhungen wurden seit 1970 bis zum Inkrafttreten der sogenannten Steuerreform vorgenommen, obwohl die Bundesregierung, wie wir alle noch wissen, Steuererleichterungen versprochen hatte.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Die Belastbarkeit der vielbemühten Pferde, die heute nicht so recht saufen wollen, wurde getestet. Der Steuerbürger wurde für die verheißene Lebensqualität zur Kasse gebeten.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Wenn es nicht früher zum Ausbruch der, wie ich meine, und man sollte das Wort heute wirklich gebrauchen, Finanzkrise gekommen ist, dann doch in erster Linie wegen dieser offenen Steuererhöhungen, mehr aber noch durch den Rückgriff auf die inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen zu Lasten der Lohnsteuerzahler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stabilitätswidrig begnügte sich die Regierung damit, die Inflation zu verharmlosen, unaufgefordert und ökonomisch unsinnig immer wieder Vollbeschäftigungsgarantien zu geben.

Leicht

(A) Das alles geschah zu einer Zeit, als die Preisentwicklung im Ausland nicht schlechter war als hierzulande und noch niemand an eine Ölkrise dachte.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Gehandelt wurde erst, als im Frühjahr 1973 die Inflationsrate von 8 % nicht mehr tragbar erschien. Im Rückblick auf die letzten fünf Jahre stellen wir heute fest: dem sozialliberalen Reformanspruch folgte die **Aufblähung der öffentlichen Haushalte,**

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

und das heißt, der Staatskonsum war der Schrittmacher der Inflation.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Aufgabenstruktur verschlechterte sich ständig. Die Personalausgaben stiegen in diesen fünf Jahren im Bundeshaushalt mit 87 % mehr als doppelt so schnell wie die investiven Ausgaben, die nur um 42 % gestiegen sind.

(Dr. Ritz [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Dies unter einer Regierung, die eine Stärkung der zukunftweisenden Aufgaben versprach, heute Sparsamkeit predigt und gegen Arbeitslosigkeit kämpfen muß.

Ich habe mich immer gefragt, was die Bundesregierung berechtigt, alles und jedes mit außenwirtschaftlichen Einflüssen, insbesondere mit der **Ölverteuerung** zu entschuldigen. Niemand wird bestreiten, daß die Ölkrise die weltwirtschaftliche (B) Lage verändert hat. Vor allem hat sich das Verhältnis der Währungsreserven der ölimportierenden Länder zu ihrem Importbedarf erheblich verschlechtert. Noch wichtiger erscheint mir jedoch die Erkenntnis — auch das ist bei der Betrachtung des Haushalts notwendig, weil hier Ausflüsse kommen können —, daß die eigentlichen realwirtschaftlichen Konsequenzen der bisherigen Ölverteuerung überhaupt erst noch verkraftet werden müssen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Denn was bisher auf diesem Felde geschah, erschöpft sich im wesentlichen darin, daß man national den Mehraufwand für das Öl über eine Inflationierung der Einkommen und Preise auffängt und man international den erhöhten Devisenbedarf durch großangelegte Kreditaktionen deckt.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Die eigentliche Lösung des Problems wurde also, wenn Sie so wollen, durch Inflationierung und Verschuldung hinausgezögert.

Ich möchte kurz die Zusammenhänge aufzeigen, weil sie teils unmittelbar, teils mittelbar den Bundeshaushalt betreffen und die Neuverschuldung der öffentlichen Hand, meiner Meinung nach das Problem dieses und der nächsten Haushalte, auch von dieser Seite her in ihrer ganzen Fragwürdigkeit deutlich machen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

auch deshalb, weil ich in dieser Debatte dazu bisher (C) leider noch kein Wort gehört habe.

(Dr. h. c. Dr. Ing. E. h. Möller: Ich habe dazu gesprochen!)

Bereits vor der Ölkrise stand die **Bundesbank** zur Überwindung von Zahlungsbilanzproblemen im Auftrag der Bundesregierung mit gewaltigen **Kreditlinien gegenüber dem Ausland** bereit: mit Krediten an den Internationalen Währungsfonds im Rahmen der deutschen Quote und der Sonderziehungsrechte in Höhe von rund 9 Milliarden DM, mit allgemeinen Kreditvereinbarungen in Höhe von rund 4 Milliarden DM und mit Krediten im Rahmen des kurz- und mittelfristigen Währungsbestands der EG in Höhe von rund 6 Milliarden DM. Das war vor der Ölkrise.

Dazu kommen nun die Hilfsaktionen zugunsten der Defizitländer. Ich werte jetzt nicht, ob das richtig ist oder nicht, sondern ich stelle es jetzt fest, weil die Auswirkungen von uns gesehen werden müssen. So übernahm die Bundesregierung bei der Finanzierung der Gemeinschaftsanleihe eine Bürgschaft in Höhe von 3,4 Milliarden DM. Beim OECD-Fonds trägt sie ein Ausfallrisiko von 7 Milliarden DM. Die Übernahme weiterer Risiken ist im Grundsatz beschlossen. Die Aufstockung der Ölfazilität des Internationalen Währungsfonds wird eine weitere deutsche Bürgschaftshilfe erfordern.

Ein riesiges Kredit- und Geldschöpfungspotential ist also installiert worden, das überwiegend der Vorfinanzierung deutscher Exporte dient. Die Inanspruchnahme hat sich 1974 trotz Ölkrise — Gott sei Dank — in relativ bescheidenen Grenzen gehalten. (D) Der Bundesfinanzminister, der erst vor wenigen Wochen großsprecherisch meinte, daß wir hier schnell in Größenordnungen, wie er sagte, „hineinwachsen" — und ich sehe es auch so —,

(Aha! bei der SPD)

die die Vorstellungskraft eines Bundestagsabgeordneten, so sagte er, überstiegen, und daß es überhaupt nicht denkbar sei, hiermit die Zahlungsbilanzprobleme unserer europäischen Partner zu lösen, machte unlängst auf Optimismus, als er auf einer Veranstaltung in Hagen sagte, daß die erwarteten massiven Zahlungsbilanzprobleme bei unseren wichtigsten Partnern nicht eingetreten seien.

Ich will die Probleme keinesfalls verniedlichen. In der **Zahlungsbilanz** ist diese dilettantische Politik längst bitterer Ernst geworden. Trotz Ölkrise erreichte der einstmals von Sozialdemokraten als „Vergötzung" angeprangerte Handelsbilanzüberschuß 1974 mit fast 51 Milliarden DM einen absoluten Rekord. Zu Lasten der inländischen Versorgung kletterte der Außenbeitrag, der, in den 60er Jahren durchschnittlich bei 2 v. H. liegend, nach den Zielvorstellungen der Regierung zugunsten der inneren Reformen auf 1,5 v. H. herabgedrückt werden sollte, über 4 v. H. hinaus. Dank einer Politik, die schon immer den marktwirtschaftlichen Datenkranz zugunsten einer angeblich höherwertigen politischen Verteilungsgerechtigkeit im Innern und nach außen einzuschränken trachtete, erzielte die Bundesrepublik Handelsbilanzüberschüsse gegenüber denjenigen

(A) Ländern — auch das ist für die Zukunft wichtig —, denen die Bundesregierung mit großzügigen Krediten entgegenkommt. Gegenüber unseren westlichen Partnern geschieht das mit einer gewissen Großmannssucht, wobei die Bundesregierung die eigenen Schwierigkeiten mit denen unserer westlichen Partner zu entschuldigen versucht, also Schwierigkeiten, zu deren Überwindung die Hilfsaktionen unternommen werden.

Gegenüber dem Osten wurde der Ausfuhrwirtschaftsrahmen überwiegend zugunsten der langfristigen **Ostgeschäfte** um 10 Milliarden auf 50 Milliarden aufgestockt.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Schon heute stehen die Sowjets mit 6,5 Milliarden DM und die Polen mit 2,2 Milliarden DM bei Hermes in der Kreide, dies auf dem Untergrund eines Handelsbilanzdefizits der Staatshandelsländer gegenüber der Bundesrepublik von 7,5 Milliarden DM. Nur die Hälfte aller Ostimporte wird also durch Einfuhren beglichen. Das kreditierte und staatlich verbürgte Handelsbilanzdefizit des Ostens wächst von Jahr zu Jahr.

Ich komme zu einem anderen Thema. Machen Sie dem deutschen Volk, so muß man sagen, nichts vor! Der überwiegende Teil der **Arbeitslosigkeit** ist — und ich glaube, auch das wird nicht bestritten — struktureller Natur.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehrenberg [SPD])

Wie anders kann man sich erklären, daß die Arbeitslosigkeit dieses Ausmaß erreichen konnte, obwohl doch die Bundesregierung schon seit Dezember 1973 eine ganze Reihe beschäftigungsstützender Maßnahmen beschlossen und in Kraft gesetzt hat? (B) Gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit ist aber mit einer trotzigen Fortschreibung des schuldenfinanzierten Staatskonsums längerfristig nichts auszurichten, auch dann nicht, wenn sie durch eine nachgiebige Geldpolitik unterstützt wird. Der **überzogene Staatskonsum** ist die Ursache der Arbeitslosigkeit und nicht das Mittel für ihre Bekämpfung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die expansiven Impulse der Steuerreform beleben zwar den privaten Verbrauch — ich hoffe es zumindest —; sie werden jedoch durch die Teuerung und die gleichzeitig in Kraft tretenden Mehrbelastungen, z. B. bei Bahn und Post, durch Beitragserhöhungen bei der Sozialversicherung usw., rasch wieder aufgezehrt. Das finanzpolitische Konzept der Bundesregierung läuft daher allenfalls darauf hinaus, daß kurzfristig etwas mehr Beschäftigung gegen mehr Inflation eingetauscht, dafür aber ungleich größere Risiken für die Zukunft in Kauf genommen werden.

(Dr. Häfele [CDU/CSU]: Leider wahr!)

Das Alibi läge allerdings bereit: der starke Anstieg der ausländischen Verbraucherpreise.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Leicht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Graf Lambsdorff?

(C) **Leicht** (CDU/CSU): Bitte sehr!

Dr. Graf Lambsdorff (FDP): Herr Kollege Leicht, darf ich Sie fragen, ob Sie von der Äußerung des Bundesbankpräsidenten Kenntnis genommen haben, wonach er in diesem Jahr mit einer Preissteigerungsrate von wahrscheinlich 5 % rechnet, und wie kommen Sie dann zu der Behauptung, daß wir Beschäftigung über mehr Inflation produzieren wollten?

(Zurufe von der CDU/CSU)

Leicht (CDU/CSU): Erstens sind wir noch nicht so weit, aber ich hoffe, daß der Herr Bundesbankpräsident recht behalten wird, Graf Lambsdorff, in unser aller Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Ehrenberg [SPD]: Dann reden Sie doch so!)

— Wir sind ja nicht diejenigen, die das anders wollen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Warum reden Sie dann nicht entsprechend Ihrer Hoffnung?)

— Herr Ehrenberg, ich darf doch versuchen, die Dinge kritisch mit Argumenten zu behandeln,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Aber doch Ihre Hoffnung auch zum Ausdruck bringen!)

im Gegensatz zu Ihnen, der hier nur Stuß geredet hat.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der CDU/CSU)

(D) Alles, was ich bisher angesprochen habe, meine Damen und Herren, sind zugleich gewaltige Risiken auf der Einnahmenseite. Auf der Ausgabenseite kommen, wie Sie wissen, weitere hinzu. Risiken liegen im Bereich der EG, insbesondere beim Regionalfonds und bei den Beschlüssen von Dublin. Ein beachtliches Risiko besteht ferner beim Wohngeld. Bereits 1974 stiegen die Aufwendungen beträchtlich. Die Zahl der Wohngeldempfänger wächst ständig. Ein enormes Risiko liegt bei den Hilfen für die Bundesbahn. Weitere Risiken liegen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und in den vielen anderen Bereichen, die mein Kollege Dr. Althammer und meine Freunde aus der Fraktion am gestrigen Tage hier zur Genüge vorgetragen haben, weshalb ich mich auf dies wenigen Bemerkungen zu diesem Komplex beschränken kann.

Das Knäuel der wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen und Versäumnisse, Irrtümer und Widersprüche der letzten Jahre wird nun gleich dem Gordischen Knoten mit dem Schwert des staatlichen Machtanspruchs durch eine, wie ich meine, abenteuerliche **Neuverschuldung** gelöst.

(Dr. Häfele [CDU/CSU]: So ist es!)

Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß erstmals — auch das muß man in einer solchen Debatte einmal feststellen — in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt eine Regierung zu Beginn des Haushaltsjahres auf Artikel 111 Abs. 2 des Grundgesetzes, der eine Art Notstandsverfahren darstellt,

Leicht

(A) zurückgreifen muß, um ihre laufenden Zahlungsverpflichtungen einhalten zu können.

Der Herr Kollege Apel, der Finanzminister, hat gestern, wenn ich es richtig verstanden habe — zumindest war es für mich der Eindruck —, das Hohelied des Schuldenmachens des Staates gesungen.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Um es ganz klar zu sagen: Auch wir sind nicht dagegen,

(Aha! bei der SPD)

einen Teil der staatlichen Ausgaben durch Schulden zu finanzieren. Wir sind auch nicht dagegen, sondern im Grundsatz ausdrücklich dafür, bei einem wirtschaftlichen Rückschlag, den wir haben, durch deficit spending, auch durch zusätzliche Schulden, zur Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen. Aber selbst in der Rezession kommt es auf das Wieviel und auf das Wofür an.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Häfele [CDU/CSU]: Auf das Maß!)

Zuerst zum Wieviel. Als unser Kollege Strauß am ersten Debattentag darauf hinwies, daß der **Gesamtschuldenstand aus der Kreditmarktverschuldung des Bundes** in den 20 Jahren **von 1949 bis 1969** sich nur auf 31 Milliarden DM belief, wurde diese Zahl von den Bänken der Regierungsparteien und der Regierung selbst zunächst mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis genommen. Ich habe mich dann nochmals mit dem Kollegen Strauß zusammengesetzt und die Zahlen nachgeprüft. Wir haben dabei festgestellt, daß der Kollege Strauß auch hier keineswegs übertrieben hat, was die Solidität der Finanzpolitik in den Jahren bis 1969 betrifft.

(B)

Ganz im Gegenteil: Aus den damals begründeten Neuschulden am Kreditmarkt, wie sie in der amtlichen Kreditmarktstatistik ausgewiesen werden, sind nicht nur Investitionen finanziert, sondern auch noch ganz erhebliche Tilgungsleistungen auf die im Zusammenhang mit der Währungsreform stehengebliebenen, wenn auch stark reduzierten Altschulden, vor allem auf die Altschulden gegenüber dem Ausland und auf die im Zusammenhang mit der Währungsreform begründeten Umstellungsausgleichsschulden, geleistet worden — alles Zahlungen, die bei Berechnung der sogenannten Nettokreditaufnahme abgerechnet werden müssen.

(Dr. Häfele [CDU/CSU]: So ist es! — Dr. h. c. Dr.-Ing. E. H. Möller [SPD]: Das geschieht ja laufend!)

Nach den Zahlen des regierungsoffiziellen Finanzberichts — ich nenne den Finanzbericht 1975, und zwar dort für den, der es nicht glauben will, nachzulesen auf den Seiten 136 bis 139 — ergibt sich, daß die Summe der Nettokreditaufnahmen in 20 Jahren, von 1950 bis 1969 einschließlich, also der Betrag, um den in diesem Zwanzigjahreszeitraum die Verschuldung des Bundes anwuchs, auf nur 14,3 Milliarden DM beschränkt werden konnte.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

In insgesamt 20 Jahren, bis einschließlich 1969, verschuldete sich der Bund also nur um zwei Drittel des Betrages, der nach den Zahlen des Haushalts, (C) den wir hier behandeln, mit 22,8 Milliarden DM schon für dieses eine Jahr vorgesehen ist.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das sind Zustände!)

Wofür das alles? Das ist die andere Frage. Doch nicht zur Finanzierung zusätzlicher und einmaliger Investitionsausgaben zur Konjunkturankurbelung!

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Anders als im Jahre 1967 — dieses Jahr ist ja gestern und vorgestern etliche Male genannt worden — wird jetzt gepumpt, um zusätzliche laufende Ausgaben damit zu bezahlen.

Im Jahre 1967 wurden die **investiven Ausgaben** des Bundes gegenüber dem Vorjahr, also gegenüber 1966, um 31 % erhöht, und das bei Preisstabilität, was also auch einen entsprechend stärkeren Anstieg der Investitionen realiter zur Folge hatte. In diesem Jahr dagegen stagnieren im Normalhaushalt 1975, zu dessen Finanzierung die rund 23 Milliarden DM Neuschulden begründet werden, die Investitionen nominal. Das bedeutet real, zu gleichbleibenden Preisen gerechnet, einen Rückgang der Investitionen.

Ich muß der Klarheit halber und der Ehrlichkeit halber hinzufügen: Ich habe hier einen Soll-Soll-Vergleich angestellt, da mir die Ist-Zahlen nicht bekannt sind. Ich habe ferner die Darlehen an die Nürnberger Bundesanstalt, die der Sicherstellung der Auszahlung der Leistungen an die Arbeitslosen (D) dienen, nicht hinzugerechnet, da es meiner Meinung nach schlechterdings grotesk wäre, Darlehensgewährungen des Bundes, die der Finanzierung rein konsumtiver Ausgaben dienen, in dieser Betrachtungsweise den Investitionsausgaben hinzuzurechnen. Ich habe schließlich die zusätzlichen Konjunkturprogramme vom Dezember und Oktober nicht eingerechnet, da diese nicht aus den 23 Milliarden DM Neuschulden, sondern den Rücklagen bei der Bundesbank gezahlt werden.

Was soll es im übrigen, wenn der Herr Bundesfinanzminister und andere Sprecher der Koalition immer wieder darauf hinweisen, **ausländische Staaten** hätten eine viel höhere **Pro-Kopf-Verschuldung** als die Bundesrepublik? Auch gestern ist dies wieder geschehen.

(von Bockelberg [CDU/CSU]: Autosuggestion!)

Meine Damen und Herren, erstens stimmt das nicht für alle Staaten, z. B. nicht für das Nachbarland Frankreich, wo die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich geringer ist. Zweitens ist zu fragen — dies ist die Hauptfrage, wenn man die Sachen in diesem Zusammenhang richtig sehen will —: Welcher von den ausländischen Staaten, die Sie zum Vergleich herangezogen haben, Herr Bundesfinanzminister, hat im vergangenen halben Jahrhundert zwei Währungsreformen erlebt,

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Das ist das Problem!)

Leicht

(A) in denen sich der Staat auf Kosten der Sparer — wie bei uns — von seinen Schulden befreit hat?

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ist es nicht in Wirklichkeit so, daß z. B. die von Ihnen erwähnten Vereinigten Staaten, deren Pro-Kopf-Verschuldung zugegebenermaßen dreimal so hoch ist wie die Pro-Kopf-Verschuldung der Bundesrepublik, in ihren Schulden noch die Verschuldung zur Finanzierung der Sezessionskriege aus dem vorigen Jahrhundert, aus dem ersten und aus dem zweiten Weltkrieg mitschleppt?

(Beifall bei der CDU/CSU — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Genauso ist es!)

Das ist dann die nüchterne und sachliche Betrachtungsweise, mit der hier Politik gemacht wird!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittens kommt es konjunktur- und kapitalmarktpolitisch weniger auf die absolute Verschuldenshöhe als auf das Tempo der Zunahme der Staatsverschuldung an.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Häfele [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Mancher — auch in diesem Hause — meint, die Bundesbank könne mit ihrer Geld- und Kreditpolitik bei wirksamer außenwirtschaftlicher Absicherung eine Art von eisernem Rahmen für die Geldschöpfung setzen; deshalb sei das Ausmaß der geplanten öffentlichen Verschuldung geldwertpolitisch völlig (B) unerheblich.

Meine Damen und Herren, dieses Argument ist nur dann zutreffend, wenn die Zunahme der öffentlichen Verschuldung bestimmte Grenzen nicht übersteigt. Bei einer **Übernachfrage** des Staates **am Kapitalmarkt** ergeben sich folgende unmittelbare Auswirkungen.

Erstens. Das Zinsniveau steigt an. Die Bundesbank wird damit unter Druck gesetzt, zusätzliche Liquidität freizugeben, also den stabilitätspolitisch erforderlichen Kurs endgültig aufzugeben

(Dr. Graf Lambsdorff [FDP]: Wer sagt das?)

— ich sage: es gibt zwei Möglichkeiten; ich komme gleich auf die zweite Möglichkeit zu sprechen, Graf Lambsdorff — und voll auf eine inflationäre Linie einzuschwenken.

Zweitens — die andere Seite —: Die Versorgung der privaten Wirtschaft mit Kapitalmarktmitteln zur Investitionsfinanzierung würde so stark beschnitten, daß schon dadurch ein möglicher Aufschwung verhindert würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Leicht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Ehrenberg?

Leicht (CDU/CSU): Bitte schön.

Dr. Ehrenberg (SPD): Herr Kollege Leicht, im Anschluß an das, was Sie zu Beginn zur Beschäftigungslosigkeit gesagt haben: Können Sie diesem (C) Hause erläutern, wie inflationäre Wirkungen bei nicht ausgelasteten Kapazitäten zustande kommen?

Leicht (CDU/CSU): Ich habe im Augenblick von der Verschuldungsmöglichkeit gesprochen, Herr Ehrenberg,

(Dr. Ehrenberg [SPD]): Das hängt doch wohl zusammen!)

und habe versucht, Ihnen klarzumachen — aber anscheinend können Sie nicht begreifen, daß man so etwas einmal feststellen muß —,

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Ehrenberg [SPD])

daß eine übermäßige Staatsverschuldung zwei Konsequenzen haben kann und muß. Eine von diesen beiden — und das werden Sie doch nicht bestreiten können — —

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Bei nicht ausgelasteten Kapazitäten? Das ist doch falsch!)

— Das ist nicht falsch.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Sicher!)

Aber Sie können ja hierherkommen und dann meine Rede widerlegen.

Der Bundesbankpräsident klagt in aller Öffentlichkeit, daß die Kreditinstitute die Vorteile aus den vier Zinssenkungen, die seit dem Oktober vorgenommen wurden, noch nicht an die Wirtschaft weitergereicht hätten. Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, Herr Bundesfinanzminister — ich (D) werte auch das nicht, ob es richtig ist oder nicht; im Gegenteil, ich sage ja: er muß die Möglichkeiten dort ergreifen, wo er sie hat; aber man muß das einfach sehen —, was seit dem Oktober 1974 an Emissionen **festverzinslicher Wertpapiere** genehmigt worden ist: von Oktober/November 1974 bis Ende März 1975 voraussichtlich 30 Milliarden DM, und all das zum Teil noch zu sündhaft hohen **Zinssätzen.** Auch das muß man bei Betrachtung des Haushaltes sehen.

(Stücklen [CDU/CSU]: Das ist die Belastung für die Zukunft!)

Was kann man als Maßstab für den Umfang der vertretbaren Verschuldung ansehen? Auch da will ich, ebenfalls von meiner Warte her, versuchen, Ihnen eine Antwort zu geben. Es bietet sich an der gesamtwirtschaftliche **Verschuldungsspielraum,** der sich aus der laufenden Ersparnis der privaten Haushalte einschließlich Vermögensübertragungen und aus der geldwertpolitisch unbedenklichen Geldschöpfungsrate zusammensetzt. Geldwertpolitisch unbedenklich ist eine Geldschöpfung in einem Tempo, die zur Finanzierung eines inflationsfreien Wachstums notwendig ist und die die Bundesbank, wie wir wissen, für das Jahr 1975 auf 8 % beziffert hat.

Geht man von diesen Zahlen aus, so nahm die öffentliche Hand, Bund, Länder, Gemeinden, Bahn und Post, im Jahre 1973 rund 15 % des Verschuldungsspielraums auf; 1975 werden es annähernd 45 % sein, also das Dreifache, und 1976 werden es

Leicht

(A) bei Annahme eines Gesamtdefizits des Staates von rund 60 Milliarden DM — ich glaube, davon kann man ausgehen — ebenfalls 45 % sein.

(Maucher [CDU/CSU]: O je! O je!)

Nach dieser Rechnung werden Wirtschaft und Ausland im Jahre 1976 nominal 18 % weniger an Kreditmarktmitteln zur Verfügung haben als 1973; bei Berücksichtigung einer Preissteigerung von nur 5 % pro Jahr real 30 % weniger. Krasser könnte eine inflationäre Finanzpolitik der angestrebten Politik des Aufschwungs, wie ich das beurteile, durch Wiederbelebung der privaten Investitionen nicht zuwiderlaufen.

(Dr. Häfele [CDU/CSU]: So ist es!)

Wenn die Regierung immer wieder sagt, daß der Kreditbedarf der Unternehmen bei verbesserter Ertragslage zurückgehen und sich vor allem die Kreditaufnahme der Wirtschaft erneut deutlich verringern wird, so kann dieses Argument überhaupt nicht überzeugen, wenn man die angestrebte Entwicklung nicht nur des Jahres 1975, sondern vor allem die des Jahres 1976 ins Auge faßt.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein kurzes Wort an die Adresse der **Bundesbank** richten und diese vor einer allzu ängstlichen Rücksichtnahme auf den **Kreditbedarf der öffentlichen Hand** warnen.

(B) (Dr. Häfele [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das liefe im Ergebnis auf eine erneute inflationäre Wirtschaftspolitik hinaus, die auf Dauer auch die Gefahren für die Arbeitsplätze vergrößert, wie wir ja mittlerweile feststellen können.

Eine **überhöhte Staatsverschuldung,** vor allem wenn sie nicht der Deckung zusätzlicher investiver Ausgaben zur Konjunkturbelebung, sondern der Finanzierung zusätzlicher laufender, regelmäßig wiederkehrender Ausgaben dient, ist, wenn man es untersucht, nichts anderes als eine vertagte Steuererhöhung.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Die Stundungszinsen für diese Vertagung bezahlt der Bürger zusätzlich durch **mehr Inflation,** der überhaupt unsozialsten und brutalsten Form der Besteuerung des kleinen Mannes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die eigentlichen Probleme zeigen sich aber erst in den Jahren nach 1975 in voller Schärfe. Um die Frage, ob und welche Steuern erhöht werden und ob und welche Leistungen eingeschränkt werden sollen, schleichen die Politiker der Regierungskoalition, wie die „Bonner Rundschau" gestern schreibt, wie die Katzen um den heißen Brei in der Erwartung herum, nach den Wahlen werde dieser Brei genießbarer sein, zwar nicht für die Bürger, die ihn dann auszulöffeln haben, wohl aber für diejenigen, die ihn angerichtet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Und die „Rundschau" schreibt weiter:

Die mannhafte Debattenthese,

— das bezieht sich auf die Debatten dieser Tage —

solange die sozialliberale Koalition regiere, werde es keine Finanzkrise geben, wird so lange wenig überzeugen, wie die Bundesregierung nicht bereit ist, die Zahlen für 1976 und die Folgejahre

— was gestern schon vom Kollegen Althammer und anderen meiner Freunde gefordert worden ist —

auf den Tisch zu legen.

Und ich füge hinzu: jetzt, heute und hier auf den Tisch zu legen, wie es das Gesetz in § 10 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung befiehlt, statt Parlament und Bürger auf den Sommer oder Spätsommer zu vertrösten, also auf die Zeit nach den Landtagswahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stücklen [CDU/CSU]: Eine alte Taktik!)

Der Bundesfinanzminister spricht in letzter Zeit des öfteren — was ich anerkenne — von sparen, sparen, sparen, wie er es einmal ausgedrückt hat. Aber wie war es denn nach der neuen Steuerschätzung? Sie, Herr Finanzminister, erklärten zunächst im Fernsehen, daß Sie das vergrößerte Loch ausschließlich durch noch mehr Schulden schließen wollten. Erst unter dem Druck der Haushaltsleute im Parlament — und in diesem Punkt möchte ich ein anerkennendes Wort auch an die Kollegen von der Koalition im Haushaltsausschuß, insbesondere die (D) Kollegen von Bülow und Kirst, richten — wurden Sie auf den Weg der **Sparsamkeit** gezwungen

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

und erklärten sich bereit, wenigstens einen größeren Teil der zusätzlichen Ausfälle durch **Kürzungen** zu decken. Hier standen Sie jedenfalls nicht in vorderster Reihe, als es um das Sparen ging. Auch in Ihrem eigenen Haus, dem Bundesfinanzministerium, gibt es — wenn ich an so manche Anzeigen und Vervielfältigungen denke — ja auch noch Möglichkeiten, den anderen Ressorts beispielhafte Sparsamkeit vorzuexerzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dies ist die bittere Wirklichkeit, zu der fünf Jahre sozialliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik geführt haben. Ohne **Steuererhöhungen** und/oder **Ausgabenkürzungen** geht es nicht mehr. Das ist nicht der Wunsch in den Köpfen und Herzen der Unionspolitiker, sondern die nüchterne Erkenntnis z. B. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin,

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Ja, gestern!)

das sicherlich nicht in Verdacht steht, unbedingt der Opposition zuzuarbeiten.

Ich fasse zusammen: Die Bundesregierung glaubte, in Zeiten der Überbeschäftigung Vollbeschäftigungsgarantien geben zu müssen. Als es geboten war, maßzuhalten — ein Wort, das ja früher so arg verschrien war —, gab sie Reformen den Vorrang.

Leicht

(A) In Zeiten steigender Inflationsraten verwies sie auf die Vollbeschäftigung. Die Bundesregierung lieferte mit der causa, dem Grund, stets auch das Alibi für das Scheitern ihrer Politik. Heute haben wir nun Inflation und Arbeitslosigkeit. Mit einer Mammutverschuldung hofft die Bundesregierung, genau die Probleme und Schwierigkeiten zu lösen, die durch die überzogenen Ansprüche des Staates entstanden sind. Mit einem konjunkturpolitisch motivierten deficit-spending hat das nichts zu tun. Die **Erfolge und Gewinne,** die man **in den ersten Jahren** im Übermaß genoß, werden heute sozialisiert. Die **Sozialisierung** erlangt in der öffentlichen Verschuldung des Jahres 1975 historische Dimensionen. Diese Rechnung kann für die Zukunft nicht aufgehen. Die Geschichte jedenfalls kennt keine Beispiele dafür, daß sich unter solchen Voraussetzungen gedeihliche Entwicklungen einstellen.

Dem, was Cicero 55 vor Christus — ein schönes Zitat, Herr von Bülow, Sie kennen es —,

(Dr. von Bülow [SPD]: Das haben wir schon ein paarmal gehört!)

schon vor über 2000 Jahren gesagt hat, hätte ein aufgeschlossener Oppositionspolitiker unserer Tage nicht viel hinzuzufügen.

(Kirst [FDP]: Wenn es so etwas gäbe!)

Damals forderte Cicero:

> Der Staatshaushalt muß ausgeglichen werden. Der Staatsschatz sollte wiederaufgefüllt werden. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden.

(B)

(Schmidt [Hamburg] [SPD]: Das wäre deflationistisch!)

> Die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden.

(Hört! Hört!, Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

> Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll.

(Erneute Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse einer Politik, die sich in diesem Haushalt widerspiegelt — und der Haushalt ist ja das Spiegelbild der Politik einer Regierung —, müssen allein diejenigen tragen, die diese Politik zu verantworten haben. Deshalb stimmen wir gegen diesen Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich mache einen Absatz, weil das, was ich jetzt sagen möchte, nicht unbedingt zu meiner Rede gehört. Ich habe erstens im Auftrag meiner Fraktion, was sicherlich die beiden anderen Fraktionen auch tun werden, allen Mitarbeitern in unserem eigenen Hause, aber auch allen Mitarbeitern aus den Reihen der Regierung, die uns bei den Beratungen des Haushaltsausschusses unterstützt haben, zu danken.

(Stücklen [CDU/CSU]: Soweit sie uns informieren durften!)

(C) Ich selber habe mich zweitens als Vorsitzender des Haushaltsausschusses bei meinen Kollegen, und zwar aus allen Fraktionen, zu bedanken, weil wir in einem einigermaßen erträglichen Klima einigermaßen sachliche Arbeit geleistet haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. von Bülow.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Dr. von Bülow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Bundestagsfraktion wird dem Haushalt 1975 zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zustimmung wird ihr um so leichter fallen, als es Ihnen in der zweitägigen Debatte kaum möglich war, im Detail oder insgesamt irgendeine Alternative aufzuweisen.

(Erneuter Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Man hatte draußen die Trompeten von Jericho erwartet. Was dann kam, waren, angefangen bei Franz Josef Strauß, merkwürdig gedämpfte Trommelklänge, die dazu führen sollten, die Reihen in der eigenen Fraktion wieder einigermaßen zu schließen.

Es fiel auf, meine Herren von der Opposition, daß sich Herr Stoltenberg zum erstenmal die Gelegenheit nehmen ließt, in einer Haushaltsdebatte aufzutreten. (D)

(Wehner [SPD]: Hört! Hört!)

Dies muß ja irgendwelche Gründe haben. Ich vermute, daß er sich nicht in die Einheitsfront, die hier plötzlich unter der „Regenschirm"-Taktik aufgebaut wurde, einreihen wollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP — Bewerunge [CDU/CSU]: Wie ideenlos müssen Sie allmählich sein!)

Dafür stand ein Edelmann, Herr von Weizsäcker, zur Verfügung, der uns großartige Ratschläge gegeben hat, u. a. den, daß der Bürger Maß zu halten habe, daß er sich in seinen Ansprüchen zurückzuhalten habe. Damit sind wir völlig einverstanden. Nur darf das natürlich nicht gleichzeitig wieder mit Forderungen verbunden werden, die zig Milliarden DM kosten. Dies hat er ebenfalls hier vorgetragen. Das Ganze hat einen wenig überzeugenden Eindruck gemacht, und wenn ich dann noch dazunehme, daß die erste Garnitur der Sozialausschüsse wie die Herren Katzer und Blüm hier auf dem Rednerpult beim Einzelplan 11 gefehlt hat, dann ist das ein bezeichnendes Bild von der Opposition und ihrer Geschlossenheit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich will einige Worte zu Herrn Leicht sagen. Herr Leicht, Sie sind ein hervorragender und sehr sachlicher Ausschußvorsitzender. Das Zitat von Cicero

(A) kursiert ja nun seit einigen Jahren zu den Abschlußverhandlungen.

(Leicht [CDU/CSU]: Aber es paßt heute so gut!)

Cicero war ein großer Rhetoriker.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Mit der Praxis war es bei Cicero wesentlich schlechter bestellt. Ich wundere mich eigentlich, Herr Leicht, der Sie ja mal in diesem Geschäft des Finanzministeriums tätig waren, daß Sie die **internationalen Zusammenhänge** einfach total negieren wollen.

(Leicht [CDU/CSU]: Befassen Sie sich doch mal damit! — Dr. Häfele [CDU/CSU]: Das hat er nicht getan!)

Es hat doch gar keinen Sinn, vor unserem Volk nun zu sagen, die Bundesrepublik gebe **Währungskredite** und würde damit der internationalen Inflation Vorschub leisten. In einem Land, in dem jeder vierte oder fünfte Arbeitsplatz davon abhängig ist, daß die Weltwirtschaft läuft, kann doch ein Staat, der die höchsten Währungsreserven der gesamten westlichen Welt angehäuft hat, seinen Partnern, die in Schwierigkeiten geraten sind, Hilfeleistung nicht vorenthalten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Hier müssen wir im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Arbeitsplätze und der Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft den Partnern unter die Arme greifen. Wenn wir das nicht täten, wären diese (B) Partner zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Sie müßten sich sperren gegen die deutschen Exporte, und dies würde kräftig in unser Haus zurückschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich doch bitte die internationalen Veröffentlichungen von OECD an, für wie viele Monate die Devisenreserven von großen Industriestaaten heute noch reichen, nehmen Sie Großbritannien, nehmen Sie Frankreich, nehmen Sie Italien. Hierauf muß die deutsche Politik eine Antwort finden, und ich glaube, sie hat die angemessene Antwort darauf gefunden.

Der **Haushalt 1975** muß einer schwierigen **wirtschaftlichen Ausgangslage** gerecht werden, und ich glaube, er gibt die angemessene finanzielle Antwort auf diese Ausgangslage. Die Antiinflationspolitik der Bundesrepublik hat uns eine einsame Spitzenposition in der gesamten westlichen Welt verschafft. Das **Preisniveau** in der Bundesrepublik liegt an niedrigsten in der westlichen Welt. Wir haben das höchste oder annähernd höchste **Lohnniveau** der westlichen Welt. Wir haben das höchste **Sozialniveau** der westlichen Welt. Wir haben Gewerkschaften, die ihren Verantwortungen gerecht werden,

(Beifall bei der SDP und der FDP)

wie durch die letzten Tarifabschlüsse bewiesen wurde. Auch das ist wohl einmalig in der westlichen Welt, daß Gewerkschaften in dieser Art und Weise verantwortungsbewußt sich der wirtschaftlichen Lage anpassen.

(C) Wir sind natürlich von der **Rezession der Weltwirtschaft** berührt, von der starken Rezession in den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern. Wir selbst haben Problembranchen: Automobil und Bau. Und wir haben natürlich einen **Strukturwandel in der Wirtschaft;** das ist gar kein Zweifel, Herr Leicht. Aber das Problem ist doch, daß wir vor zehn oder fünfzehn Jahren einen zu niedrigen Wechselkurs der D-Mark gehabt haben mit der Folge, daß die Problematik der Anpassung der deutschen Wirtschaft erst viel zu spät erkannt und angepackt wurde, daß Kapazitäten bei uns aufgebaut worden sind, die langfristig hier in diesem Land gar nicht hätten aufgebaut werden dürfen.

Ich glaube, daß der Haushalt die Schwerpunkte richtig gesetzt hat. Die **soziale Sicherheit** ist in erheblichem Umfang ausgebaut worden. Die Rentenversicherungssysteme werden Zuschüsse von 17 Milliarden DM erhalten, die Kriegsopferversorgung 10,8 Milliarden DM. Für die Arbeitslosenversicherung wird es einen Zuschuß bzw. Darlehen in Höhe von 3,2 Milliarden DM geben. Das Kindergeld in Höhe von 13 Milliarden DM steht zum erstenmal zu Buch.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben sich gestern in der zweiten Lesung merkwürdig verhalten. Sie haben begründet, warum Sie dem **Einzelplan 14 — Verteidigung** — zuzustimmen bereit sind. Das war eine Rede wert. Ein Wort darüber, warum Sie den **Einzelplan 15** mit 13 Milliarden DM **Kindergeldausgaben** ablehnen, haben Sie nicht für notwendig befunden; darauf haben Sie nicht eine Minute verschwendet. (D)

(Beifall bei der SDP und der FDP)

Die soziale Sicherheit — —

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Althammer?

Dr. von Bülow (SPD): O ja, gerne!

Dr. Althammer (CDU/CSU): Herr Kollege von Bülow, wenn Ihnen bekannt ist, daß über die Frage der Behandlung und Diskussion der Einzelpläne — also darüber, welche Einzelpläne nicht diskutiert werden sollen — innerhalb der Fraktionen Übereinstimmung erzielt ist, würden Sie dann dieses Argument zurücknehmen, daß man sozusagen in einer Sachwertung diese Frage behandelt hätte?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. von Bülow (SPD): Herr Althammer, wir hatten eine verbundene Debatte zu den Einzelplänen 11 und 15, wenn ich mich recht erinnere,

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

und der Einzelplan 15 ist der Haushalt, in dem das Kingergeld ausgebracht ist. Sie haben hier viel gesprochen zu dem Einzelplan 11,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: 11 haben sie auch abgelehnt!)

Dr. von Bülow

(A) und zu dem Einzelplan 15 haben Sie kein Wort gesagt. Sie haben den Einzelplan 15 mit dem Kindergeld ohne Begründung abgelehnt, aber Sie haben dargelegt, warum Sie dem Verteidigungshaushalt zustimmen. Dies ist eine völlig unangemessene Art der Darstellung der Opposition.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherheit übersteigen in diesem Jahr 50 Milliarden DM. Sie müssen in Vergleich gesetzt werden zu den Ausgaben für die äußere Sicherheit, die Verteidigung, die etwa 30 Milliarden DM umfassen. Ich glaube, daß dieses Netz der sozialen Absicherung ungeheuer wichtig ist in einem Zeitpunkt, wo die Wirtschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und Einzelschicksale abgefedert werden müssen gegen diese Strukturveränderung in der Wirtschaft. Wir denken nicht daran, dieses Netz der sozialen Sicherung, das diesen Prozeß überhaupt erst ermöglicht und ihn sinnvoll ablaufen läßt, abzubauen, wie das in vielen Kommentaren im Augenblick gefordert wird.

Wir haben im Laufe der Jahre einen kontinuierlichen Ausbau unserer Schwerpunkte erzielt: Für die **soziale Sicherheit** wurden 1969 24,8 Milliarden DM, 1975 werden mehr als 50 Milliarden DM ausgegeben.

(Eigen [CDU/CSU]: Aber was waren die wert?)

Die **wissenschaftlichen Hochschulen** wurden im Jahre 1969 mit 714 Millionen DM gefördert, im Jahre (B) 1975 sind es 1,5 Milliarden DM. Die **Ausbildungsförderung** stand im Jahre 1969 mit 120 Millionen DM zu Buch, 1975 erreicht sie 2,3 Milliarden DM. Der Ansatz für die **Forschung außerhalb der Hochschulen** — wichtig für die Aufrechterhaltung unserer Spitzenstellung unter den westlichen Industrienationen — ist von 1,6 Milliarden DM auf 4,3 Milliarden DM im Jahre 1975 gestiegen. Zur Energieversorgung ist gestern von meinem Kollegen Kulawig gesagt worden, daß zum erstenmal das **Erdölbevorratungsprogramm** intensiv mit Mitteln versehen wird.

Herr Leicht und auch die Vorredner in der Debatte haben sich wiederum mit dem schönen Thema „Investitionen — gut, Konsumtion — schlecht" befaßt und die Staatsausgaben in gute und schlechte eingeteilt. Da muß man zunächst einmal darauf hinweisen, wie unsinnig die **internationale Finanzstatistik** ist. Wenn Sie für den Bundesgrenzschutz einen Hubschrauber kaufen, dann ist das eine Investition. Wenn Sie für die Bundeswehr eine Boeing 707 für einige zig Millionen DM kaufen, die die Truppen von Köln-Wahn zur Ausbildung nach Texas fliegt, dann ist das eine **konsumtive Ausgabe.** Wenn Sie der Bundesanstalt für Arbeit ein Darlehen geben, dann ist das eine **investive Ausgabe** nach der internationalen Finanzstatistik. Wenn Sie der Bundesanstalt für Arbeit einen Zuschuß geben, dann ist es eine konsumtive Ausgabe. Wenn Sie für die Zollbeamten eine Unterkunftsmöglichkeit schaffen, dann ist es eine investive Ausgabe nach dieser Statistik, und wenn Sie für die Bundeswehr eine Hochschule bauen, dann ist es eine konsumtive Ausgabe.

(C) So ist die Festlegung der internationalen Finanzstatistik. Dies müßte man eigentlich erst einmal überarbeiten, um wirklich feststellen zu können: Was ist am Bundeshaushalt investiv und was ist konsumtiv?

Und dann ist festzustellen, Herr Leicht, daß wir seit den sechziger Jahren eine **sinkende Tendenz der investiven Ausgaben im Bundeshaushalt** haben. Das ist schon unter Franz Josef Strauß als Finanzminister so gewesen. Nun kann man das natürlich beklagen, aber ich glaube, daß eine starke Zwangsläufigkeit dahintersteckt. Wir müssen uns ja alle die Frage stellen, ob in den nächsten 20 Jahren auf all den Feldern, in denen in den letzten 20 Jahren investiert worden ist, überhaupt ähnliche Investitionsraten aufgebracht werden müssen. Werden wir in den nächsten 20 Jahren Bauinvestitionen für die öffentliche Hand in demselben Umfang betreiben wie in den letzten 20 Jahren, z. B. im Schulbau? Werden wir 20 Jahre lang fortfahren können, jedes Jahr drei neue Hochschulen mit der Kapazität der Bonner Universität zu erstellen, oder wird es da nicht irgendwann einen Sättigungsgrad geben?

(Stücklen [CDU/CSU]: Autobahnen!)

Dasselbe ist bei nicht schrumpfenden, aber doch stagnierenden Bevölkerungszahlen hinsichtlich des Straßenbaus, des Kindergartenbaus, des Schulbaus — also hinsichtlich dessen, was man zu den investiven Ausgaben zählt — zu fragen. Das wird wahrscheinlich noch 5, 6, 7, 8 Jahre einer starken Ausweitung unterliegen, dann aber sicher in eine noch stärker abflachende Kurve hineingehen. Dann werden die konsumtiven Ausgaben im Vordergrund (D) stehen, nämlich die Personalkosten der Universitäten, das Einstellen von Kindergärtnerinnen, das Einstellen und die Besoldung von Lehrerpersonal. Ich bin also der Meinung, daß die Infrastruktur wahrscheinlich mit Ablauf dieses Jahrzehnts und zu Beginn des nächsten Jahrzehnts bei stagnierenden Bevölkerungszahlen weitgehend abgeschlossen sein wird; dann werden andere Aufgaben an ihre Stelle treten. Aber ich glaube, daß man auf keinen Fall mit Kategorien wie „Investiv ist gut, konsumtiv ist schlecht" an den Bundeshaushalt herantreten kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch schnell etwas zur **Personalentwicklung** sagen, weil das in der öffentlichen Diskussion untergeht. Die Bemühungen des Haushaltsausschusses sind seit Jahren darauf gerichtet, die Personalsituation des Bundes nicht durch Einstellung von mehr Personal zu erschweren. Wir haben dies zusammen mit dem Finanzministerium und der Bundesregierung erreicht. Der Haushaltsausschuß hat seit 1971 eine sehr konsequente Haltung eingenommen mit der Forderung an die Regierung: keine Ausweitung der Stellen unter dem Strich. Es gibt zwar neue Aufgaben, für die zweifellos Personal vorgesehen werden muß — etwa für die innere Sicherheit, den Ausbau des Bundeskriminalamtes, den Ausbau des Bundesgrenzschutzes, den Ausbau des Bundeskartellamtes, den Ausbau des Bundesgesundheitsamtes —, aber die Forderung des Haushaltsausschusses ist, daß für jede neue Stelle eine Stelle an anderer Stelle wieder eingespart werden muß. Das hat dazu geführt, daß

Dr. von Bülow

(A) wir, mit Ablauf des Jahres 1975, auf den Stellenbestand von 1973 zurückfallen werden.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Wir werden gegen Ende dieses Jahres eine Reduzierung um 500 Stellen erhalten.

Dies ist ein wichtiger Hinweis und auch ein gewisses Erfolgserlebnis für diesen Ausschuß, zeigt es doch, daß, wenn man den Deckel zuhält, die **internen Rationalisierungsmöglichkeiten** mobilisiert werden. Wenn immer der Weg des geringsten Widerstandes gegangen wird, wird der Personalbestand ausgeweitet. Wenn von einem Ausschuß und vom Parlament Nein gesagt wird, dann regen sich auch in den Ministerien die Kräfte, die auf eine Rationalisierung drängen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, vor allen Dingen die aus dem Forschungs- und Technologieausschuß der Opposition: Ich kann nur dringend davor warnen, mit diesen ständigen **Anfragen** fortzufahren, warum der Siemens AG für die Erforschung von Zahnersatz 500000 DM gegeben worden sind, warum der Firma XYZ für die Entwicklung irgendeines Apparats oder eines Verfahrens Geld gegeben worden ist. Wenn Sie solche Sachen **in der Plenarsitzung** fragen, dann können Sie sich nicht wundern, daß Beamte tagelang darüber sitzen müssen, um die Anfragen zu beantworten. Dann kommen wir nämlich letztlich dazu, daß für diese Anfragen extra Personal bewilligt werden muß.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der FDP — van Delden [CDU/CSU]: Wollen Sie auf die Kontrolle ganz verzichten?! — Stücklen [CDU/CSU]: Dann dürfen wir nicht mehr fragen!)

— Herr Stücklen, Sie können fragen, so viel Sie wollen, nur kommt es darauf an, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen.

(Rawe [CDU/CSU]: Und den haben Sie gepachtet, den gesunden Menschenverstand?!)

— Herr Rawe, schauen Sie sich doch einmal an, was die Genossen Lenzer und Anhänger hier ständig einbringen, schauen Sie sich das einmal mit nüchternem Sachverstand an! Das trägt manchmal fast so zur Erheiterung bei, wie das, was in der EWG hinsichtlich des Lärmschutzes vor Traktoren bestimmt wird. Ich würde sagen: Prüfen Sie das und weisen Sie das in die Ausschußarbeit zurück. Es kann da nämlich sehr viel im Ausschuß erledigt werden, so daß es hier nicht über die Plenardebatten laufen muß.

Jetzt, Herr Leicht, noch einiges zur Schuldenaufnahme. Die **Schuldenaufnahme 1975** ist heiß umkämpft. 22,8 Milliarden DM sind ein stattlicher Betrag, doppelt soviel wie im Jahre 1974. Es sind freilich natürlich nicht die 60 Milliarden DM, die Sie uns in der öffentlichen Diskussion draußen immer an die Beine hängen wollen. Bund, Länder, Gemeinden und dann noch die Wirtschaftsunternehmen des Bundes, Bundesbahn und Bundespost, all das wird dann zusammengerechnet zu einem Globalschreckgemälde aufgebauscht. Das ist nicht die Zahl, die der Bund an Schuldenaufnahme einstellt.

(C) Nun, 22,8 Milliarden DM sind immerhin doppelt soviel wie 1974. Wir hatten Jahre der äußerst geringen und sparsamen Kreditaufnahme. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur jeweils weniger Kredite aufgenommen, als vorausgesehen und auch in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war, sondern auch noch Rücklagen bei der Bundesbank gebildet.

Man muß sich diese Kreditaufnahme von 22,8 Milliarden DM auch einmal genauer anschauen. Da sind 8,3 Milliarden DM, die auf die **Steuermindereinnahmen auf Grund der konjunkturellen Entwicklung** zurückzuführen sind. Diese konjunkturelle Entwicklung würde, so viel Sie auch immer reden mögen, bei Ihnen genauso zu Buche schlagen, wie sie bei uns zu Buche schlägt. Die Rezession, die aus den internationalen Zusammenhängen auf uns zukommt, können wir nicht auffangen. Diese 8,3 Milliarden DM fehlen im Haushalt, und sie können nicht à la Brüning durch Einsparungen ersetzt werden. Hier muß vielmehr voll durch Kredite durchfinanziert werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Weitere 7,2 Milliarden DM sind **Folge der Steuerreform.** Wir Haushaltspolitiker haben — das müssen wir ehrlich zugestehen — die Diskussion um die Steuerreform mit etwas beklemmten Herzen verfolgt. Aber alle führenden Finanzpolitiker von Bund und Ländern — einschließlich Franz Josef Strauß, einschließlich Herrn Kohl, einschließlich Herr Stoltenberg, einschließlich Herrn Gaddum — (D) waren der Meinung, diese 14 Milliarden DM, die den öffentlichen Kassen fehlen, seien zu verkraften. Und nun kann ich ja nicht unterstellen, daß diese Finanzexperten, die dort zusammengesessen haben, der Meinung gewesen sein könnten, sie würden ad hoc innerhalb von zwölf Monaten 14 Milliarden DM aus den öffentlichen Haushalten herausschneiden können. Wenn diese Möglichkeit gegeben wäre, hätten wir eine Verschwendungswirtschaft sondergleichen. Dies ist einfach nicht möglich, und deswegen müssen auch Sie diese 7,2 Milliarden DM Mindereinnahmen auf Grund der Steuerreform voll und ganz mittragen.

Hinzu kommt noch die **Neuverteilung der Umsatzsteuer.** Wir haben 2,8 Milliarden DM an Steueranteilen an die Länder abgegeben.

Dies alles zusammen macht 18,3 Milliarden DM von diesen 22,8 Milliarden DM aus, und lediglich der Rest von 4,5 Milliarden DM ist das, was an realer Verschuldung — bereinigt um die Steuerreform, bereinigt um die Rezession — vorhanden ist. Und nun können Sie reden, was Sie wollen, Sie finden in der Bundesrepublik praktisch keinen Sachverständigen, der nicht der Meinung wäre, daß diese Verschuldung im Augenblick voll angemessen, ja sogar notwendig ist, um die Wirtschaft auf vollen Touren zu halten, um Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten. Ich glaube also, daß man gegen eine Verschuldung in dieser Höhe in diesem Jahr sicher nichts einwenden kann.

Nun haben Sie, Herr Leicht, behauptet, es gebe eine Übernachfrage nach Kapital. Das Gegenteil ist

Dr. von Bülow

(A) der Fall; es ist eine Übermenge von Kapital am Markt. Von daher ist es nur angemessen, daß das, was unsere Bürger im Augenblick sparen — sie sparen ja mehr als je zuvor; die **Sparquote** liegt bei 15 %, das zeigt ein hohes Vertrauen in den Bestand der Deutschen Mark — —

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Angstsparen! — Zuruf des Abg. Dr. Zeitel und weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Herr Zeitel, wenn das anders wäre, wenn die Sparquote auf 11 % herunterginge, würden Sie hier heraufkommen und erzählen: kein Vertrauen mehr in die Deutsche Mark. Das wäre sofort Ihre Schlußfolgerung!

(Erneuter Beifall bei der SPD und der FDP — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das ist doch alles so billig, was von Ihnen hier vorgetragen wird. 15 % des Einkommens werden gespart. Dieses Geld steht zur Verfügung, und es ist sinnvoll, daß es in den Kreislauf zurückgeführt wird.

(Schröder [Lüneburg] [CDU/CSU]: Nein, das ist kurzfristiges Vorsorgesparen! Ich kann Ihnen die Zahlen geben!)

— Ja, warum einer spart, auf den nächsten Eisschrank oder auf das nächste Auto oder ob er ein Haus bauen will, das ist doch seine Sache, das ist doch ein normaler Sparvorgang. Ich frage doch nicht jeden einzelnen Sparer, wofür er spart.

(B) (Schröder [Lüneburg] [CDU/CSU]: Die Mittel stehen für den Kapitalmarkt nicht zur Verfügung! Das ist es!)

Meine Damen und Herren, jetzt noch zu den **internationalen Vergleichen.** Ich wollte das eigentlich nicht mehr bringen, weil es genügend erörtert worden ist, aber noch einmal zum Vergleich. Die **Verschuldung der Bundesrepublik Deutschland** ist extrem gering.

(Leicht [CDU/CSU]: Warum?)

Die Schuld der Bundesrepublik besteht in 59 % eines einjährigen Haushalts. Im Vergleich dazu hat die Schweiz 100 % — einen vollen Haushalt —, Großbritannien hat 196 %, die USA haben 161 % eines Jahreshaushalts.

Bruttosozialprodukt: die Bundesrepublik hat Schulden, die etwa 18 % des Bruttosozialprodukts ausmachen, die Schweiz 24 %, die USA 54 %, Großbritannien 74 %. Wenn Sie sagen, der Sezessionskrieg sei über die Schuldenaufnahme finanziert worden: daran kann man sehen, daß man Finanzpolitik durchaus sehr langfristig betreiben kann, Herr Leicht.

(Leicht [CDU/CSU]: Das war ein anderes System!)

— Na ja, ein anderes System, gut, das ist die neue Masche.

. Pro Kopf der Bevölkerung sieht es doch ähnlich aus: Schuldenlast pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik 2 676, Spitzenreiter USA 8 307, Schweiz 4 057.

(C) Jetzt können Sie sagen: gut, das Beispiel Frankreich! Das Beispiel Frankreich beweist, daß man auch besser sein kann. Zugegeben, die haben um einige Prozentpunkte bessere Zahlen als wir. Aber bitte, fahren Sie durch Frankreich mit offenen Augen! Dann werden Sie sehen, was dort an Infrastruktur fehlt außerhalb des Ballungszentrums Paris.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Und dann bitte ich Sie, auch einmal die Diskussion zu verfolgen, die mindestens seit 50 Jahren in Frankreich anhält, wie man die Provinz Frankreichs durch Infrastrukturmaßnahmen so aufrüstet, daß dort ein modernes Industriesystem möglich ist. Ich bin der Meinung, daß die Bundesrepublik über ein Infrastruktursystem verfügt, das seinesgleichen in der Welt sucht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Leicht, ein weiteres Beispiel: nehmen Sie die Postversorgung, Telefonversorgung Frankreichs. Die Firmen gehen aus dem Pariser Raum deshalb nicht heraus, weil sie z. B. in der Bretagne keine Telefonanschlüsse bekommen und ihre Telefonate nicht führen können. Das sind doch alles Beweise dafür, daß Sie eine hochmoderne Infrastruktur und ein entsprechendes Kommunikationsnetz errichten müssen, wenn Sie ein moderner Industriestaat sein wollen, der über die Provinzen hinweg gleichmäßige Einkommensmöglichkeiten schafft.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Stücklen [CDU/CSU])

(D) — Herr Stücklen?

(Stücklen [CDU/CSU]: Jetzt brauchen Sie nur noch zu sagen, Sie hätten das Telefon erfunden!)

— Nein, nein. Telefon erfunden, das wird hier nicht behauptet, nur, daß man Telefon haben muß heutzutage.

Nun die große **Furcht vor 1976,** das Finanzchaos, Steuererhöhungen, Abbau der Sozialleistungen. Das ist das Thema, das **Horrorgemälde,** das nach dem alten Rezept vorgeführt worden ist. Ich kann nur warnen vor den falschen Propheten der Opposition. Herr Strauß, teilweise auch Herr Leicht haben in den vergangenen Jahren Ankündigungen noch und noch zu Deckungslücken des Haushalts gemacht. 1971 Deckungslücke 6,5 Milliarden DM, so die Behauptung. Das tatsächliche Ergebnis war eine Dekkungslücke von 1,4 Milliarden DM; wir haben also für 1,4 Milliarden DM Kredite aufgenommen im Jahre 1971. Irrtumsquote 400 %. 1972 haben Sie vorausgesagt: 10 bis 12 Milliarden Deckungslücke; tatsächlich: 3,9 Milliarden DM; Fehlerquote 300 %. 1974 17 bis 18 Milliarden DM, tatsächlich: 9,4 Milliarden; Fehlerquote der Schätzungen der Oppositionspolitiker 200 %. Ich gebe Ihnen ja gern zu, Herr Leicht, daß die Fehlerquote leicht zurückgeht — von 400 auf 200 % —, aber 200 % ist immer noch eine beachtliche Zahl.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Man sollte also auf die Schockgemälde der Opposition nicht ohne weiteres hereinfallen.

Dr. von Bülow

(A) Gleichwohl, wir geben zu, daß auch wir Sorgen haben mit der Finanzentwicklung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist schon etwas!)

Die Steuerreform wird uns dazu zwingen, Sparsamkeit auf viele Jahre zu betreiben, und zwar sehr energisch zu betreiben. Die **knappen Kassen** haben große Nachteile, kein Zweifel, für Politiker allemal. Aber sie erzwingen und können erzwingen eine **Rationalisierung im gesamten öffentlichen Bereich,** und die ist dringend notwendig. Die Zuwächse bei allen Leistungen werden geringer werden. Wir sollten aber nicht darangehen, die Grundsätze unseres Sozialstaates anzutasten. Ich sagte schon: Sie sind Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Stärke, sie sind Voraussetzung einer Anpassung der Strukturen an die modernen Notwendigkeiten. Wir sollten allerdings auch an die Bürger appellieren, dieses Sozialsystem verantwortungsbewußt und sparsam zu nutzen.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Die Opposition hat keine Alternative gezeigt. Ich glaube deshalb, daß wir dem Haushalt 1975 ohne weiteres zustimmen können. Die SPD wird diese Zustimmung geben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kirst.

(B) **Kirst** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst mich dem Dank anschließen, den Herr Kollege Leicht, wie er es selbst gekennzeichnet hat, im Anhang hier vielfach ausgesprochen hat. Ich glaube, ich darf diesen Dank erweitern, sicher mit Zustimmung aller Seiten, indem ich auch Ihnen persönlich, Herr Leicht, als dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses hier den Dank für Ihre Arbeit ausspreche.

(Beifall auf allen Seiten)

Aber ich glaube — auch da werden wir noch übereinstimmen; bald wird es kontrovers —, daß man diesen Dank bei der dritten Lesung eines Haushalts, der trotz hoher Kreditaufnahme noch zu über 80 % aus Steuermitteln finanziert wird, auch an die Steuerzahler aussprechen sollte, die diese Steuern aufbringen, und sicher auch an die Sparer, die die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme schaffen.

(Beifall auf allen Seiten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe meine Aufgabe heute einmal mehr darin — zumal ich Sie heute nicht mit allzuviel Zahlen belästigen will, obwohl das in der Haushaltsdebatte sicherlich nötig ist; ich tue es ja sonst auch —, ein gewisses Fazit dieser zweitägigen Redeschlacht um den Etat 1975 zu ziehen. Da darf man doch wohl die Frage stellen: Was war in dieser Auseinandersetzung der Beitrag der verehrten Kollegen der Opposition? Man kann dies in zwei Punkten zusammenfassen. Es kamen keine brauchbaren und keine konkreten Alternativen, wobei unser Erwartungshorizont nicht nur wegen Sonthofen, sondern aus der Erfahrung (C) der letzten Jahre sicherlich schon sehr gering angesetzt war.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Es klang aber trotz einer gewissen Zurückhaltung in dieser Hinsicht natürlich immer wieder auch das alte erprobte Hexeneinmaleins durch. Es ist dieses Jahr nicht so überkultiviert worden wie sonst.

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: Der Suppenkasper fehlt noch!)

— Der ist heute nicht an der Reihe, Herr Althammer. — Es kommt darin zum Ausdruck, daß man überall im einzelnen beklagt, es geschehe zu wenig, aber insgesamt werde natürlich zuviel Geld ausgegeben, daß man selber natürlich mehr Geld und besser ausgeben könne, allerdings mit weniger Steuern und weniger Krediten. Das ist doch so ungefähr die finanzpolitische Linie, auch wenn ich es über viele Jahre sehe.

Meine Damen und Herren, wichtiger scheint mir die Feststellung zu sein, daß die Opposition mit einer zugegebenermaßen ungeheuren Variationsbreite personell und argumentativ — in unterschiedlicher Qualität — das **Horrorgemälde** einer einmal vom **Staatsbankrott** schon erfaßten oder zumindest bedrohten und zum anderen — hier hat sich der Kollege Carstens besonders hervorgetan — einer auf dem unaufhaltsamen **Marsch in den finsteren Sozialismus** befindlichen Bundesrepublik zu zeichnen. Das waren so ungefähr die Konturen, die die Opposition von diesem Staat gezeichnet hat.

(D) (Schröder [Lüneburg] [CDU/CSU]: Jetzt fehlt nur noch ein Sonthofen-Zitat!)

Gelungen ist ihr dabei — und Sie waren ja auch ein bißchen daran beteiligt, Kollege Schröder — allenfalls ein Vexierbild ohne Lösung, mehr nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Man muß der oppositionellen Führung — und ich unterscheide hier einmal zwischen Führung und Gefolgschaft —

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Waren Sie auch einmal Gefolgschaftsführer?)

eigentlich sehr großen Mut zum Risiko bescheinigen, in dieser Prophetie kurz-, mittel- und langfristig von der Geschichte ad absurdum geführt zu werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dieser Mut, wenn er nicht der Mut der Verzweiflung ist, ist sicherlich bewundernswert. Ich will allerdings einräumen — man macht ja über die Zeit so seine Beobachtungen, und deshalb die Unterscheidung zwischen Führungsgruppe und Fußvolk —, daß ich beim Fußvolk der Opposition, ich würde sagen: Anzeichen einer erfolgreichen Indoktrination durch die eigene Führungsgruppe in dieser Hinsicht feststellen konnte.

Meine Damen und Herren, nun zunächst zum finanzpolitischen Aspekt der Debatte. Ich komme auf das andere auch noch zurück.

Hätten wir hier einen Computer, der objektiv nach vorgegebenen eingespeicherten Daten diese

Kirst

(A) Debatte auszuwerten hätte, müßte doch das Ergebnis einer solchen Auswertung sein, daß die Opposition die Argumente von Regierung und Koalition in dieser finanzpolitischen Debatte — und ich rechne in aller Unbescheidenheit auch meine eigenen Ausführungen von vorgestern, die dazu sehr ausführlich waren, dazu — in keiner Weise hat widerlegen können, auch nicht jetzt zuletzt der Kollege Leicht.

(Beifall bei der FDP und der SPD — Zuruf des Abg. Schröder [Lüneburg] [CDU/CSU])

Ich will aber, Kollege Schröder, versuchen, ein bißchen dazu beizutragen, daß wir gemeinsam die Schwierigkeiten dieser Debattenführung sehen. Die Opposition erschwert die Debatte dadurch, daß sie, was sicher ihr gutes Recht ist — ich frage mich nur, ob es zur Klarheit beiträgt —, drei Dinge in der Debatte miteinander vermengt: die Analyse der Lage, die Schlußfolgerungen für die Zukunft und die Schuldfrage. Weil sie falsche Schlußfolgerungen, Prophezeihungen und falsche Schuldzumessungen mehr noch als die Analyse in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt, fällt das, was sie sicher auch an richtiger Analyse bringt, unter den Tisch. Das zerstört die Chance einer gemeinsamen Bestandsaufnahme einer gewiß nicht einfachen Lage.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Diese Methode dient auch nicht dem Interesse unserer Bevölkerung und der Öffentlichkeit.

Trotzdem, jenseits der unbewiesenen Prophetie und der unbewiesenen Schuldvorwürfe der Opposition, glaube ich, hat der Bundestag doch unseren (B) Bürgern und Verbänden — und ich nenne hier nicht nur den einzelnen, sondern auch die Gruppen, in denen er sich organisiert — gemeinsam mit der Regierung in dieser Woche den Eindruck vermittelt, daß jetzt nicht die Zeit neuer oder gestiegener alter Ansprüche an diesen Staat ist. Das sollte, glaube ich, ein gemeinsames Ergebnis dieser Debatte sein.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir, die Koalition, können darüber hinaus feststellen, daß auch kein Zweifel der Bürger in die Bonität dieses Staates erlaubt ist.

Lassen Sie mich an diesem Punkt ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Leicht machen. Ich will nicht unbedingt sagen, daß sich zumindest in wenigen Passagen Ihrer Ausführungen das selbst angeführte Gespräch mit Herrn Strauß ausgewirkt hat. Ich hatte nur den Eindruck, daß in der dritten Lesung vor einem Jahr Ihre Rede noch mehr Boden zu gemeinsamer Betrachtung geboten hat, als das heute der Fall war.

Herr Kollege Leicht, Sie haben behauptet, wir hätten in fünf Jahren zwölfmal die Steuern erhöht. Sie haben das hier im einzelnen nicht bewiesen.

(Leicht [CDU/CSU]: Das wissen Sie doch selber!)

Ich erinnere mich an eine massive **Steuererhöhung;** das war im Jahre 1972 und betraf Zigaretten, Branntwein und Mineralöl. Nur, Kollege Leicht: Warum haben wir das denn damals gemacht — das

(C) muß man doch korrekterweise hinzufügen —? Nicht wegen der angeblichen Mißwirtschaft der Regierung, sondern weil wir den Ländern fünf Punkte mehr an der Mehrwertsteuer anräumen mußten. Das war doch der Zusammenhang.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie haben gesagt, wir hätten die Inflation verharmlost, und Sie haben darüber hinaus hinzugefügt, wir hätten sie — zumindest — nicht bekämpft. Da muß ich nur sagen: Wer das behauptet, hat fünf Jahre geschlafen!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie haben richtigerweise, Kollege Leicht, auch noch einmal den Zeitpunkt Frühjahr 1973 angesprochen.

(Leicht [CDU/CSU]: Habe ich also doch nicht geschlafen!)

— Insoweit nicht, Kollege Leicht. — Auch das war leider unvollständig. Ich habe am Mittwoch hier sehr deutlich gemacht, warum erst ab Frühjahr 1973 eine erfolgreiche **Bekämpfung des Preisanstiegs** möglich war. Dabei haben wir nie mehr als eine Tendenzwende versprochen; Sie werden sich an das alles erinnern. Das muß man dabei auch sehen.

Es ist nun wirklich abwegig, den übersteigerten Staatskonsum, zu dessen wirkungsvoller konkreter Einschränkung Anträge der Opposition in den letzten fünf Jahren nicht vorgelegen haben — ich wiederhole: zu dessen wirkungsvoller konkreter Einschränkung. Sie haben ein paar Titel bei der Öffentlichkeitsarbeit einschränken wollen, das war (D) immer die wesentliche Substanz, oder Sie haben Ansätze kürzen wollen, bei denen die Ausgaben von Gesetzen und Verpflichtungen vertraglicher Art abhängen —, zur Ursache der Arbeitslosigkeit zu erheben. Das ist eine kühne Behauptung ohne jede Beweiskraft. Wir haben in den letzten Tagen hier darüber gesprochen.

Sie haben dabei — ich sage das, damit ich Sie nicht falsch zitiere — insbesondere auf die **strukturelle Arbeitslosigkeit** abgehoben. Sicher haben Sie damit etwas Richtiges angesprochen, daß nämlich ungelöste strukturelle Probleme die konjunkturellen Ausschläge in jeder Phase — gleichgültig ob es nach oben oder nach unten geht — verstärken. Ich frage Sie nur: Warum sind in diesem Lande zum Teil 20 Jahre lang strukturelle Probleme nicht gelöst worden?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das ist die eine Seite.

(Katzer [CDU/CSU]: Fragen Sie sich doch selbst! Sie waren doch dabei!)

Ich füge gleich hinzu, verehrter Kollege Katzer: Es gibt ja auch vieles, was man gar nicht staatlicher Verantwortung zuordnen kann, also weder dieser Regierung noch ihren Vorgängern vor 1969.

Ich sage dies, weil ich mir selbst nicht untreu werden will in meiner Behauptung, die ich für richtig halte, daß für wirtschaftliche Abläufe in unserer Marktordnung die wirtschaftlichen Entschei-

(A) dungen viel, viel wichtiger sind als staatliche Eingriffe. Insofern gilt dies nur begrenzt. Nehmen Sie einmal die Kraftfahrzeugwirtschaft, die Bauwirtschaft. Dort kann man wirklich nicht von staatlichen Fehlentscheidungen sprechen, soweit aus dort vorhandenen Absatzschwierigkeiten als Folge von Fehleinschätzungen der Entwicklungen strukturelle Probleme entstanden sind.

Herr Leicht, ich möchte nun ganz kurz noch ein paar Worte zur Kreditaufnahme sagen.

Die Bundesbank hat gestern durch den Mund von Herrn Klasen noch einmal ganz ausdrücklich erklärt, daß sie diese Kreditaufnahme für richtig hält. Wer meinte, in den vergangenen Jahren — wenn auch zu Unrecht — immer die Bundesbank gegen die Bundesregierung ausspielen zu können und zu sollen, sollte auch jetzt einmal auf die Bundesbank hören, auch wenn es ihm vielleicht nicht so in den Kram paßt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Leicht, Sie haben hier die Frage gestellt: Wofür? Ich bin dem Kollegen von Bülow dankbar dafür, daß er hier einige sehr plastische Beispiele gebracht hat. Ich finde es ebenfalls grotesk, daß die gesetzlichen Regelungen nun einmal so sind, daß die Darlehen an die Bundesanstalt für Arbeit als **investive Ausgaben** gewertet werden, daß in dieser Staatsverbrauchsrechnung aber — ich fasse einmal zusammen, damit man auch eine Größenvorstellung hat; Sie kennen die Zahlen — 11 Milliarden DM — (B) das sind 50 % der gesamten Nettokreditaufnahme — für Beschaffungen für die Bundeswehr als **konsumtive Ausgaben** gewertet werden. Da stimmt irgend etwas nicht.

Herr Kollege Leicht, Sie haben auch noch den Vergleich zwischen 1949 und 1969 gebracht. Das sieht — entschuldigen Sie! — sehr nach einer Milchmädchenrechnung aus; denn über solche Zeiträume kann man natürlich nicht mit absoluten Zahlen argumentieren. Ich habe die Zahlen jetzt nicht nachsehen können; aber wer 1949 am Anfang mit dabei war, wird mir sicher bestätigen, daß meine Erinnerung richtig ist, daß der erste Bundeshaushalt ein Volumen in der Größenordnung von zirka 13 Milliarden DM gehabt hat. Heute hat der Bundeshaushalt ein Volumen von 155, 156 Milliarden DM. Das ist fast das Zwölffache. Das muß man doch bei solchen Berechnungen berücksichtigen. Selbst in den Jahren 1969, 1970 war der Bundeshaushalt ja schon auf 90, 100 Milliarden DM angewachsen.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Leicht? — Bitte sehr!

Leicht (CDU/CSU): Nur damit die Milchmädchenrechnung nicht Milchmädchenrechnung bleibt: Geben Sie auch zu, daß die Verschuldung am Anfang der 50er Jahre zum Teil bedeutend höher war als das Volumen der Bundeshaushalte?

(C) **Kirst** (FDP): Das kann ich im Moment aus dem Kopf nicht beurteilen. Hier spielen natürlich die Umstände eine Rolle.

(Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller [SPD]: Durch die Ausgleichsforderungen!)

— Ja, durch die Ausgleichsforderungen. Vielen Dank für den Hinweis!

Es geht darum, daß hier falsche Dimensionen aufstellen, wenn Sie behaupten, wir würden in einem Jahr mehr Schulden machen als in 20 Jahren zuvor. Dies stimmt doch gar nicht. Ich habe Ihnen am Mittwoch doch die Zahlen vorgelegt, die ausweisen, daß Sie — es gab damals zwar eine große Koalition, aber Herr Strauß war Finanzminister — allein in den Jahren 1967 und 1968 zusammen 12 Milliarden DM Schulden gemacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine der Standardfragen war und ist in dieser Debatte: Was wird 1976? Nun kann man diese Frage rhetorisch natürlich vielfach deuten. Ich habe manchmal den Verdacht, daß die Hartnäckigkeit, mit der die Opposition gerade diese Frage stellt, auch ein gewisses Maß an Ablenkung von der Frage bedeutet, die wir und die Öffentlichkeit zu Recht an die Opposition stellen, welche, wenn schon nicht sachliche, so doch personelle Alternative sie 1976 einer erstaunten deutschen Öffentlichkeit zu präsentieren hat. Nur ist doch der Unterschied der: Das Warten auf den Kanzlerkandidaten — vielleicht wollen Sie ja gelegentlich noch Fristverlängerung haben — ist (D) Folge politischer Unfähigkeit der Opposition.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Interessant ist die Beurteilung, die Herr Strauß — gestern abend war es wohl — im Fernsehen dem Herrn Kohl hat zuteil werden lassen, indem er ihm bescheinigt, daß er, weil er nicht im Bundestag sitzt, zuwenig weiß, um es auf eine kurze Formel zu bringen.

Aber ich sagte: Das ist politische Unfähigkeit, während das nötige Warten auf eine neue Finanzplanung Folge objektiver Unmöglichkeit ist, wie sie hier vom Finanzminister und von Sprechern der Koalition hinreichend dargelegt worden ist. Kollege Althammer, wenn ich Ihre Einlassung von gestern in Erinnerung zurückrufen darf: Sie möchten eigentlich jeden Morgen zum Frühstück eine neue Finanzplanung haben. So muß man doch Ihre Äußerung interpretieren.

Es ist sicherlich unbestritten — das hat niemand von uns bestritten und bestreitet auch niemand —, daß die vorhandene Finanzplanung, die mit dem Haushalt 1975 erarbeitet wurde, mehr oder weniger weitgehend überholt ist. Nur, Kollege Althammer, Sie sollten das doch wissen: Wenn schon der Haushalt eine Momentaufnahme ist, um wieviel mehr ist das dann in der Relation für den Zeitraum, für den sie gilt, die mittelfristige Finanzplanung bzw. die Finanzplanung überhaupt.

(Abg. Dr. Althammer [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(A) — Sofort. — Und je dynamischer die Zeitläufe sind — daß wir dynamische Zeitläufte haben, darüber gibt es auch keinen Zweifel —, um so mehr trifft diese Kennzeichnung für die Planung zu; das nicht zuletzt deshalb, weil die Entwicklung, was wir sicherlich gemeinsam nicht beklagen, eben nicht programmiert werden kann, sondern von Menschen — nebenbei: in weltweiter Abhängigkeit — gestaltet wird. Deshalb läßt sich das alles nicht so prognostizieren.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Kirst, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Althammer?

Kirst (FDP): Bitte sehr!

Dr. Althammer (CDU/CSU): Herr Kollege Kirst, wenn wir uns beide einig sind, daß von der mittelfristigen Finanzplanung aus dem August 1974 keine einzige Zahl mehr stimmt, frage ich Sie: Welchen Sinn soll dann § 10 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung haben, der in einem solchen Fall ausdrücklich eine Aktualisierung vorschreibt?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kirst (FDP): Herr Kollege Althammer, ich möchte mit dem Haushalt 1976 eine Finanzplanung haben, die dann noch stimmt, und nicht jetzt eine Zwischenplanung, die dann vielleicht auch schon nicht mehr stimmt; ganz abgesehen davon, daß, wie hinreichend (B) dargelegt worden ist, gerade im Augenblick — im Augenblick einer wirtschaftlichen Trendwende, wie wir annehmen und hoffen — die Einschätzung der Daten außerordentlich schwierig ist und in einigen Wochen und Monaten sicherlich besser möglich sein wird. Kollege Althammer, ich habe sicher überzeichnet, wenn ich sagte: jeden Morgen zum Frühstück eine Finanzplanung. Aber bitte, bedenken Sie auch — Sie sind immer so für Sparsamkeit —, welcher Aufwand mit einer außerturnusmäßigen Aufstellung einer solchen Planung verbunden wäre.

Ich darf noch einmal sagen: Wir müssen immer davon ausgehen, daß die Möglichkeiten, Entwicklungen zu prognostizieren und zu quantifizieren, außerordentlich begrenzt sind. Und ist es nicht eigentlich etwas merkwürdig, Herr Althammer, daß sich diese Planungsgläubigkeit und diese Überforderung an die Planungsqualität nun ausgerechnet in Ihren Reihen so dokumentiert? Das finde ich reichlich merkwürdig. Ich darf ganz offen sagen: Von allen Marxisten hat mich immer Bert Brecht am meisten beeindruckt, der da so schön gesagt hat: Mach' 'nen Plan, und mach' noch 'nen Plan, geh'n tun sie beide nicht. Darin steckt sehr viel Lebensweisheit. Das trifft auch für die Brauchbarkeit von solchen Planungen zu. Ich darf aber festhalten: Die Planungsfetischisten sitzen zumindest in dieser Frage in der konservativen Fraktion dieses Hauses.

Die Arbeit des Parlaments — das sollten wir bei dieser Diskussion einmal als sicherlich gemeinsame Überlegung festhalten, wobei für dieses gewachsene Dickicht eigentlich niemand die Schuld trägt — wird (C) sicherlich nicht dadurch erleichtert, daß die Erstellung von **Plänen und Berichten** aller Art auf **unterschiedlichen Zeiträumen** basieren. Herr Kollege Althammer, wir haben diese Überlegung ja neulich beim Rentenbericht im Haushaltsausschuß angestellt. Es wäre sicher eine vernünftige Anregung, einmal zu überlegen, ob man hier nicht doch zu einer gewissen Koordinierung der Erstellung dieser verschiedenen Pläne und Berichte, mit denen das Parlament — auf eigenen Wunsch, nebenbei gesagt — meterdick über das ganze Jahr bombardiert wird, kommen könnte. In diesem Zusammenhang unterstütze ich das, was der Kollege von Bülow zur Frage der Belastung des Parlaments mit Anfragen gesagt hat, die nicht unbedingt nötig sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sicher gehören Anfragen zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle. Aber man muß Grenzen sehen, man muß sehen, wo Dinge sind, die man nur noch einmal schriftlich bestätigt haben will — mit viel Verwaltungsaufwand für den Staat.

Ich hatte anfangs gesagt, das Bild, das die Opposition bei dieser Haushaltsberatung von unserem Staat zu zeichnen versucht habe, lasse sich auf zwei Grundmuster zurückführen: Finanzchaos und der unaufhaltsame Weg in den Sozialismus. Herr Carstens, das war ja Ihr Lieblingsthema in Ihrer Rede.

(Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Wir werden ihn aufhalten, Herr Kollege Kirst!)

— Dazu brauchen wir Sie gar nicht, Herr Carstens.

(Lachen bei der CDU/CSU)

(D) An sich ist für diese Fachabteilung ja der Koalitionspartner zuständig,

(Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Sprechen Sie mal mit Ihren Jungdemokraten!)

aber da Sie, Kollege Carstens — ich werde das gleich sagen, und Sie werden feststellen, daß es hier Übereinstimmung gibt — nun die FDP hier in Mitverantwortung und Mitschuld zu nehmen versucht haben — was Ihre ganze Argumentation in diesem Punkte keineswegs glaubwürdiger, dafür aber phantasievoller gemacht hat —, ein paar klare Worte: Wir liberalen Freien Demokraten haben eine bewährte **Koalition** mit den Sozialdemokraten zur Verwirklichung **gemeinsamer, sozialliberaler Ziele,**

(Beifall bei der FDP und der SPD)

nicht aber zur Einführung des Sozialismus in der Bundesrepublik. Das weiß und das respektiert unser Partner; darüber gibt es gar keinen Zweifel.

(Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Dann gucken Sie sich mal in Hessen um, Herr Kollege Kirst!)

— Wir sind hier nicht im Hessischen Landtag, wir sind hier im Deutschen Bundestag. Hessen ist ein schlechtes Beispiel, Herr Carstens. Sie haben in Hessen einen langen Weg gebraucht, Herr Carstens. Hier haben Sie 1946 gemeinsam mit der SPD die Sozialisierung in die Verfassung geschrieben — falls Sie das vergessen haben oder gar nicht wissen sollten, Herr Carstens!

(Lachen bei der CDU/CSU)

(A) Ich sagte: Die Sozialdemokraten wissen, daß sie zur Einführung des Sozialismus, wenn und soweit sie dies überhaupt wollten — darüber zu diskutieren, ist, wie gesagt, nicht meine Aufgabe —, hier in diesem Hause die absolute Mehrheit bräuchten. Dabei aber würden sie auch auf unseren Widerstand stoßen. Aber das sind rein theoretische Betrachtungen. Ich habe die Ziele und die Grundlagen dieser Koalition hinreichend umschrieben. Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, sollten sich, was die Glaubwürdigkeit dieser unserer Aussage anbelangt, dessen erinnern, daß es mit uns in den Jahren, in denen wir mit Ihnen hier gemeinsam Verantwortung getragen haben, keine klerikalen Experimente gegeben hat. Ebensowenig wird es sozialistische Experimente geben. Beide sind nach unserer liberalen Auffassung eben gleichermaßen gefährlich. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Lassen Sie sich aber noch folgendes sagen: Sie haben seinerzeit weniger respektiert, als es unser heutiger Partner respektiert, daß es mit der FDP eben nur liberale Politik gibt, — in der sicherlich Kompromisse nötig sind. Die Grenzen der Kompromisse liegen dort, wo liberale Substanz gefährdet ist.

(Wehner [SPD]: Das ist wiederum nur mit der SPD möglich, Herr Kirst! — Heiterkeit bei der SPD)

— Habe ich etwas anderes gesagt, Herr Wehner?

Ich frage aber die Opposition: Was ist denn seit 1969 an Etappen auf diesem angeblichen Wege verwirklicht worden? — Nichts! Da können Sie nichts (B) nennen.

Das gilt — ich sage dazu nur ein kurzes Wort; ich will mich sonst nicht in die Geschäfte der Bildungspolitiker einmischen — auch für die **Bildungspolitik.** Meine Damen und Herren, auch hier haben Sie keine reine Weste. Die Freien Demokraten haben nach dem Krieg nicht jahrzehntelang gegen Konfessions- und Zwergschulen überall in der Bundesrepublik gekämpft, um die Kinder heute anderen Indoktrinationen ausgesetzt zu sehen. Aber, Herr Carstens, muß sich nicht die Opposition fragen lassen, ob sie, die CDU/CSU, nicht an dem bildungspolitischen Vakuum, in das sicher Fehlentwicklungen teilweise eingedrungen sind oder einzudringen drohen — es muß ja immer ein Vakuum da sein, damit etwas eindringen kann —, in erheblichem Maße mitschuldig ist, weil sie ihr bildungspolitisches Potential nach dem Zusammenbruch 1945 jahrzehntelang, kann man fast sagen, im Kampf um Erhaltung und Ausbau der Konfessionsschulen geradezu vergeudet hat?

(Beifall bei der FDP und der SPD — Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Das sind aber sehr, sehr alte Geschichten, auf die Sie sich jetzt zurückziehen, Herr Kollege Kirst!)

— Ihre Geschichten hier sind meistens noch älter, Herr Professor Carstens.

(Heiterkeit und erneuter Beifall bei der FDP und der SPD — Dr. Klepsch [CDU/CSU]: Dafür haben Sie jetzt rote Konfessionsschulen in Hessen!)

— Ich habe ja gesagt: wir wollen weder diese noch (C) solche.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Da machen Sie doch mit! — Dr. Dregger [CDU/CSU]: Sie tragen doch dazu bei! Sie haben die volle Mitverantwortung! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Dies ist absolut falsch, Herr Dregger.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Nein, nein!)

Das müßten Sie eigentlich viel besser wissen; Sie kommen ja aus diesem Land.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Sie haben das Schlimme nicht unmöglich, sondern möglich gemacht! — Fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich bitte um etwas Ruhe.

Kirst (FDP): Ganz kurz noch einmal zurück zum Haushalt.

(Rawe [CDU/CSU]: Es ist erfreulich, daß Sie darauf noch einmal zurückkommen!)

— Ich bin gleich am Ende meiner Ausführungen.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Das ist auch gut so!)

Herr Althammer hat hier gestern in einem Atemzug — das war eine große Leistung — diesen Haushalt als nicht stabilitätsgerecht bezeichnet und ihm (D) einen Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungslosigkeit abgesprochen.

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: „Falsch programmiert" habe ich gesagt!)

— Habe ich Sie insoweit richtig zitiert? — Ich sagte: in einem Atemzug, weil das natürlich ein Widerspruch in sich ist, zumindest vor dem Hintergrund der geltenden Haushaltstheorie der Opposition. Aber die Ignorierung von Zielkonflikten beherrschen Sie ja meisterhaft. Sie sagten, er sei nicht stabilitätsgerecht. Das hieß bisher: der Haushalt ist zu groß. Das haben Sie uns jahrelang gesagt. Sie sagten ferner, er sei nicht auf die Überwindung von Beschäftigungslosigkeit gerichtet. Das heißt nach allgemeiner volkswirtschaftlicher Auffassung: er enthält zu wenig. Nun muß ich Sie fragen: Ist der Haushalt zu groß, oder enthält er zu wenig, oder gilt beides? Letzteres geht ja wohl nicht. Offenbar ist er angesichts dieser sich selbst aufhebenden Kritik doch richtig. Dabei übersehen Sie in der Sache, daß die Konjunkturmaßnahmen vom Dezember 1974 außerhalb des Haushalts laufen. Das wissen Sie.

Was ist denn nun der Haushalt 1975 wirklich?

(Dr. Ritz [CDU/CSU]: Ein Torso!)

Er ist sicher wie immer das „Schicksalsbuch der Nation"; so hat es, glaube ich, der Kollege Lenz aus unserer Fraktion vor fast 20 Jahren einmal formuliert. Ich sage das deshalb, weil ich nicht gern Plagiate begehe. Hinter seinen nüchternen Zahlen verbergen sich wie immer vielfache menschliche Lei-

Kirst

(A) stungen und menschliche Schicksale, Leistungen als Steuerzahler, als Kreditgeber. Ich habe ihnen vorhin schon dafür gedankt. Andererseits verbergen sich dahinter aber auch menschliche Schicksale bei den Empfängern wie auch immer gearteter Leistungen dieses Staates.

Dieser Haushalt ist — das konnten Sie in der Debatte nicht widerlegen — nicht Ausdruck, sondern gleichsam lebendige Widerlegung der hier vielfach beschworenen Finanzkrise. Denn er garantiert mit seinen Ausgaben, die durch ordnungsgemäße Einnahmen gedeckt sind — auch Kredite sind ordnungsgemäße Einnahmen und kein Defizit; das wird in der öffentlichen Auseinandersetzung schlankweg ein bißchen durcheinandergebracht —, die innere äußere und soziale Sicherheit für unser Land und die Menschen in diesem Lande.

Vielleicht können wir uns darauf verständigen, daß Politik in diesem Hause — und überhaupt — nicht unbedingt tierisch ernst sein muß. Deshalb lassen Sie mich etwas humorvoll schließen und insofern vielleicht auch einen gewissen Beitrag zu einem versöhnlichen Abschluß leisten. Was ich eben über die Qualität und den Zustand des Haushalts und unseres Staates sagte, das kann man auch bildhaft umschreiben, und da fällt mir das Bild vom Staatsschiff ein. Wann wäre es eigentlich angemessener, diesen Vergleich zu bringen, als in einer Situation, in der der Kapitän, der erste Offzier — für die, die es nicht wissen, darf ich sagen, daß der Kollege Genscher immer noch als Bremer gerechnet werden (B) kann — und der Zahlmeister Hanseaten sind?

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: Den Heizer dürfen Sie nicht vergessen; der sitzt da drüben!)

Wann wäre es also angemessener, diesen Vergleich zu nehmen? Ich glaube, wir haben hier ein stolzes und schönes Schiff vor uns mit einem ruhigen und festen Kurs auch in stürmischen Zeiten.

(Beifall bei der FDP und der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Nur, Kollege Carstens, da gibt es einige unruhige Passagiere an Bord.

(Heiterkeit — Dr. Dregger [CDU/CSU]: „Wir brauchen keine Opposition!" — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das sind diejenigen, die die Reederei vor fünf Jahren zur Erlernung moderner Navigationstechniken in den einstweiligen Ruhestand geschickt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Eines Tages werden sie auch wieder auf der Kommandobrücke stehen; das gehört zu den Gesetzen der Demokratie. Aber das dauert noch.

(Zurufe von der CDU/CSU — Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Wir sitzen nicht in Ihrem Boot, Herr Kirst! Der Vergleich hinkt sehr!)

— Herr Carstens, ich spreche hier nicht von dem Schiff der Regierung und Koalition, ich spreche von (C) dem Schiff unseres Landes, und dazu gehören Sie doch.

(Wehner [SPD]: Er ist ein blinder Passagier! — Heiterkeit bei der SPD)

— Ja.

(Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Sie sitzen bald auf dem Grund mit dem Schiff, wenn Sie so weitermachen!)

Die Hauptsorge dieser etwas unruhigen Passagiere ist es, einen Kapitän zu finden für den Fall der Fälle. Und daran mangelt es. Obwohl diese unruhigen Passagiere es wünschen, wird auf diesem Schiff weder der „Untergang der Titanic" noch die „Meuterei auf der Bounty" gespielt, und es wird auch nicht „Kurs auf Utopia" genommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil dieses Schiff den richtigen Kurs hat und damit es weiterhin gute Fahrt hat, stimmen wir Freien Demokraten diesem Etat zu.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD — Ritz [CDU/CSU]: Und Sie sind der Klabautermann!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Bundesminister der Finanzen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt kommt der Heizer!)

(D) **Dr. Apel,** Bundesminister der Finanzen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich in einem ersten Abschnitt einige Bemerkungen zu dem machen, was Herr Kollege Leicht zur **Wirtschaftspolitik** gesagt hat. Sie, Herr Kollege Leicht, haben davon gesprochen, daß sich unsere Wirtschaftspolitik im wesentlichen durch Gesundbeterei auszeichnet. Wenn Sie die Tatsachen zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Leicht, dann müssen Sie zugeben, daß dieser Ausdruck unzutreffend ist. Tatsache ist, daß wir Konjunkturpolitik in diesem Lande in drei Etappen gemacht haben.

Etappe Nr. 1: Ab Mai 1973 haben wir den **weltweiten Inflationstendenzen** massiv **widerstanden.** Wir werden in allen internationalen Gremien, in denen die Bundesrepublik mitarbeitet, dafür gelobt, weil es eigentlich unter den westlichen Industrienationen nur eine gibt, die in dieser inflationären Phase der Weltkonjunktur vor der Ölpreisexplosion den Mut gehabt hat, massiv zu bremsen. Bremsspuren sind auch heute noch sichtbar, dies gebe ich ohne weiteres zu. Natürlich wäre ohne Brechen der Inflationsmentalität in unserem Land die Wohnungshalde der am Markt vorbeigebauten Wohnungen sehr viel geringer, weil es bei Inflationsraten von 25 %, wie sie bei unseren Nachbarn gang und gäbe sind, natürlich klüger wäre, in die Sachwerte zu gehen, auch eine Eigentumswohnung zu kaufen, die man eigentlich nicht braucht, als zu sparen. — Diese Etappe Nr. 1 haben Sie sehr zögerlich mit getragen. Sie haben auch in dieser Phase eigentlich Alternativen nicht angeboten.

Bundesminister Dr. Apel

(A) Dann kam die Etappe Nr. 2, Herr Kollege Leicht. Das war die Phase 1974, als wir vom Februar an bis in den September langsam aber sicher gegengesteuert haben über öffentliche **Konjunkturprogramme mit begrenzter Wirkung** und mit Aufgabe fiskalischer Begrenzungen bei der Investition.

Dann kommt Phase Nr. 3 — in der sind wir —: ein **massives Konjunkturprogramm** der Bundesregierung, das Ihnen bekannt ist und das Sie nach einigem Hin und Her und einigen politischen Schwierigkeiten akzeptiert haben.

Herr Biedenkopf hat gesagt, eigentlich gebe es zu dieser Konjunkturpolitik der Bundesregierung keine Alternative. Ich kann dem Herrn Biedenkopf als dem Generalsekretär der CDU in dieser Frage nur zustimmen. Insofern geht es nicht um Gesundbeterei, sondern um Zurkenntnisnehmen von weltweiten Strukturverwerfungen, die wir Gott sei Dank für unser Land rechtzeitig abgeblockt haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten das auch einmal ganz stolz in diesem Hause sagen: Es gibt nur ein einziges Land unter allen politisch relevanten Ländern des Westens — unter allen Ländern des Westens, kann ich sagen, ohne Einschränkung —, das heute eine **niedrigere Preissteigerungsrate** hat **als vor Eintritt des Ölpreisschocks.** Dies ist die Bundesrepublik. Das fällt doch nicht vom Himmel.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dies ist nicht Ergebnis der Gesundbeterei, sondern Ergebnis der Politik.

(B) Herr Kollege Leicht, wie sehen wir die Dinge heute? Es gibt weder Grund, das Chaos an die Wand zu malen, noch allerdings, und da sind wir mit Ihnen einer Meinung, davon auszugehen, die Probleme seien gelöst. Wir haben nur noch einige schwierige Monate, insbesondere durch Fragezeichen in der Weltwirtschaft, in der Konjunktur der USA, vor uns.

Herr Kollege Leicht, ich komme zu einem zweiten Punkt. Sie haben über die **Probleme der Preiskrise** gesprochen, und Sie haben gesagt, diese Probleme würden im wesentlichen durch Inflationierung und Verschuldung gelöst. — Außerhalb der Bundesrepublik! Innerhalb der Bundesrepublik nicht; ich glaube, darin sind wir uns einig. Wir haben unsere Ölpreisrechnung bezahlt. Bei uns ist die Inflation trotz dieses Schubs rückläufig. Also, wir sind uns einig, wie ich sehe; dies gilt im Außenverhältnis.

Da muß man auch, glaube ich, Herr Kollege Leicht, etwas genauer hinschauen, um die Dinge richtig zu sehen. **Inflationierung** — in der Tat. Ich sage Ihnen als der Minister, der zuständig ist für die internationalen Währungsbeziehungen zu unseren **Partnerländern:** Mir macht natürlich große Sorge, daß das weltweite Gasgeben bei einer Reihe unserer Partner auf Inflationssockeln beginnt, die bei 25 % liegen. Sie sind eben nicht in der Situation der Bundesrepublik, die erst die Preismentalität gebrochen hat. Wir haben, wenn wir die letzten fünf Monate rechnen, zur Zeit eine Preissteigerungsrate — laut Berechnungen der Bundesbank — von 4,5 %. Wir

(C) haben also erst gebremst und dann Gas gegeben. Unsere Partner sind in einer sehr viel schwierigeren Situation; sie geben auf hohen Inflationspreissockeln Gas. Wir können das alles von unserem Lande nur über die **flexiblen Wechselkurse** abwehren. Deswegen ist es gut, daß wir dieses Instrument haben, so gut es auf der anderen Seite auch ist, wenn wir stabile Länder in Europa, wie z. B. die Schweiz, wie hoffentlich auch eines Tages Frankreich, in den Währungsverbund einbeziehen, weil wir auf Dauer natürlich nicht mit flexiblen Wechselkursen leben wollen.

Aber eines stimmt, und wir sollten als Haushaltspolitiker darüber nachdenken: Der Bürgschaftsrahmen — die **Gewährleistungen des Bundes,** wie wir das nennen — ist beträchtlich angewachsen. Hier sind wir auch vor Probleme gestellt, was unsere europäischen Partner anbelangt. Ich werde am 9. April in Paris den Vertrag über den Kissinger-Fonds — er heißt jetzt OECD-Fonds — unterzeichnen. Er bringt Bürgschaftsverpflichtungen für den Bundeshaushalt. Sie haben, Herr Kollege Leicht, zu Recht über die Europa-Anleihe gesprochen. Nur, Herr Kollege Leicht, hier müssen wir folgendes sehen: Ich denke, Sie von der Opposition wie wir von der Koalition bekennen uns zur internationalen Solidarität. Wir ruhen in dieser internationalen Solidarität, ökonomisch wie politisch. Angesichts dessen müssen wir unseren Partnern Hilfe zur Selbsthilfe geben. Dies ist allerdings die Bedingung: Hilfe zur Selbsthilfe, nichts mehr!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

(D) Im übrigen stimmt es, Herr Kollege Leicht, was ich in einem Zeitungsinterview gesagt habe, das Sie hier etwas kritisch zitiert haben. Es ist ja bemerkenswert, wie wir nach 14 Monaten Ölpreisexplosion feststellen müssen, daß die **Devisenreserven unserer** wichtigsten **Handelspartner** nicht so zurückgelaufen sind, wie wir das befürchtet haben. Die Italiener waren sogar in der Lage, das erste Viertel unserer Dollaranleihe — wenn ich „unserer" sage, ist das nicht exakt: einer Anleihe der Deutschen Bundesbank — gegen Verpfändung des Goldes zurückzuzahlen. Die Dinge haben sich besser arrangiert, als wir dachten. Das liegt u. a. auch daran, daß die ölexportierenden Länder, was unsere Exportkraft angeht, eine hohe Absorptionsfähigkeit gezeigt haben. Unsere bundesdeutschen Exporte in diese Länder haben in 12 Monaten um 70 % zugenommen.

Aber, Herr Kollege Leicht — dies, meine ich, sollte am Ende der Haushaltsberatungen festgestellt werden —: Wir alle zusammen sollten uns einmal die Liste der Gewährleistungen angucken. Wir werden aus diesen Bürgschaften zwar nur in einem geringen Maße in Anspruch genommen, aber dieses sind Damoklesschwerter, die über künftigen Haushalten hängen. Und als Haushaltsminister sage ich Ihnen hier: Ich betrachte dieses mit Zurückhaltung. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß dieses nicht unendlich ausgeweitet wird. Ich habe auch meinen Kollegen im Ausland gesagt: Bitte schön, es gibt Grenzen der Bürgschaft der Bundesrepublik für internationale Anleihen; wir sind bald an der Grenze.

Bundesminister Dr. Apel

(A) Zu einem weiteren Punkt im Bereich der ökonomischen Betrachtungen. Sie, Herr Kollege Leicht, haben über unseren Exportboom gesprochen und hier Fragezeichen angemeldet. Bitte betrachten wir die Dinge so, wie sie sind. Wir haben seit Monaten einen **Außenhandelsüberschuß** nicht deswegen, weil unsere Exporte noch so exorbitant klettern, sondern deswegen, weil die Importe in unser Land zurückbleiben und nicht schnell genug wachsen. Von hierher kommt das, was ich gestern in meiner Haushaltsrede gesagt habe: der Druck unserer Partner auf expansivere Politik in unserem Lande, weil sie meinen, daß sie dann, wenn wir noch mehr expandieren — und sie wollen das über noch stärkere Haushaltsverschuldung haben; ich habe Ihnen dazu gestern einiges gesagt —, bei uns besser verkaufen können. Tatsache ist, daß unsere Überlegenheit im Außenhandel an der besseren Leistung, an der Einhaltung der Termine und an dem sozialen Frieden liegt, über den der Herr Bundeskanzler gesprochen hat.

Ich möchte Ihnen diese Zahlen noch einmal ins Gedächtnis rufen, damit wir wissen, was uns dieser **soziale Friede** wert ist. In den drei Jahren von 1971 bis 1973 haben wir pro tausend Arbeitnehmer in unserem Lande 228 Streiktage gehabt. In Frankreich war das 3,3 mal soviel, in den USA 6 mal soviel, in England wurde 9 mal soviel, in Italien 17 mal soviel gestreikt. Hier wird deutlich, was soziale Sicherheit wert ist.

Ich glaube also, Herr Kollege Leicht, daß wir — (B) die sozialliberale Koalition —, wenn wir über die Ökonomie reden, keine Gesundbeterei betrieben, sondern unsere Pflicht getan — und mehr als das — und Erfolg gehabt haben. Darauf sollten wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich komme damit zu den Haushaltsproblemen. Herr Kollege Leicht, Sie haben unter der Perspektive „hohe Kredite, hohe Haushaltsverschuldung 1975" von der Gefahr der Inflation gesprochen. Mein Kollege Herr Dr. von Bülow hat bereits darauf hingewiesen, daß wir das nicht akzeptieren können. Es ist auch ökonomisch falsch. Ökonomisch richtig ist, daß wir in unserem Lande freie Kapazitäten haben; ökonomisch richtig ist, daß wir maßvolle Tarifabschlüsse der Gewerkschaften haben; ökonomisch richtig ist, daß die Zinsen nach unten gegangen sind; ökonomisch richtig ist, daß die D-Mark über flexible Kurse Inflationsschübe von außen von sich weghalten kann, daß im übrigen die Rohstoffpreise — Gott sei Dank! — nicht mehr steigen, vielleicht sogar fallen, so daß deswegen diese Gefahr überhaupt nicht besteht und dieser **Haushalt** angesichts der Ergiebigkeit der Kapitalmärkte **solide zu finanzieren** ist. Deswegen besteht diese Gefahr überhaupt nicht, und dieser Haushalt ist angesichts der Ergiebigkeit der Kapitalmärkte solide zu finanzieren.

Wichtig ist ein Rat der Bundesbank, den wir befolgt haben und den wir befolgen werden. Dieser Rat heißt: Bitte, Bundesregierung, laß dir nicht zu viel Zeit mit der **Kreditaufnahme für 1975**, mache schnell, mach' es in der ersten Hälfte. Deswegen, (C) Herr Kollege Leicht, habe ich mir die von Ihnen angesprochenen **Ermächtigungen nach Art. 111** des Grundgesetzes geben lassen, weil der Haushalt eben noch nicht verabschiedet war — dies war der Punkt —, weil ich mir gesagt habe: jetzt den Kapitalmarkt ausnutzen, jetzt ist das Geld da — und billig da —, jetzt zupacken, nicht warten, bis der Haushalt Mitte April durch den Bundesrat gelaufen ist. Ich habe hier also nur etwas getan, was, denke ich, im ökonomischen Interesse dieses Hauses ist; denn ich muß ja die 22 Milliarden DM in die Kasse bekommen, und zwar, denke ich, im Interesse dieses Hauses zu möglichst günstigen Bedingungen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie haben dann das **Haushaltsdefizit 1975** auf eine — ich zitiere wörtlich — „euphorische Reformpolitik" zurückgeführt. Herr Kollege von Bülow hat Ihnen klargemacht, wo die wirklichen Probleme liegen. Die Probleme liegen bei 8 Milliarden DM Steuerausfall auf Grund der Rezession und bei über 7 Milliarden DM Steuerausfall wegen der Steuerreform. Darum kann sich keiner herummogeln, auch Sie nicht, denn Sie wollten ebensoviel, vielleicht sogar mehr entlasten, so daß wir doch nun bitte aufhören wollen, mit diesen Schlagworten zu arbeiten. Hier ist eine Kumulierung von Rezession, Steuerreform und anderen Problemen — ich denke z. B. an das Weggeben von Bundeseinnahmen an finanzschwache Länder — zu verzeichnen.

Herr Kollege Leicht, wenn Sie davon sprechen, daß bei den **Personalausgaben** einiges nicht so gelaufen ist, wie Sie sich das vorstellen, kann ich dem (D) zustimmen. Nur bitte ich, sich auch daran zu erinnern, daß bei der Tarifrunde 1974, die uns allen noch unangenehm in Erinnerung ist, Ihr Ministerpräsident Filbinger es war, der gegenüber dem Beamtenbund gesagt hat, eine Lohnerhöhung von 12 % sei eine interessante Zahl, über die man sehr wohl reden könne.

(Wehner [SPD]: Hört! Hört!)

Bitte dann auch vor der eigenen Haustür kehren, und zwar kräftig!

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Da waren auch noch andere!)

Ich habe ja, Herr Kollege Leicht, darauf hingewiesen, wieviel Mühe wir von 1970 bis heute hatten, 27 Milliarden DM Mehrbelastung für die öffentlichen Haushalte, die Sie hier in Gesetzesform vorgelegt hatten, abzuwehren. Ich sage erneut, das hat uns manchen Ärger gemacht. Wir haben das im Interesse der Solidität der Finanzen getan.

Ich komme mit einem Satz zu 1975 zurück. Das Defizit des Bundeshaushalts ist groß; es ist notwendig, um die Konjunktur zu finanzieren. Es ist falsch, Herr Kollege Leicht, wenn Sie sagen, dieses Defizit sei mit einem unübersehbaren Absinken der öffentlichen Investitionen verbunden.

(Vorsitz: Vizepräsident Frau Funcke)

Meine Damen und Herren, wir haben uns die Mühe gemacht, die **öffentlichen Investitionen** ein-

Bundesminister Dr. Apel

(A) mal real zu berechnen, also die Preissteigerungsraten herauszunehmen. Wie haben sich da die öffentlichen Investitionen entwickelt? Ich vergleiche drei Jahre mit drei anderen Jahren, nämlich die drei im wesentlichen noch christdemokratisch verantworteten Jahre 1965, 1966 und 1967 mit den Jahren 1973, 1974 und 1975. Wie haben sich in diesen Jahren die öffentlichen Investitionen real — unter Ausklammerung der Preissteigerungsraten — entwickelt? 1965: plus 3,3; 1966: plus 2,4; 1967: minus 10,2. Und jetzt die letzten drei Jahre: 1973 minus 0,9; 1974 plus 9,8; 1975 plus 8,0. Ich meine also, wir sollten die Kirche im Dorf und die Zahlen für sich sprechen lassen.

Dann bleibt immer noch, Herr Kollege Leicht, das Problem — das ich überhaupt nicht verniedlichen will —, daß wir die öffentlichen Investitionen hochhalten müssen. Die Zahlen machen aber deutlich, daß das heutige Bild sehr viel besser ist als in drei vergleichbaren Jahren, in denen die Christdemokraten hier die Verantwortung trugen, die sie dann abgeben mußten.

Im übrigen möchte ich Sie, Herr Kollege Leicht, bei dieser Gelegenheit korrigieren. Vom Haushalt 1969 bis zum Haushalt 1975 hat sich das Gesamtvolumen um 87,1 % erhöht, das Volumen der Investitionen um 85,6 %, d. h., es ist leicht darunter geblieben, aber nur leicht. Der Anteil der Personalkosten allerdings um 98,4 %.

(Zuruf von der CDU/CSU)

— Ja, sicherlich. Aber hier müssen wir nun gemeinsam ran, und dann ist es doch gut, wenn Herr Filbinger nicht dem Beamtenbund gegenüber Er-(B)klärungen abgibt, die im Endeffekt eine Verbeugung vor Forderungen sind. Wir waren es doch diesmal, die den Mut gehabt haben, sehr frühzeitig nein zu sagen. Ich habe dafür sehr viele Kritik bekommen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Er hat aber auch die 42-Stunden-Woche!)

Lassen Sie mich noch einmal zu den Haushaltsproblemen der nächsten Jahre sprechen. Herr Kollege Leicht, wir sind uns sicherlich einig darüber, daß wir uns wegen der vor uns liegenden Haushaltsjahre Sorgen machen. Aber ich bitte doch sehr darum, nun die logische und sachliche Abfolge und damit auch die Aufgaben, die vor uns allen liegen, im Kopf zu behalten. Um was geht es? Es geht uns allen darum, heute und jetzt die Konjunktur anzukurbeln. Es geht uns allen darum, den richtigen **Konjunkturaufschwung** zu haben, nämlich den binnenländischen, weil der Exportboom uns Devisenprobleme bringt und auch Ausfall an Steuereinnahmen. Dies muß doch wohl Ziel Nummer 1 sein.

Ziel Nummer 2 ist — das ist dann im wesentlichen meine Aufgabe, allerdings auch die Aufgabe der Landesfinanzminister und der Kämmerer in den Gemeinden —, eine ganz **knappe Ausgabenführung** durchzusetzen. Hier werden wir uns alle zu bewähren haben. Das wird schwierig sein, auch für mich.

Dann kommt Nummer 3: Durchsetzen der Forderung an die Bundesländer zum **Ausgleich der Konsequenzen der Steuerreform.**

(Beifall bei der SPD)

(C) Wenn diese drei Fragen beantwortet sind — Wie sieht die Konjunktur aus? Was ist das für ein Typ von Konjunkturaufschwung? Wie sieht das aus auf der Ausgabenseite der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden? Wie sind die Verhandlungen um die Steuerreform ausgegangen? —, dann, Herr Kollege Leicht, können wir einen Saldo ziehen und sehen, was nachbleibt. Dann haben wir darüber zu debattieren, ob wir einen Saldo entweder akzeptieren oder nicht akzeptieren. Ich sage Ihnen: diejenigen, die heute über Steuererhöhungen reden, sind entweder Leute, die das im demagogischen Wahlkampf brauchen, insbesondere um die Vorteile der Steuerreform zu vernebeln, oder aber Leute, denen der Mut fehlt, nun wirklich zu sparen. Ich für meine Person gehöre weder zu den Demagogen noch zu den Mutlosen. Insofern sage ich Ihnen ganz offen: bitte, die richtige Reihenfolge beachten, wir werden im Herbst sehen, wie die **Haushaltslage** ist. Ich bin da Optimist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Lassen Sie mich abschließen! Ich möchte folgende Feststellungen treffen. Erstens. Bei allem Bemühen ist es der Opposition nicht gelungen, weder im Detail noch in der Generallinie des Bundeshaushalts 1975, eine Alternative aufzustellen. Ihre Kürzungsanträge waren Pflichtübungen. Sie bringen in der Sache nichts und können deswegen auch nicht akzeptiert werden.

Zweitens. Dieser Haushalt paßt in die konjunkturelle Landschaft und ist solide zu finanzieren.

(Lachen bei der CDU/CSU) (D)

Drittens. Er ist die Voraussetzung für den Wiederaufschwung, und das ist unsere zentrale Aufgabe.

Schließlich, viertens: Dieses Budget in dieser Form ist ein wesentliches Element unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir wollen diesen Haushalt, weil wir den Aufschwung wollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich möchte nicht versäumen, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Abgeordneten Leicht, meinen ausdrücklichen Dank und meine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

(Beifall)

Ich möchte mich bei den Herren Althammer, Kirst und von Bülow als den Obmännern der Fraktionen und bei den Mitgliedern des Ausschusses bedanken.

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen Beteiligten bedanken. Trotz kontroverser Meinungen und Polemik hat es hier eine Debatte gegeben — entschuldigen Sie, daß ich das sage; es soll nicht schulmeisterlich klingen —, die Sachverstand und ein Mindestmaß an Loyalität gezeigt hat. Ich bin davon überzeugt, daß wir auch in den nächsten Haushaltsjahren in diesem Geiste im Interesse der Bürger unserer Republik zusammenarbeiten werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

(A)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat Herr Abgeordneter Höcherl.

Höcherl (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So schiedlich-friedlich, wie Herr Apel diese drei Tage abschließen will, waren sie nicht. Wenn ich einen Rückblick auf diese Debatte werfe, so muß ich feststellen, daß Sie zunächst zwei Tage versucht haben, mit einem Derby-Trick die ganze Debatte nach Sonthofen zu verlegen. So war es doch.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Ich hätte das verstanden, wenn es einige Kampfhähne gemacht hätten, denen es bekanntlich an Argumenten fehlt. Daß sich aber auch der Bundeskanzler und respektable Regierungsmitglieder in eine solche Kampfweise einlassen, spricht für den sehr, bedenklichen Stil.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD)

wie man den wichtigsten Part abzuhandeln hat, der einem Parlament aufgegeben ist.

Schließlich und endlich haben wir es damit zu tun, daß wir über 1,2 Millionen Arbeitslose, über 950 000 Kurzarbeiter, über 7 000 Konkurse in einem einzigen Jahr und über 200 000 Umschüler haben, für die keine Chance besteht. Wir haben es mit der Tatsache zu tun, daß selbst im anhebenden Jahr der Gerichtsvollzieher der einzige überbeschäftigte Beruf in unserem Land ist.

(B)

(Wehner [SPD]: Na, na, na! — Weitere Zurufe von der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

— Genauso ist es.

(Wehner [SPD]: Das ist etwas außerhalb der Realität!)

— Nein, das ist die traurige Wirklichkeit. Sie haben im Jahre 1969 eine anständige Situation mit gefüllten Kassen übernommen. Fünf Jahre sind sie dran. Das sind die Fakten. Um diese Fakten geht es. Das interessiert das Volk, nichts anderes sonst.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Auch während der ganzen unmittelbaren Haushaltsdarstellung haben Sie einen großartigen Trick vorgeführt. Es wird einige geben, die darauf hereinfallen. Da heißt es nämlich: Diese hohe **Kreditaufnahme** ist nach **Keynes** notwendig. Das ist eine Volksausgabe von Keynes, die Sie zur Hand genommen haben. Ich will Ihnen etwas sagen: Ihnen ist das Geld ausgegangen, und deswegen müssen Sie Schulden machen. Das wollen Sie jetzt als eine Tugend darstellen. So ist es doch.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Seit fünf Jahren hören wir folgendes: Kaum kamen die ersten Schwierigkeiten, da sind Sie von einer sehr kompetenten Stelle fortgesetzt gemahnt worden. Es war die **Deutsche Bundesbank,** die Sie im Bericht vom Januar 1970 gemahnt hat, Ihre Pflichten wahrzunehmen. Sie haben sehr lange gebraucht. In der ersten Phase des wirtschaftlichen Ablaufs — das muß man einmal genau festhalten — haben Sie noch anderen Göttern geopfert. Sie haben gedacht, die Ostpolitik sei das Allerwichtigste. Das ging hektisch. Dort haben Sie Brandopfer gebracht,

(C)

(Heiterkeit)

die uns heute noch Schwierigkeiten bereiten.

Wie war der Ablauf? Der Ablauf war so, daß die anhebende Inflation zunächst eine angenehme Wärme verbreitete. Da konnte man Reformversprechungen machen. Der Einwand, der von allen Sachverständigen und der Bundesbank gekommen ist, daß hinter der Inflation ja die Arbeitslosigkeit steht, wurde Ihnen von allen Seiten entgegengebracht. Nur Sie haben ihn nicht gehört und wollten ihn nicht hören. Es war eine angenehme Wärme. Dann hat sich die monetäre Inflation in eine Kosteninflation umgewandelt und dazu geführt, daß die heutige Arbeitslosigkeit kam.

Sie haben eines übersehen, Sie haben erst im Jahre 1973 nach vorausgegangenen schwächlichen Versuchen zum erstenmal gebremst. Sie haben aber wie ein Anfänger gebremst, nämlich alles. Sie haben nicht gesehen, daß der entscheidende Faktor die **Anlageinvestitionen** und die **Ausrüstungsinvestitionen** sind. Daran hängen die Arbeitsplätze von morgen und von übermorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Ich will Ihnen einmal die Zahlen vorhalten, die Sie übersehen haben. Im Jahre 1971 hatten wir noch ein Wachstum von 4,5 % bei den Anlageinvestitionen. Im Jahre 1972 ging dies schon auf 2,7 % zurück, dann 1973 auf 1,1 % und 1974 auf minus 8,5 %.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Das ist Ihnen alles gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Darüber hinaus haben Sie damals noch die **Unternehmer** und die **Profite und Gewinne** verteufelt. Ich will Ihnen einmal vorlesen, was Ihr Regierungschef im Jahre 1972, als er sein Amt als Finanzminister übernommen hat, über Staatsanteile usw. gesagt hat. Da zeigt sich nämlich die innere Gesinnung. Heute ist der Unternehmer wieder interessant, weil sich gezeigt hat, daß Sie gar nicht fähig sind, die Wirtschaft mit staatlichen Maßnahmen in Ordnung zu bringen, sondern daß Sie den Unternehmer an der Front brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD)

— Ja, passen Sie auf. Es ist Ihnen sehr peinlich, ich weiß das. Die Wahrheit war Ihnen immer peinlich. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen und können die Wahrheit nicht vertragen!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Am 27. Juli 1972, also nach dem bekannten Wechsel, hat sich Ihr heutiger Bundeskanzler und damaliger Finanzminister dazu geäußert, einer der gelernten Ökonomen; wir haben ja drei davon. Früher

(A) hatten wir einen: Professor Erhard. Das genügte, da haben wir die Wirtschaft in Ordnung gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen und Zurufe bei der SPD)

Der Bundeswirtschaftsminister hat gestern nicht den Mut besessen — von den Koalitionsmitgliedern will ich das gar nicht erwarten —, am Todestag von Eucken auch der Leistung Erhards zu gedenken. Das hat er nicht über das Herz gebracht. Da sieht man, wie eng Ihre Einstellung ist und daß Sie nicht den Mut haben, Leistungen anzuerkennen, die dort geistig begründet und von Professor Erhard mit unserer Verantwortung in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt aber zu dem Zitat:

> Ich bin der Meinung,

— so sagte Herr Schmidt —

> daß die Leistung, die der Staat gegenüber dem Bürger erbringt, im Laufe der nächsten Jahre wachsen muß ... Diese wachsenden Leistungen ... (erfordern) einen wachsenden Anteil am Bruttosozialprodukt zur Finanzierung dieser Leistung. Daran ist für mich überhaupt kein Zweifel. Das läuft, über eine längere Zeit gerechnet, sicherlich darauf hinaus, daß Steuern erhöht werden müssen. Das gilt aber kaum für 1973. Im übrigen bin ich der Meinung ... daß ... Steuererhöhungen nicht vermieden werden (B) können, und wer etwas anderes sagt, redet unwahr. Ich erinnere hier auch an das neue Gutachten des wissenschaftlichen Beirates vom Finanzministerium, in dem der Finanzierung über Steuern grundsätzlich Vorzug vor der Kreditfinanzierung gegeben wird.

Hier wird gesagt: Nein. Jetzt haben Sie einen neuen Glauben erfunden: Schuldenfinanzierung, das ist das moderne. Früher war es anders.

> Und die Herren haben mit Mehrheit auch gesagt, sie wollten die zusätzliche Belastung im wesentlichen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer verlegt wissen, was mir auch sehr liegen würde. —

Das haben Sie ja in der Art und Weise versucht, um zu nivellieren, um den Leistungswillen zu brechen.

(Zuruf von der SPD: Eine Rede für den Wahlkreis!)

— Nicht Wahlkreis, Sie haben diese Debatte unter das Gesetz der Landtagswahlen gestellt, wie Ihre ganzen Maßnahmen nicht auf lange Sicht angelegt werden. Sie sind vielmehr von einer Landtagswahl zur anderen gehüpft und gesprungen, weil Sie nicht den Mut haben, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Abg. Dr. Graf Lambsdorff [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Graf Lambsdorff, weil Sie sich gerade melden: Sie haben gestern ein interessantes Wort gesagt.

(C) **Vizepräsident Frau Funcke:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Graf Lambsdorff?

Höcherl (CDU/CSU): Ja, bitte sehr.

Dr. Graf Lambsdorff (FDP): Herr Kollege Höcherl, könnten Sie mir vielleicht zustimmen, nachdem Sie gemeint haben, wir hätten die Volksausgabe von Keynes zur Hand genommen, daß Sie uns hier etwas Wirtschaftstheorie im Stil der Lesezirkelmappen angeboten haben?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

Höcherl (CDU/CSU): Herr Graf Lambsdorff, Sie haben gestern in Ihrem Beitrag — ich möchte es einmal so ausdrücken — aus dem verwilderten Garten Ihrer konjunkturellen Situation ein paar Gänseblümchen herausgezupft, Dinge, die sowieso nicht bestritten sind — Kartellrecht usw. —, alles Dinge, die wir eingeführt haben.

(Lachen bei der SPD und der FDP — Beifall bei der CDU/CSU)

So war es doch.

Sie haben gestern das bemerkenswerte Wort gesagt, daß die soziale Marktwirtschaft nicht ausreichend in unsere Verfassung eingebaut sei. Sie wurde von Ihnen lange Zeit verdammt, bis Sie sie jetzt wieder brauchen. Bauen Sie sie doch so ein, daß keiner mehr vor Ihren radikalen Flügeln Angst zu haben braucht! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie müssen, wenn Sie Erfolg haben wollen, bei den **Ausrüstungsinvestitionen** einen anderen Weg gehen, sonst kommen Sie nicht zu einer Änderung der Situation. Was stand denn gestern als Ergebnis der Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin im „Handelsblatt"? — Ein scharfer und dramatischer Einbruch im Bereich der Exporte. Das war doch die Stütze, die wir hatten. Wenn die nachläßt, bleibt Ihnen überhaupt nichts mehr übrig.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Spiegelbild einer mißlungenen und gescheiterten Konjunkturpolitik. Deswegen können wir ihm nicht zustimmen, und deswegen stimmen wir ihm nicht zu.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Ehrenberg.

(Zurufe von der CDU/CSU: Er will nicht! Er hat nichts zu sagen!)

Dr. Ehrenberg (SPD): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Es war lediglich Höflichkeit gegenüber dem Koalitionspartner, weil ich glaubte, Herr Hoppe habe sich zuerst gemeldet, daß ich nicht gleich dem Ruf der Präsidentin gefolgt bin. Kein Grund zur Schadenfreude, meine Herren!

(Kiep [CDU/CSU]: Können Sie nicht gleichzeitig sprechen?)

Dr. Ehrenberg

(A) — Da wir es gleichzeitig nicht können, machen wir es nacheinander.

Ich wollte hier nicht mehr, als sehr kurz zum Ausdruck bringen, daß es bisher in diesem Hause eigentlich nicht üblich war, daß in der Haushaltsrunde nach dem Finanzminister, der abschließend Stellung genommen hat, noch einmal eine Runde eröffnet wurde. Da der Kollege Höcherl das getan hat, verdient er eine Antwort. Herr Kollege Höcherl verdient eine Antwort, weil er hier versucht hat, noch einmal — allen vorgestern, gestern und heute hier vorgebrachten Fakten zum Trotz — die Situation so darzustellen, als sei sie so, wie sie in den inhaltsleeren Beiträgen der Opposition vorgebracht wurde.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, so ist die Situation nicht. Es steht eindeutig fest, daß diese Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der westlichen Industrienationen den hervorragendsten Platz in allen ökonomischen Bereichen und auch in den Bereichen der politischen Stabilität einnimmt.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Franke [Osnabrück] [CDU/CSU]: Sie steht mit allem an der Spitze! Mit den Arbeitslosen usw.! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Kollege Höcherl, zu Ihren Investitionszahlen empfehle ich Ihnen, noch einmal nachzulesen, was der Bundeshaushalt 1967 und was die Bundeshaushalte 1974 und 1975 ausweisen. Sie werden sehen, (B) daß der Rückgang der Anlageinvestitionen 1967 stärker war als heute. Lesen Sie bitte die Protokolle nach.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Eine herzliche Bitte zum Schluß, jenseits von Sonthofen: Lassen Sie uns am Schluß der Haushaltsdebatte die Fakten dieser Debatte sehen. Diese Fakten machen deutlich, daß dieser Haushalt den konjunkturpolitischen Erfordernissen entspricht, daß die mit ihm gegebenen Konjunkturimpulse wesentlicher Bestandteil des kommenden Aufschwungs sein werden. Und dieser Aufschwung kommt, auch wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ihn totreden wollen!

(Beifall bei der SPD und der FDP — Rawe [CDU/CSU]: Sie sind als Prophet schlecht geeignet!)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgramm.

Wolfgramm (Göttingen) (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Der Kollege Höcherl muß selbst wissen, warum er hier noch heraufgegangen ist, um eine Brandrede zu halten. Herr Kollege Höcherl, ich meine, Sie haben das Hamburger Ohnsorg-Theater aber ohne Grund von Bayern hierher getragen.

(Oho-Rufe bei der CDU/CSU)

Ihre Polemik hat nichts Neues gebracht. Deswegen (C) erübrigt es sich, auf diese — nicht neue — Polemik noch einzugehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD — Stücklen [CDU/CSU]: Keine Argumente bloß dummes Gerede! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Eine große Rede!)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ritz.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Haushaltsdebatte 1975 sollte nicht zu Ende gehen,

(Zuruf von der SPD: Ohne eine Agrardebatte!)

ohne einen Vorgang zu klären, der gestern nachmittag hier im Haus die Situation sehr belastet hat. Der **Bundesminister** für Arbeit und Soziales, Herr **Arendt,** hat in der gestrigen Sitzung des Deutschen Bundestages laut Protokoll zum Thema der Rentenreform, an die CDU/CSU-Fraktion gerichtet, folgendes erklärt:

> Was haben Sie gemacht? ... Gar nichts haben Sie gemacht!

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

> Sie haben Schaden angerichtet. Das ist es ... Sie haben die Sockelrente niedergestimmt.

(D)

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD: Genau!)

Es ging um die Frage, ob für alle Rentner ein gleich hoher Sockelbetrag geschaffen werden sollte.

Laut stenographischem Protokoll der 99. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung am 4. Dezember 1972

(Rawe [CDU/CSU]: Jetzt klatschen Sie nicht mehr!)

hat Herr Bundesminister Arendt vor dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung folgendes ausgeführt — ich darf zitieren, und zwar in diesem Fall auch ausführlich —:

> Sie wissen, daß die Koalitionsfraktionen der Öffentlichkeit den Vorschlag unterbreitet haben, so etwas wie einen Sockelbetrag oder einen Grundbetrag einzuführen. Im Prinzip halte ich diesen Vorschlag des Sockelbetrages für nachdenkenswert. Wenn man zuvor einige andere Dinge bereinigte — ich könnte mir vorstellen, daß man das in der nächsten Legislaturperiode tun kann —, wäre dieser Sockelbetrag des Nachdenkens wert. Jetzt aber sollte man sich mit den Realitäten beschäftigen. Jetzt können wir die Vorklärungen nicht vornehmen. Das ist bei der zur Verfügung stehenden Zeit einleuchtend.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU — Rawe [CDU/CSU]: So Arendt!)

> Es ist mein Anliegen, zu erreichen, daß man sich hier in diesem Ausschuß darauf verständigt,

Dr. Ritz

(A) eine Einigung in der Weise zu erzielen, daß die Elemente, die in dem Rentenreformprogramm der Bundesregierung enthalten sind, berücksichtigt werden. Ich wiederhole diese Elemente noch einmal: Öffnung der Rentenversicherung für andere Gruppen, Einführung einer Rente nach Mindesteinkommen, Einführung der flexiblen Altersgrenze, Einführung eines Babyjahres und kein Sockelbetrag,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

sondern nur eine allgemeine Leistungsverbesserung im Rahmen der fünfzehnten Rentenanpassung. Ich glaube, daß auch die Regierungsfraktionen jetzt in diesem Augenblick nicht darauf bestehen würden, die Frage des Sockelbetrages zu entscheiden.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, für die CDU/CSU-Fraktion stelle ich folgendes fest.

Erstens. Nach diesen Ausführungen des Herrn Bundesministers Arendt steht fest, daß über die **Sockelrente** keine Abstimmung stattgefunden hat, daß sich vielmehr die Fraktionen des Hauses auf Vorschlag von Bundesminister Arendt darauf geeinigt haben, einen solchen Vorschlag zurückzustellen.

Zweitens. Bundesminister Arendt hat im Parlament und gegenüber dem Parlament bewußt die Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU — Rawe [CDU/CSU]: So ist es! — Zuruf von der CDU/CSU: Ordnungsruf!)

(B) Obwohl ihm dies gestern vom Kollegen Franke entgegengehalten worden ist, hat es Herr Arendt bisher nicht für nötig befunden, die Sache richtigzustellen.

(Seiters [CDU/CSU]: Er fehlt auch jetzt!)

Drittens. Wir fordern nunmehr den Bundeskanzler auf, entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP — Dr. Carstens [Fehmarn] [CDU/CSU]: Das finden Sie komisch! Das findet das deutsche Volk gar nicht komisch! Der Bürger findet das nicht komisch! — Zuruf von der CDU/CSU: Wo ist denn der Minister? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Grobecker.

Grobecker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies ist ein Versuch, den bei allen Bürgern beliebten und wegen seiner großen Leistungen anerkannten Sozialminister Walter Arendt in Mißkredit zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Lachen bei der CDU/CSU)

Es wird bei diesem Versuch bleiben.

(Rawe [CDU/CSU]: Sie sollten lieber die Wahrheit sagen, Herr Grobecker!)

(C) Walter Arendt ist der erfolgreichste Arbeitsminister der Bundesrepublik seit 1949. Das ist so!

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist: Die Opposition hat im Jahre 1972 die Rentenreform mit einer geliehenen Stimme verwässern wollen. Das haben wir nach der Wahl korrigiert. Wir haben mit Walter Arendt die flexible Altersgrenze eingeführt,

(Dr. Ritz [CDU/CSU]: Kommen Sie doch zur Sache!)

wir haben die Rente nach Mindesteinkommen eingeführt, . . .

(Beifall bei der SPD — Abg. Rawe [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege Grobecker, — —

Grobecker (SPD): . . . und wir haben mit Walter Arendt die Öffnung für die Selbständigen eingeführt. Dabei bleibt es.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Seiters [CDU/CSU]: Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident Frau Funcke: Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Seiters das Wort.

(D) **Seiters** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der CDU/CSU-Fraktion stelle ich nach der Geschäftsordnung den Antrag, den Minister für Arbeit und Soziales ins Plenum zu zitieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wehner.

Wehner (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion widerspricht diesem unverschämten Antrag.

(Beifall bei der SPD — Lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Meine Damen und Herren, nach § 46 der Geschäftsordnung bedarf ein solcher Antrag der Unterstützung von so vielen anwesenden Mitgliedern des Bundestages, wie einer Fraktionsstärke entspricht. Das ist der Fall.

Über den Antrag wird vom Bundestag entschieden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! —

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich bitte, die Abstimmung durch Aufstehen zu wiederholen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! —

(Anhaltende Unruhe und Zurufe — Rawe [CDU/CSU]: Hammelsprung!)

Vizepräsident Frau Funcke

(A) Enthaltungen? — Das zweite war die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Pfui!)

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor? — Ich schließe die allgemeine Aussprache.

Wir kommen jetzt zu den beiden Entschließungsanträgen der Fraktion der CDU/CSU zum Einzelplan 12 und zum Haushaltsgesetz, die auf den Drucksachen 7/3406 und 7/3407 vorliegen. Das Wort zur Begründung hat Herr Abgeordneter Jobst.

Dr. Jobst (CDU/CSU): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf für die CDU/CSU-Fraktion die zwei Entschließungsanträge begründen. Ich hoffe, daß diese Anträge nicht auch von seiten der Koalitionsparteien als unverschämt bezeichnet werden. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß Herr Minister Arendt im Restaurant sitzt und ohne weiteres die Möglichkeit hätte, sofort hierherzukommen.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU — Dr. Ritz [CDU/CSU]: So gehen Sie mit dem Parlament um! — Eigen [CDU/CSU]: Wenn das keine Unverschämtheit ist! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich darf aber nun zur Begründung unserer Anträge kommen. Die CDU/CSU-Fraktion ersucht die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Mai 1975 über Maßnahmen zu berichten, mit denen der bereits heute erkennbare erhebliche finan-(B) zielle **Mehrbedarf der Deutschen Bundesbahn** mit den bereitgestellten Mitteln aus dem Haushalt 1975 ohne weitere Einschränkung der Investitionen der Bahn bewältigt werden kann.

Im Jahre 1971 schätzte die Bundesregierung die Qualität ihrer Verkehrspolitik und ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik mit der ihr eigenen Überschätzung offenbar so ein, daß sie in der mittelfristigen Finanzplanung bei der Bahn im Jahre 1975 mit 5 Milliarden DM Zuleistung aus dem Bundeshaushalt auszukommen glaubte. 1974 mußten der Bahn aber bereits 11 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt zugeschossen werden. Ich glaube, das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die Verkehrspolitik dieser Regierung in einer Sackgasse gelandet ist und heute unter dem Diktat der leeren Kassen steht.

Der jetzt vor der Verabschiedung stehende Haushalt für 1975 enthält für die Bahn einen Zuschuß von 9 Milliarden DM. Die Mittelanforderung der Bahn war jedoch um 1,9 Milliarden DM höher. Gegen Kürzungen wäre an sich nichts einzuwenden. Damit stehen wir aber vor einem großen Haushaltsrisiko, das ein Parlament, das seine Funktion ernst nimmt, einfach nicht unter den Teppich kehren kann.

In den vergangenen Haushaltsjahren hat die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Haushalts zunächst durch zu niedrige Ansätze bei der Bahn Stabilitätskosmetik für den Gesamthaushalt zu treiben versucht. Zum Jahresende wurden aber dann in großem Umfang sogenannte unvorhersehbare außerplanmäßige Ausgaben für die Bahn ohne Zustimmung des Parlaments getätigt — eine Praxis, die (C) vom Bundesrechnungshof mittlerweile zu Recht scharf kritisiert wurde. Nicht nur im Interesse der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, sondern auch im Interesse des Unternehmens Bahn, das wissen muß, was auf es zukommt, sowie im Interesse der Eisenbahner fordert die CDU/CSU, daß diese bedenkliche **Praxis einer falschen Einschätzung der Haushaltsrisiken** in diesem Bereich nunmehr aufgegeben wird.

Unter den Eisenbahnern herrscht derzeit große Unruhe. In seiner Sitzung vom 4. März 1975 hat der Beirat der **Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands** festgestellt — ich zitiere aus der Gewerkschaftszeitung —, daß die Eisenbahner durch eine ganze Reihe widersprüchlicher Erklärungen über die künftige Bundesbahnpolitik der Bundesregierung wie nie zuvor verunsichert seien.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Ich meine, diese Verunsicherung haben die Eisenbahner, die tagtäglich ihren Mann stehen, nicht verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es steht fest, daß die Bahn mit den vorgesehenen Zuschußmitteln für 1975 nicht auskommen wird. Der Finanzbedarf wird höher sein. Die weitere Schußfahrt der Bahn in die roten Zahlen, die durch die Politik der Bundesverkehrsminister der SPD ein Ausmaß erreicht hat, das nicht nur eine Bürde für die Eisenbahner ist, sondern die Grenze der Verantwortbarkeit erreicht hat, wird leider weitergehen. (D) Auch bei Nutzung aller Marktchancen und Tarifspielräume ist in jedem Fall heute schon erkennbar, daß ein gewaltiger Brocken an Mehrausgaben aus dem Bundeshaushalt übrigbleiben wird.

Ein Indiz für diese tatsächliche Situation ist auch, daß die Bahn bereits 1,4 Milliarden DM ihrer Investitionsmittel gesperrt hat, um ihre Liquidität aufrechterhalten zu können. Eine weitere Verschuldung der Bahn für kurzfristige Verbindlichkeiten wird angesichts des gewaltigen Kreditbedarfs der öffentlichen Hände im Jahre 1975 schier unmöglich sein. Die Fremdverbindlichkeiten der Bahn haben im übrigen bereits das Ausmaß von 22 Milliarden DM erreicht.

Schließlich und endlich: Wenn von den sogenannten Zielvorgaben des Bundesverkehrsministers Gscheidle an die DB überhaupt haushaltsmäßige Auswirkungen zu erwarten sind, dann werden diese — das hat Herr Minister Gscheidle selbst erklärt — keinesfalls im Jahre 1975 eintreten.

Angesichts dieser Situation ist der vorliegende Entschließungsantrag der Opposition eine zwingende Notwendigkeit. Die Verkehrspolitik kann es heute nicht damit bewenden lassen, der Bahn nur Zielvorgaben vorzuschreiben. Gegenwärtig stellt sich die ernste Frage, wie die Bahn finanziell über die Runden kommen und dabei gleichzeitig ihr Investitionsvolumen so bemessen kann, daß mittelfristig und längerfristig ein Ausweg aus der Finanzmisere zu finden ist.

Dr. Jobst

(A) Der Bundesverkehrsminister hat in seinen Zielvorgaben für die Bahn den Eindruck erweckt, dieses Unternehmen könne mit seinen gegenwärtigen Problemen allein fertig werden. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Deshalb ist der Antrag der CDU/CSU-Fraktion begründet, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Ich darf ganz kurz den weiteren Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion auf Drucksache 7/3407 begründen. Die vorgenommene Ausweitung der **Zweckbindung des Aufkommens der Mineralölsteuer** auf „sonstige verkehrspolitische Zwecke" hat dazu geführt, daß immer mehr Mittel des Verkehrsetats in Subventionen geleitet wurden und für **Investitionen** nicht zur Verfügung standen. Wir sind der Meinung, daß diese zweckgebundenen Mittel der Mineralölsteuer ausschließlich für Investitionen eingesetzt werden müßten.

In den vergangenen Jahren ist auch beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der für eine erfolgreiche Politik notwendige Zusammenhang zwischen Sach- und Finanzplanung mehr und mehr verlorengegangen. Als unmittelbare Folge dieser Entwicklung kam es im Verkehrsbereich zu einer Reihe unrealisierbarer Investitionsprogramme. Der vorliegende Antrag soll sicherstellen, daß mittelfristig der enge **Zusammenhang von Sach- und Finanzplanung** wiederhergestellt wird.

Deshalb bitte ich das Hohe Haus, auch diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Nordenham).

Müller (Nordenham) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren. Meine Fraktion ist empört darüber,

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU)

daß Sie hier unverschämt und frech behaupten, Herr Dr. Jobst, daß sich Bundesminister Walter Arendt im Restaurant befinde. Das trifft nicht zu. Sie wollen wieder die Atmosphäre vergiften.

(Beifall bei der SPD — Lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

Wir weisen diese Unterstellung entschieden zurück.

(Kiep [CDU/CSU]: Wo ist er dann?)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rawe?

Rawe (CDU/CSU): Herr Kollege, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß Herr Bundesminister Arendt, wenn hier ausweislich des Protokolls festgestellt wird, daß er gegenüber diesem Parlament die Unwahrheit gesagt hat, sich dann hierher bemühen und das richtigstellen sollte?

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Müller (Nordenham) (SPD): Ich habe Ihnen gesagt, was dazu zu sagen war. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu den beiden Anträgen.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU)

Der Antrag auf Drucksache 7/3406 zielt auf weitere **Liquiditätszuschüsse für die Deutsche Bundesbahn** ab. Wenn wir diesen Antrag ernst nehmen sollen, kann er in der kurzen Frist bis Ende des nächsten Monats, bis Ende April also, nicht anders behandelt werden, als er jetzt bei den Haushaltsberatungen behandelt worden ist. Nach dem Bundesbahngesetz ist der Bund nur insoweit verpflichtet, der Bahn Haushaltsmittel zuzuführen, als es ihre Liquiditätslage erfordert. Im Entwurf des Bundeshaushalts, den wir soeben verabschiedet haben, betragen die Ansätze allein für die Bahn 9 350 Millionen DM. Rechnet man noch die Mittel des konjunkturellen Sonderprogramms vom 12. Dezember 1974 in Höhe von 380 Millionen DM hinzu, so werden der Deutschen Bundesbahn im Jahre 1975 über 9,7 Milliarden DM an öffentlichen Mitteln zufließen. Damit wird die Bahn in die Lage versetzt, ihren Bedarf an zusätzlichen Liquiditätsmitteln voll zu decken.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Haase?

(D)

Müller (Nordenham) (SPD): Nein, keine Zwischenfrage!

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Dregger [CDU/CSU]: Warum denn nicht? — Weitere Zurufe)

Die Kreditaufnahme der Bahn ist selbst unter Einrechnung aller jetzt erkennbaren Risiken mit 2,7 Milliarden DM netto durchaus bescheiden und vertretbar. Die Finanzierung der Deutschen Bundesbahn ist danach sichergestellt.

Ich darf für meine Fraktion beantragen, den vorliegenden Antrag an den Haushaltsausschuß — federführend — und an den Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen — mitberatend — zu überweisen.

Zum nächsten Antrag auf Drucksache 7/3407 möchte ich folgendes erklären — —

(Abg. Bremm [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Müller (Nordenham) (SPD): Nein! Ich spreche jetzt zum Antrag.

(Rawe [CDU/CSU]: Sie können die Wahrheit nicht hören! — Weitere lebhafte Zurufe von der CDU/CSU)

Müller (Nordenham)

(A) Es ist das Bemühen des Bundesverkehrsministers,

(Bundesminister Arendt betritt den Plenarsaal, von der SPD mit Beifall begrüßt — Zuruf von der CDU/CSU: Der Lügner kommt! — Weitere anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

bei der Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung und bei der Überarbeitung des Ausbauplanes für die Bundesfernstraßen den engen Zusammenhang zwischen Programm und Finanzplanung deutlich zu machen. Diese Aufgabe ist um so notwendiger, als die bekannte Weltwirtschaftssituation und die konjunkturelle Lage eine Überprüfung notwendig machen.

Der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Entschließungsantrag ist deshalb ein Modell unter mehreren Möglichkeiten eine enge **Verzahnung der Investitions- und Finanzplanung** herzustellen. Der Bundesverkehrsminister wird die einzelnen Modelle prüfen und eine abgestimmte Meinung der Bundesregierung herbeiführen. Durch die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes unter Einschließung der Straßenbauplanung ist von der Sache her bereits garantiert, daß eine enge Verzahnung zwischen Finanz- und Investitionsplanung hergestellt wird.

Auch hier beantrage ich für meine Fraktion: Überweisung an den Haushaltsauschuß — federführend — sowie an den Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Mitberatung.

(B) (Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Frau Funcke: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag zum Einzelplan 12 auf Drucksache 7/3406. Es ist Überweisung beantragt.

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: Umgekehrt!)

— Die SPD-Fraktion hat soeben Überweisung auch dieses Antrages beantragt, und zwar an den Haushaltsausschuß als federführenden Ausschuß und an den Auschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Mitberatung. Dieser Antrag geht vor. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

(C) Ich rufe nunmehr das Haushaltsgesetz zur Abstimmung auf. Wer dem Haushaltsgesetz in dritter Lesung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag auf Drucksache 7/3407. Hier ist Überweisung an den Haushaltsausschuß beantragt. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben auf der Tagesordnung noch den Zusatzpunkt:

a) Beratung der Sammelübersicht 34 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen

— Drucksache 7/3306 —

b) Beratung der Sammelübersicht 35 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen

— Drucksache 7/3317 —

c) Beratung der Sammelübersicht 36 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) über Anträge zu Petitionen

— Drucksache 7/3323 —

Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sind Sie damit einverstanden, daß wir gemeinsam über alle Sammelübersichten entscheiden? — (D) Ich höre keinen Widerspruch. Dann stimmen wir gemeinsam ab. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei vier Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche allen Mitgliedern des Hauses eine geruhsame und erholsame Osterpause. Zur nächsten Sitzung berufe ich das Haus auf Mittwoch, den 9. April 1975, 14 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11.51 Uhr)

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

(C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Achenbach *	21. 3.
Dr. Ahrens **	21. 3.
Dr. Aigner *	21. 3.
Alber **	21. 3.
von Alten-Nordheim	21. 3.
Dr. Artzinger *	21. 3.
Dr. Barzel	21. 3.
Dr. Bayerl	21. 3.
Behrendt *	21. 3.
Dr. von Bismarck	21. 3.
Blumenfeld	21. 3.
Brandt	21. 3.
Dr. Burgbacher	22. 3.
Christ	21. 3.
Dr. Corterier	24. 3.
Dreyer	21. 3.
Erhard (Bad Schwalbach)	21. 3.
Fellermaier *	23. 3.
Gerlach (Emsland) *	21. 3.
Dr. Gölter ***	22. 3.
Haase (Fürth) ***	23. 3.
Kater	31. 5.
Dr. h. c. Kiesinger	21. 3.
Köster	21. 3.
Dr. Kreile	21. 3.
Kroll-Schlüter	21. 3.
Lange *	21. 3.
Dr. Lauritzen	2. 4.
Lemmrich **	21. 3.
Lenzer ***	22. 3.
Dr. Müller (München) ***	22. 3.
Frau Dr. Neumeister	21. 3.
Frau Dr. Orth *	21. 3.
Pieroth	21. 3.
Richter ***	22. 3.
Frau Dr. Riedl-Martiny	21. 3.
Ronneburger	21. 3.
Roser	21. 3.
Prinz zu Sayn-Wittgenstein	21. 3.
Schirmer	21. 3.
Schmidt (Kempten) ***	23. 3.
Schmidt (München) *	21. 3.
Schmidt (Wattenscheid)	21. 3.
Dr. Schulz (Berlin) *	21. 3.
Dr. Schwencke (Nienburg) ***	22. 3.
Dr. Schwörer *	21. 3.
Seibert	21. 3.
Sieglerschmidt **	22. 3.
Springorum *	22. 3.
Dr. Stark (Nürtingen)	21. 3.
Dr. Starke (Franken) *	21. 3.
Frau Stommel	6. 4.
Todenhöfer	22. 3.
Dr. Vohrer **	22. 3.
Dr. h. c. Wagner (Günzburg)	22. 3.
Dr. Waigel	21. 3.
Walkhoff *	21. 3.
Dr. Wallmann	21. 3.
Frau Dr. Walz	21. 3.
Dr. Wendig	21. 3.

(B)

* Für die Teilnahme an Sitzungen des Europäischen Parlaments

** Für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

*** Für die Teilnahme an Sitzungen der Versammlung der Westeuropäischen Union

Anlage 2

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Vahlberg** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage A 73):

> Wird die Bundesregierung beim Mitte März vorgesehenen Treffen der Gläubigerländer Chiles ihre Entscheidung über die Stundung der fälligen Schuldenrückzahlung mit der chilenischen Haltung zur Frage der Menschenrechte in Verbindung bringen?

Die Bundesregierung beabsichtigt, an den Verhandlungen zur Umschuldung der chilenischen Fälligkeiten 1975 teilzunehmen.

Umschuldungen sind rein kredittechnische Operationen. Gleichwohl verkennt die Bundesregierung nicht, daß die von Ihnen angesprochene Frage der Menschenrechte mittelbar die Umschuldungsverhandlungen berührt.

(D)

Anläßlich der bevorstehenden Umschuldungsverhandlungen wird daher der Komplex der Menschenrechte — wie bereits bei den Verhandlungen im vergangenen Jahr geschehen — behandelt werden.

Die Bundesregierung hat diese Frage bilateral wiederholt und nachdrücklich mit der chilenischen Regierung erörtert und wird das auch in Zukunft tun. Multilateral wird die Beachtung der Menschenrechte von der VN-Menschenrechtskommission geprüft, die Ende Februar einen besonderen Ausschuß für Chile eingesetzt hat.

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Glotz auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Klein** (Stolberg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen A 89 und 90):

> Für wieviel anerkannte Ausbildungsberufe sind im einzelnen auf der Grundlage des zwischen Bund und Ländern vereinbarten gemeinsamen Ergebnisprotokolls vom 30. Mai 1972 Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne erarbeitet worden, bzw. wann ist im einzelnen mit der Verabschiedung der Rahmenlehrpläne für die anerkannten Ausbildungsberufe zu rechnen, für die bisher lediglich die Ausbildungsordnungen erlassen worden sind?
>
> Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, daß Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne nicht gleichzeitig erlassen werden, wenn nicht, was unternimmt sie bzw. wird sie unternehmen, um diesem zeitlichen Auseinanderklaffen entgegenzuwirken?

(A) Zu Frage A 89:

In meiner Antwort vom 30. Mai 1974 auf die Kleine Anfrage (Drucksache 7/2185) habe ich zum Ausdruck gebracht, daß das gemeinsame Ergebnisprotokoll vom 30. Mai 1972 im wesentlichen lediglich das Ziel einer Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen festlegte. Auf dieser Grundlage wurde zwischen Bund und Ländern ein konkretes Verfahren vereinbart, dessen Erarbeitung sich wegen der bekannten verfassungsrechtlichen Probleme, die sich aus dem Vebot der Mischverwaltung ergeben, schwierig gestaltete. Dieses Verfahren wurde am 8. August 1974 mit Zustimmung aller Länder beschlossen. Die Bundesregierung hat aber bereits im September 1974 die ersten Ausbildungsordnungen in das Abstimmungsverfahren eingebracht. Von den bisher nach den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes erlassenen Ausbildungsordnungen konnte jedoch noch keine nach diesem Verfahren abgestimmt werden.

Solange Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne nicht abgestimmt sind, erlassen die Länder auch weiterhin Rahmenlehrpläne für Grund- und Fachbildung. Es ist dabei nicht zu erwarten, daß die Länder zu allen bisher erlassenen Ausbildungsordnungen des Bundes Rahmenlehrpläne entwickeln werden. Da es sich um eine Angelegenheit der Länder handelt, kann die Bundesregieung auch nicht angeben, wann die Länder ländereinheitliche Rahmenlehrpläne verabschieden werden. Die Bundesregierung hat in den entsprechenden Gremien darauf hingewiesen, daß sie die Erarbeitung ländereinheitlicher Rahmenlehrpläne für bestimmte Ausbildungsbereiche (z. B. Berufsausbildung in der Elektrotechnik, in den kaufmännischen Berufen) für besonders dringlich hält.

(B)

Zu Frage A 90:

Die Bundesregierung hält es für notwendig, daß Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne inhaltlich aufeinander abgestimmt und gleichzeitig in Kraft gesetzt werden. Hierzu dienen das gemeinsame Ergebnisprotokoll und der Verfahrensbeschluß des Bund-Länder-Koordinierungsausschusses vom 8. August 1974. Im Referentenentwurf des Berufsbildungsgesetzes sind darüber hinaus organisatorische Regelungen für die Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen vorgesehen, die noch durch Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern ergänzt werden können.

Die Bundesregierung hat die Bereitschaft zur Kooperation in diesen Fragen bereits mehrfach erklärt.

*

Anlage 4

Antwort

des Staatssekretärs Bölling auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Gerster** (Mainz) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 1 und 2):

Welche Anzeigen der Bundesregierung sind vom 1. September 1974 bis zum 9. März 1975 in Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Illustrierten, Fachzeitschriften und sonstigen Publikationen erschienen, die im Land Rheinland-Pfalz vertrieben wurden, und welche Kosten sind der Bundesregierung durch diese Anzeigenkampagne entstanden?

(C)

Trifft es zu, daß in der genannten Zeit Anzeigen der Bundesregierung in rheinland-pfälzischen Publikationen und in sonstigen Publikationen, die vor allem in Rheinland-Pfalz vertrieben werden, erschienen sind, die in anderen Bundesländern nicht aufgegeben wurden, und um welche Anzeigen in welchen Publikationen handelt es sich dabei?

Zu Frage B 1:

In der Zeit vom 1. September 1974 bis 9. März 1975 hat die Bundesregierung — Ministerien und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung — in Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Illustrierten, Fachzeitschriften und sonstigen Publikationen bundesweit 42 Anzeigen aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu Gesamtkosten von rd. 7,4 Mio. DM veröffentlicht.

Die für die Verbreitung dieser Anzeigen in Rheinland-Pfalz anteilig entstandenen Kosten können wegen der unterschiedlichen Streudichte, der unterschiedlichen Gesamtrabatte und der Streuung durch überregionale Tageszeitungen sowie der Boulevardpresse nicht herausgerechnet werden.

Zu Frage B 2:

Bis auf eine Anzeige des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung am 7. März 1975 in 12 regionalen rheinland-pfälzischen Zeitungen, in der Darstellungen der Landesregierung Rheinland-Pfalz in Zeitungsanzeigen zur Strukturpolitik der Bundesregierung für das Land Rheinland-Pfalz richtiggestellt wurden, sind keine Anzeigen aufgegeben worden.

(D)

Anlage 5

Antwort

des Staatssekretärs Bölling auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Pfeifer** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 3 und 4):

Für welchen Betrag hat die Bundesregierung aus dem Bundeshaushalt seit dem 1. Dezember 1974 Anzeigen und Informationsbroschüren zu welchem Zweck in Auftrag gegeben, und für welchen Betrag sollen bis 4. Mai 1975 weitere Anzeigen und Broschüren erscheinen?

Wie waren diese Beträge in den fünf Monaten vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1966?

Zu Frage B 3:

Die Bundesregierung hat seit dem 1. Dezember 1974 für einen Betrag von 11 025 062 DM Anzeigen und Informationsbroschüren in Auftrag gegeben. Diese Maßnahmen dienten dem Zweck, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und der Bundesministerien die deutsche Bevölkerung über die Ziele und die Arbeit der Bundesregierung auf den verschiedenen politischen Sachgebieten zu informieren. Ein großer Teil der Maßnahmen hatte insbesondere zum Ziel, über neue gesetzliche Vorschriften zu unterrichten.

Vom Presse- und Informationsamt und von einigen Bundesministerien sind zur Zeit weitere Anzei-

(A) gen und Broschüren bis zum 4. Mai 1975 vorgesehen, deren Kosten auf 211 000 DM veranschlagt werden. Im übrigen liegen zur Zeit noch keine verbindlichen Planungen vor, die eine konkrete Antwort auf die Anfrage ermöglichen. Das Erscheinen von Anzeigen und Broschüren wird auch in den nächsten Monaten davon abhängen, ob derartige Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit durch die Bundesregierung erforderlich sind.

Zu Frage B 4:

Die Frage, welche Beträge die Bundesregierung für Anzeigen und Informationsbroschüren in den letzten fünf Monaten vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966 aus dem Bundeshaushalt ausgegeben hat, kann aus den nachfolgenden Gründen nicht beantwortet werden. Es fehlt an einer Vergleichbarkeit zwischen den Jahren 1966 und 1974/75. Abgesehen davon, daß sich bei einigen Ressorts Aufgaben und Titelstruktur im Haushaltsplan seit 1966 verändert haben und eine einwandfreie Auswertung der Akten über fast neun Jahre zurückliegende Vorgänge erheblichen Schwierigkeiten begegnet, sprechen folgende entscheidende Argumente gegen einen Vergleich von Zahlen der Jahre 1966 und 1974/75.

Eine Gegenüberstellung von Zahlen aus dem Jahre 1966 und den Jahren 1974/75 könnte schon deshalb kein sachlich zutreffendes Bild vermitteln, weil sich die Wege und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit zumal auf Grund einschlägiger Erkenntnisse des Informationswesens und der Erfolgskontrolle im vergangenen Jahrzehnt wesentlich verändert haben. (B) Insbesondere hat die Anzeige als wichtiges Instrument der amtlichen Informations- und politischen Öffentlichkeitsarbeit an Bedeutung zugenommen.

Außerdem hat sich das Volumen der für Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit einschlägigen Titel im Laufe der vergangenen zehn Jahre erheblich verändert. Während noch im Jahre 1966 der Titel 300 im Einzelplan 04 03 des Presse- und Informationsamtes Mittel in Höhe von 12,5 Millionen DM vorsah, ist dieser Betrag seitdem auf 5,2 Millionen DM im Titel 531 01 des Einzelplans 04 03 im Bundeshaushalt 1974 vermindert worden. Da die aus dem Titel 300 im Jahre 1966 geleisteten Zahlungen wegen des bekannten im Bundeshaushaltsplan festgelegten Verfahrens einer besonderen Prüfung unterliegen, können die aus diesem Titel für informationspolitische Zwecke ausgegebenen Beträge in die Beantwortung der Anfrage nicht einbezogen werden. Gleichzeitig mit dem Abbau des Titels 300 wurde der offene Titel 314 von 2,5 Millionen DM im Jahre 1966 auf 12,11 Millionen DM im Titel 531 03 des Einzelplans 04 03 im Bundeshaushalt 1974 erhöht. Das bedeutet, daß heute Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit Inland aus dem offenen Titel 531 03 finanziert werden, während im Jahre 1966 entsprechende Maßnahmen zum erheblichen Teil aus dem vertraulichen Titel 300 bestritten wurden. Ich bin gern bereit, über diese Maßnahmen vor dem Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zu berichten.

Anlage 6 (C)

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftlichen Fragen der Abgeordneten **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 5 und 6):

Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, für die deutsche Schule in Brüssel über ein zwischenstaatliches Abkommen — ähnlich wie bei der deutschen Schule in Rom — den Status einer „Begegnungsschule" statt wie bisher einer „Expertenschule" zu schaffen?

Ist die Bundesregierung bereit, der deutschen Schule in Brüssel über die bereits bewilligten drei Grundschulklassen hinaus eine vierte Klasse zu genehmigen, oder gibt es Überlegungen, die deutsche Schule in Brüssel über den bereits genehmigten Neubau hinaus in ihrer gesamten Kapazität zu erweitern, da der französische Schultypus und Mängel der Europaschule in Brüssel zu einem weiteren Ansteigen der Zahl der Bewerber für die deutsche Schule in Brüssel geführt hat?

1. Die Frage der Erweiterung über die drei bestehenden Grundschulklassen hinaus auf einen vierten Grundschulzug wurde vor kurzem zwischen der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und dem Leiter der Deutschen Schule Brüssel erneut aufgenommen. Die Schule wird demnächst einen förmlichen Antrag stellen, der positiv beschieden werden wird, so daß dieser vierte Zug zum Herbst 1975 eingerichtet werden könnte. Voraussetzung ist noch, daß die Unterbringung in zusätzlich anzumietenden Räumen sichergestellt ist. Aber auch hier scheint sich eine Lösung abzuzeichnen.

Über den ursprünglich genehmigten Neubau hinaus wurde bereits eine Erweiterung eingeplant, so daß der Neubau in erweiterter Form durchgeführt werden kann. (D)

Hinsichtlich des Verhältnisses zur Europäischen Schule in Brüssel darf ich auf meine Ausführungen auf die Fragen des Herrn Abgeordneten Seefeld (Fragen Nr. 124 und 125) in der Fragestunde vom 25. April 1974 verweisen.

2. Überlegungen, Expertenschulen gerade im europäischen Raum in Begegnungsschulen umzuwandeln, sind wiederholt angestellt worden. In Brüssel wie auch an anderen Orten, beispielsweise in Paris, steht die Überfüllung der Schulen diesem Ziel entgegen. Es müßten baulich wie personell Mittel in einer Höhe eingesetzt werden, wie sie gegenwärtig nicht verfügbar sind.

Ich darf aber anfügen, daß in Paris das Begegnungselement sowohl an dem deutschen Zweig der Internationalen Schule in St. Germain wie auch an dem in Entstehung begriffenen deutsch-französischen Gymnasium vorhanden ist.

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Kunz** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 7):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Sowjetische-Donau-Schiffahrt in Ismail (Donaumündung) seit einiger Zeit die Umladung und Weiterverschiffung von PKW und LKW verweigert, die beispielsweise vom Bayerischen Lloyd in Regensburg aus

(A)

nach den Häfen Beyrouth und Lattakia beabsichtigt war, und ist die Bundesregierung bereit, bei ihren Verhandlungen mit der UdSSR darauf zu drängen, daß die Donau, die u. a. mit erheblichen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland schiffbar gehalten wird, auch der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung steht?

Nach Auskunft des Bayerischen Lloyd bestehen keine Schwierigkeiten in dem von Ihnen angesprochenen Donau-See-Verkehr.

Die Durchführung dieses Verkehrs hängt jedoch von Mindestmengen und der Aufnahmefähigkeit der Häfen des Vorderen Orients ab, weil sonst die Weiterverschiffung in Ismail aus wirtschaftlichen Gründen nicht gewährleistet werden kann.

Dem Bayerischen Lloyd wurden bisher nur 5 Traktoren und 5 Lkw zum Transport im Donau-See-Verkehr angeboten. In diesem Falle waren die kommerziellen Voraussetzungen für eine Weiterverschiffung in Ismail nicht erfüllt.

Dieser Sachverhalt gibt keinen Anlaß, ihn in Regierungsverhandlungen anzusprechen.

Anlage 8

Antwort

des Staatsministers Moersch auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Hupka** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 8):

(B)

Hat die Bundesregierung entsprechend der Ankündigung von Staatsminister Wischnewski die Zahl der Aussiedlungswilligen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße geprüft, und in welcher Weise konnten die Angaben des Deutschen Roten Kreuzes, daß bis Januar 1975 ca. 307 000 Anträge auf Aussiedlung übermittelt worden sind, bestätigt werden?

In dem mit Ihrer Frage angesprochenen Interview von Staatsminister Wischnewski mit dem Deutschlandfunk vom 11. März 1975 ist nicht von einer Prüfung durch die Bundesregierung die Rede.

Ich darf Sie vielmehr auf das in Ziffer 3 Absatz 2 der „Information der Regierung der Volksrepublik Polen" vorgesehene Verfahren hinweisen.

Im Rahmen dieses Verfahrens hat das Deutsche Rote Kreuz seit Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages bis Ende 1974 dem Polnischen Roten Kreuz Unterlagen über die ihm in dieser Zeit insgesamt bekanntgewordenen 306 000 Umsiedlungswünsche übermittelt.

Anlage 9

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schmude auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 9):

Wann ist damit zu rechnen, daß die Arbeitszeitordnung nach Einführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst geändert wird, und ist es möglich, daß bis zum Zeitpunkt einer endgültigen Regelung Ausnahmen für örtliche Bereiche in eigener Zuständigkeit in Übereinstimmung mit den örtlichen Personalräten zur Aufrechterhaltung des Dienstes genehmigt werden?

(C)

Ich gehe davon aus, daß in Ihrer Frage spezifische arbeitszeitrechtliche Belange des öffentlichen Dienstes angesprochen sind. Hier sind folgende Regelungen zu unterscheiden:

Die wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit ist — mit nunmehr 40 Stunden — für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in den einschlägigen Manteltarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart. Die Tarifverträge enthalten weiterhin Bestimmungen über die Möglichkeit einer Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit und sehen darüber hinaus die Möglichkeit der Ableistung von Überstunden vor. Ergänzend hierzu gelten für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes die Vorschriften der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938, in denen insbesondere die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, die Verteilung der Arbeitszeit sowie das höchstzulässige Ausmaß von Mehrarbeit behandelt sind. Für den öffentlichen Dienst sieht § 13 der Arbeitszeitordnung in Absatz 1 die Möglichkeit vor, auf die Arbeitnehmer die für die Beamten gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit zu übertragen; für Angestellte, die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gemeinsam mit Beamten beschäftigt werden, gelten mangels abweichender Regelungen (insbesondere Tarifverträgen) nach § 13 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auch ohne ausdrückliche Übertragung; tarifliche Arbeitszeitvorschriften werden in beiden Fällen nicht berührt. Die für Beamte gültigen Vorschriften finden sich für den Bereich des Bundes in der Verordnung über die Arbeitszeit der Bundesbeamten (Arbeitszeitverordnung) i. d. F. vom 24. September 1974 (BGBl I S. 2356), für den Bereich der Länder in den entsprechenden landesbeamtenrechtlichen Bestimmungen. Innerhalb der durch die genannten Rechtsvorschriften vorgegebenen Grenzen hat der Personalrat über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sowie die Verteilung der täglichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage mitzubestimmen (§ 75 Abs. 3 Nr. 1 des Bundespersonalvertretungsgesetzes für den Bereich des Bundes sowie entsprechende Vorschriften der Landespersonalvertretungsgesetze).

(D)

Nach System und Inhalt der für den öffentlichen Dienst geltenden arbeitszeitrechtlichen Regelungen, mit denen die Aufrechterhaltung des Dienstes gewährleistet ist, ergeben sich aus der Einführung der 40-Stunden-Woche keine Auswirkungen auf die Arbeitszeitordnung, die aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang Änderungsvorschläge erforderlich machen würden.

Anlage 10

Antwort

des Bundesministers Dr. Dr. h. c. Maihofer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Schröder**

(Lüneburg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 10 und 11):

Welche Weisungen respektive Befehle hat das Bundesinnenministerium bezüglich der Kontaktaufnahme auf örtlicher Ebene mit DDR-Behörden wegen der Minenräumung im Seegeabschnitt im Landkreis Lüchow-Dannenberg erteilt?

Ist es richtig, daß der Bundesgrenzschutz angewiesen worden ist, bei der Minenräumaktion am Seege-Fluß das Betreten des Ufers der Bundesrepublik Deutschland durch Räumkommandos der DDR bis zu einer Tiefe von vier bis fünf Metern nicht als Grenzverletzung anzusehen?

1. Kontakte auf örtlicher Ebene im Seegeabschnitt haben im Zusammenhang mit der Suche nach Minen in grenzbildenden Gewässern stattgefunden. Das zuständige Grenzschutzkommando ist vom Bundesministerium des Innern angewiesen worden, bei solchen Kontakten gegenüber den Vertretern der DDR darauf zu bestehen, daß Kräfte aus der DDR im Zuge von Minensucharbeiten Bundesgebiet nur betreten dürfen, wenn unter anderem folgende Bedingungen erfüllt sind:

— das Bundesgebiet darf nur von unbewaffneten Zivilpersonen betreten werden,

— während des Aufenthalts im Bundesgebiet unterliegen solche Kräfte aus der DDR den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften und den Weisungen des Bundesgrenzschutzes,

— durch die Minensuche wird die grundsätzliche Haftung der DDR für gleichwohl eintretende Schäden nicht berührt.

2. Eine generelle Weisung der in der Frage unterstellten Art besteht nicht. Die örtlich zuständigen Stellen des BGS haben bei den Kontakten mit Vertretern der DDR lediglich eingeräumt, daß das Bundesgebiet kurzfristig durch DDR-Kräfte zu dem Zweck betreten werden konnte, in der Seege eine hölzerne Spundwand anzubringen. Dies war notwendig, um den Wasserspiegel der Seege vorübergehend abzusenken. Das Betreten des Bundesgebietes erfolgte dabei gemäß den der DDR mitgeteilten und unter 1. aufgeführten Bedingungen. Es stellte deshalb keine Grenzverletzung dar.

Anlage 11

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schmude auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Haase** (Fürth) (SPD) (Drucksache 7/3365 Fragen B 12 und 13):

Ist es richtig, daß bei der jetzigen Mittelaufteilung der Heimkehrerstiftung an Unterstützungen und Darlehen im Verhältnis von 50 zu 50 im Zeitpunkt der Beendigung der Stiftung 60 bis 80 Millionen DM an den Fiskus fallen werden?

Besteht nicht die Möglichkeit, unter Anwendung versicherungsmathematischer Vorausrechnungen das Verhältnis der Unterstützungen zu den Darlehen der Heimkehrerstiftung so zugunsten der Unterstützung zu ändern, daß im Zeitpunkt der Beendigung der Stiftung die Mittel aufgebraucht sind und damit ein Zufluß von Restmitteln der Stiftung an den Fiskus ausgeschlossen wird?

1. Nach § 53 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes fließt das bei der Aufhebung der Stiftung vorhandene Vermögen dem Bund zu. Das Gesetz legt keinen Termin für die Aufhebung fest. Auch daraus, daß von dem Stammvermögen der Stiftung in Höhe von 60 Mio DM bisher jährlich 3 Mio DM verwendet werden können, ergibt sich kein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung der Stiftung, weil nach dem Verbrauch des Stammvermögens noch weiterhin Rückflüsse aus den gewährten Darlehen verfügbar sein werden. Der Zeitpunkt der Aufhebung der Stiftung und die Höhe der dann noch bestehenden Forderungen aus Darlehen lassen sich nicht voraussehen.

2. Die Stiftung hat von 1970 bis 1974

für Unterstützungen	17,2 Mio DM
für Darlehen	29,9 Mio DM
insgesamt	47,1 Mio DM

aufgewendet.

Der hohe Anteil der Darlehensmittel ergab sich aus der überaus großen Nachfrage nach Darlehen. Trotzdem konnte bei weitem nicht allen Darlehensanträgen entsprochen werden. Dagegen hat die Stiftung in allen berechtigten Fällen durch Gewährung von Unterstützungen zur Linderung einer Notlage in angemessenem Umfang geholfen.

Der für die Verteilung der Mittel zuständige Stiftungsrat hat am 14. Mai 1974 beschlossen, die Gewährung von Darlehen zugunsten eines höheren Mittelansatzes für Unterstützungen künftig von Jahr zu Jahr einzuschränken. Er hat damit auch einer Prüfungsbemerkung des Bundesrechnungshofes entsprochen, der den mit der Darlehensgewährung und -verwaltung verbundenen hohen Kostenaufwand beanstandet hat.

Der Anteil der Darlehen an den Gesamtausgaben der Stiftung soll daher in Zukunft sinken. Die Festlegung eines bestimmten Verhältnisses der Unterstützungen zu den Darlehen ist jedoch nicht zweckmäßig, weil die Stiftung dann nicht mehr flexibel auf den Bedarf der ehemaligen Kriegsgefangenen reagieren und die Mittelverwendung dementsprechend steuern könnte.

Anlage 12

Antwort

des Bundesministers Dr. Dr. h. c. Maihofer auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Holtz** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 14):

Welche Möglichkeiten bestehen für die Bundesregierung, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bei Fragen der inneren Sicherheit mit den anderen Mitgliedsländern der EG zusammenzuarbeiten?

Der Bereich der inneren Sicherheit ist nicht Gegenstand der Europäischen Gemeinschaftsverträge. Daher kann die Europäische Gemeinschaft als solche keine Maßnahmen, die sich unmittelbar zugunsten der inneren Sicherheit auswirken, treffen. Mittelbar könnten sich z. B. Gemeinschaftsregelungen über den Verkehr mit Waffen positiv auf die innere

(A) Sicherheit auswirken. Überlegungen dazu sind im Gange.

Die ständige Zunahme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft und die ihnen gemeinsame Erfahrung der damit verbundenen Steigerung der Kriminalität läßt jedoch eine Abstimmung ihrer Politik auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit dringlich erscheinen. Dem dient der von meinem Amtsvorgänger Bundesminister Genscher entworfene, von der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder gutgeheißene und von mir beharrlich weiter verfolgte Plan, eine „Europäische Konferenz der für die innere Sicherheit zuständigen Minister" vorzubereiten. Als erste Stufe für die Verwirklichung dieses Plans erscheint eine Abstimmung der deutschen und französischen Politik auf diesem Gebiet unerläßlich. Ich habe deshalb bei den deutsch-französischen Konsultationen am 8./9. Juli 1974 mit dem französischen Innenminister vereinbart, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zu verstärken und die Ergebnisse der Gesamtheit der Staaten der Europäischen Gemeinschaft nutzbar zu machen. Wir haben zu diesem Zweck eine deutsch-französische Arbeitsgruppe gebildet, die sich am 17./18. Oktober 1974 in Bonn konstituiert und eine Reihe von Unterarbeitsgruppen zu einzelnen Arbeitsgebieten eingesetzt hat. Deren Arbeitsergebnisse wird die Arbeitsgruppe in einer demnächst in Paris stattfindenden weiteren Sitzung zu erörtern und zu würdigen haben.

(B) Es ist beabsichtigt, nach Abschluß dieser Vorklärungen im deutsch-französischen Verhältnis eine entsprechende Zusammenarbeit der für die innere Sicherheit zuständigen Minister auf europäischer Ebene in die Wege zu leiten.

Anlage 13

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schmude auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Katzer** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 15):

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei den zahlreichen Renten der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, die satzungsmäßig von einer Erhöhung ausgeschlossen sind, wenigstens in etwa einen Ausgleich für den ständigen Kaufkraftverlust zu veranlassen?

Bei den in Ihrer Frage bezeichneten Renten der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), die im übrigen auch von den anderen Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes gezahlt werden, handelt es sich um Renten, deren Höhe durch das der privatrechtlichen Versicherung bei der VBL zugrunde liegende Versicherungsprinzip bestimmt ist. Renten dieser Art werden nach der Satzung der VBL immer dann gezahlt, wenn die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen als Abgeltung der eingezahlten Versicherungsbeiträge berechnete Versicherungsleistung höher ist als die in (C) Anlehnung an Versorgungsgrundsätze des Beamtenrechts berechneten Versorgungsrenten der Anstalt oder wenn eine Versorgungsrente überhaupt nicht zusteht.

Die Höhe der unter Zugrundelegung des Versicherungsprinzips berechneten Renten ist danach von der Höhe des aus den Beiträgen gebildeten Deckungsvermögens der VBL abhängig. Nach den in der Satzung der VBL enthaltenen Versicherungsbedingungen ist dieses Deckungsvermögen für alle vorhandenen und zukünftigen Rentenansprüche der genannten Art so bemessen, daß höhere Leistungen, als sie vorher vereinbart und in ihrer Höhe durch die Zahlung der Beiträge festgelegt worden sind, daraus nicht gezahlt werden können. Die Rechtslage ist somit nicht anders als bei sonstigen Versicherungsverträgen (insbesondere Lebensversicherungen).

Um diese sich aus dem Vesicherungsprinzip zwangsläufig ergebende Situation für die Betroffenen in dem gegebenen rechtlichen Rahmen zu deren Gunsten zu ändern, hat auf meine Anregung der Verwaltungsrat der VBL — in Anlehnung an die Regelung des § 1295 RVO, § 72 AVG hinsichtlich der Höherversicherungsrenten — in der Sitzung am 18. November 1974 eine Elfte Änderung der Satzung beschlossen, die es ermöglicht, auf Antrag des Berechtigten den Anspruch auf eine Versicherungsrente ohne Rücksicht auf deren Höhe zu kapitalisieren. Diese Satzungsänderung ist von der Aufsichtsbehörde der VBL, dem Bundesminister der Finanzen, am 12. Februar 1975 genehmigt worden (Bundesanzeiger Nr. 36 vom 21. Februar 1975 — § 1 Nr. 8). Die (D) Berechtigten haben damit die Möglichkeit, sich mit dem Abfindungskapital zusätzlich einen Zinsgewinn zu verschaffen.

Ene Leistungsverbesserung ergibt sich künftig in den Fällen, in denen Personen unter den Voraussetzungen der §§ 1, 18 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (BGBl I S. 3610) einen Anspruch auf eine Zusatzrente nach § 18 Abs. 2 a. a. O. haben.

Zur Frage der Anwendung des § 16 des erwähnten Gesetzes, der den Arbeitgeber verpflichtet, alle drei Jahre zu prüfen, ob die laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung angepaßt werden müssen, darf auf die Ausführungen des Berichterstatters des federführenden Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung bei der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag verwiesen werden. Danach hatte der Ausschuß es für richtig befunden, wegen der besonderen Ausgestaltung der Zusatzversorgung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes diesen Bereich nicht in die Regelung einzubeziehen, die dieser Ausschuß dem Plenum vorgeschlagen hatte. Inwieweit eine Regelung für vorzeitig ausgeschiedene Bezieher von Zusatzversorgungsleistungen einschließlich der Zusatzrenten nach § 18 erforderlich ist, bedarf nach den Ausführungen des Berichterstatters gesonderter Prüfung. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Wenn danach überhaupt eine Anpassung in Betracht kommt, würde u. a. zu berücksichtigen sein,

(A) daß ein Unterschied besteht zwischen den rein beitragsbezogenen und bisher schon als Abfindung einer Versorgungsanwartschaft verstandenen Versicherungsrenten einerseits und den vom Gesetz garantierten Zusatzrenten andererseits.

Anlage 14

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schmude auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Geldner** (FDP) (Drucksache 7/3365 Frage B 16):

Wie hoch ist — nach Meinung der Bundesregierung — die Gefahr durch Abgase zu bewerten, der Kraftfahrer ausgesetzt sind, die in kilometerlangen Autoschlangen, Stoßstange an Stoßstange, in geschlossenen Ortschaften sich fortbewegen müssen, und welche Vorsichtsmaßnahmen gegen eventuelle Dauerschäden können in solchen Fällen empfohlen werden?

Über die Konzentration von Schadstoffen im Innenraum von Personenkraftwagen liegen Meßwerte u. a. von seiten der Automobilindustrie vor. Die Automobilindustrie hat diesen Problemkreis eingehend untersucht, insbesondere im Zusammenhang mit der Frage der Innenraumbelüftung. Die Messungen haben ergeben, daß die Kohlenmonoxidkonzentration im Innern eines Fahrzeugs ungefähr derjenigen in unmittelbarer Umgebung des Fahrzeuges entspricht. Die anderen Schadstoffe der Kraftfahrzeugabgase dürften sich ebenso verhalten. (B)

Wenn bei der Fahrweise Stoßstange an Stoßstange und bei niedriger Durchschnittsgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften in unmittelbarer Umgebung eines Fahrzeuges erhebliche Konzentrationen an Kohlenmonoxid auftreten, ist auch die Belastung im Innenraum des Fahrzeuges bedenklich. Sie kann den von der VDI-Kommission Reinhaltung der Luft in der Richtlinie 2310 genannten Halbstundenmittelwert der maximalen Immissionskonzentration von 50 mg/m^3 zeitweilig überschreiten.

Die Bundesregierung hat sich im Umweltprogramm zum Ziel gesetzt, den Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen mit Ottomotoren bis 1980 auf 1/10 der Durchschnittswerte von 1969 zu reduzieren. Hiermit wird auch gleichzeitig die Innenraumbelastung entsprechend verringert. Eine nur auf die Reduzierung der Innenraumbelastung abgestellte Maßnahme ist technisch schwer realisierbar. Zur Reduzierung des Schadstoffauswurfs im Stoßverkehr wird außerdem versucht, durch eine zusätzliche Einrichtung zum vereinfachten Abstellen und Anlassen des Motors die Luftverunreinigung im Verkehrsstau zu verringern. Der Bundesminister des Innern fördert entsprechende Entwicklungen der Automobilindustrie.

Als Vorsichtsmaßnahme wird dem Kraftfahrer empfohlen, im Verkehrsstau den Heizungs- bzw. Lüftungsventilator abzustellen und vor allem das Rauchen einzustellen, da Messungen gezeigt haben, daß die Kohlenmonoxid-Konzentration im Kraftfahrzeug durch Rauchen erheblich erhöht wird.

Anlage 15 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schmude auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 17):

Welche und wie weit gehende Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um den für den Sommer 1975 befürchteten Zusammenbruch des ökologischen Gleichgewichts des Rheins zu verhindern?

Die von verschiedenen Zeitungen veröffentlichte Auffassung eines Beamten des französischen Umweltministeriums, für den Sommer 1975 sei zu befürchten, daß das ökologische Gleichgewicht des Rheines zusammenbreche, stimmt nicht mit der Beurteilung der Verhältnisse am Rhein durch Sachverständige und die Bundesregierung überein.

Die Belastung des Rheins durch nicht oder ungenügend gereinigte Abwässer hat in den zurückliegenden Jahren zwar noch ständig zugenommen. Inzwischen dürfte jedoch zumindest ein Stillstand der Belastungszunahme eingetreten sein, insbesondere durch die Inbetriebnahme einiger Kläranlagen-Großprojekte, wie die Gemeinschaftsklärwerke BASF/Stadt Ludwigshafen und Bayer-Leverkusen/Wupperverband.

Künftig müssen jedoch in noch stärkerem Maße Kläranlagen gebaut werden. Die Bundesregierung fördert deshalb mit ihrem Fünfjahresprogramm zur Sanierung von Rhein und Bodensee den Bau regional bedeutsamer vordringlicher Abwasserbehandlungsanlagen und trägt damit zur beschleunigten Verbesserung der Beschaffenheit des Rheinwassers bei. Sie hat außerdem an ERP-Mitteln bis 1974 etwa 1,6 Milliarden DM für den Bau von Abwasseranlagen bereitgestellt; 1975 werden hierfür weitere 240 Millionen DM eingesetzt. Der weitaus größere Teil dieser ERP-Mittel wird für Abwasseranlagen im Rheineinzugsgebiet verwendet. (D)

Die Bundesregierung erhofft sich darüber hinaus von dem von ihr vorgelegten Entwurf des Abwasserabgabengesetzes einen zusätzlichen wirtschaftlichen Anreiz zum Bau von Abwasserbehandlungsanlagen.

Anlage 16

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Schäuble** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 18 und 19):

Hat die Bundesregierung von der bekanntgewordenen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. März 1975) Änderung der Geschäftsverteilung in der Abteilung V im Bundesrechnungshof vor der Entscheidung durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofs Kenntnis gehabt, und hat sie auf diese Änderung der Geschäftsverteilung Einfluß genommen?

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung der Bundeshaushaltsordnung bzw. des Abschnitts V der Reichhaushaltsordnung vorzuschlagen, die die richterliche Unabhängigkeit der Mitglieder des Bundesrechnungshofs auch auf Maßnahmen der Geschäftsverteilung ausdehnt, um sicherzustellen, daß durch geschäftsverteilende Maßnahmen in Zukunft der Eindruck einer Beeinflussung von Prüfungsentscheidungen des Bundesrechnungshofs oder der Sanktionierung von getroffenen Prüfungsentscheidungen nicht entstehen kann?

(A) Die Bundesregierung hat von der Änderung der Geschäftsverteilung in der Abteilung V des Bundesrechnungshofes vor der Entscheidung durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofes keine Kenntnis gehabt und auf die Änderung der Geschäftsverteilung auch keinen Einfluß genommen.

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, aus Anlaß der Neuverteilung der Geschäfte in der Abteilung V des Bundesrechnungshofes eine Änderung der Bundeshaushaltsordnung oder des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes vorzuschlagen. Die richterliche Unabhängigkeit wird nicht dadurch verletzt, daß nach geltendem Recht der Präsident des Bundesrechnungshofes die Geschäfte verteilt. Erforderlich ist nur ein Geschäftsverteilungsplan, der im voraus jeweils für einen bestimmten Zeitraum die künftig anfallenden Prüfungsaufgaben nach abstrakten Kriterien auf die Mitglieder des Bundesrechnungshofes verteilt. Diese Voraussetzungen liegen vor. Wie zu Beginn jeden Jahres sind auch zum 1. Januar 1975 in der Geschäftsverteilung sachliche und personelle Änderungen eingetreten, die in diesem Jahr neben dem in Frage stehenden Prüfungsgebietsleiter 5 weitere Prüfungsgebietsleiter betrafen.

Anlage 17

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftliche (B) Frage des Abgeordneten **Sauer** (Salzgitter) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 20):

Wann wird der Bundesfinanzminister seine endgültige Entscheidung über die Verwertung der bundeseigenen Forstflächen in Salzgitter-Thiede/Steterburg bekanntgeben, damit die Kommunalpolitiker Planungen zum Ausbau des Erholungsgebietes „Langes Holz" treffen können?

Die Verhandlungen über den Verkauf der bundeseigenen Forstflächen im Raum Salzgitter haben sich sehr schwierig gestaltet. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen z. Zt. noch nicht sagen, wann sie zum Abschluß gebracht werden können. Die Bundesfinanzverwaltung wird sich bemühen, eine endgültige Entscheidung so bald wie möglich herbeizuführen.

Anlage 18

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Haehser auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 21):

Welche Grundstücksverkäufe wurden 1974 auf Grund des Gesetzes über die verbilligte Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von bundeseigenen Grundstücken vom 16. Juli 1971 (BGBl. I S. 1005) in der Stadt München getätigt (vgl. Drucksache 7/3226)?

Im Jahr 1974 wurden in der Stadt München keine bundeseigenen Grundstücke veräußert.

Die Verkaufsverhandlungen mit der Stadt München über eine Teilfläche von 10 ha des Übungsplatzes Feldmoching, die Zwecken des sozialen (C) Wohnungsbaues (§ 1 Nr. 1 Grundstücksverbilligungsgesetz) dienen soll, konnten aus vom Bund nicht zu vertretenden Gründen noch nicht abgeschlossen werden. Insoweit nehme ich auch auf Ihre schriftliche Anfrage vom 4. Februar 1974 und die Antwort des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs Porzner vom 14. Februar 1974 Bezug.

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Mahne** (SPD) (Drucksache 7/3365 Fragen B 22 und 23):

Bejaht die Bundesregierung die Forderung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, die Kraftfahrzeugproduzenten zu verpflichten, das Herstellungsdatum der einzelnen Kraftfahrzeuge unverschlüsselt auf dem Typenschild und in den Kraftfahrzeugbriefen nachzuweisen?

Welche Maßnahmen beabsichtigt sie zu ergreifen, um diese Forderung sicherzustellen?

Zu Frage B 22:

Die derzeitige Regelung, nach der Kraftfahrzeuge mit der Eintragung des Tages Ihrer erstmaligen Zulassung zum Verkehr den an diesem Tage geltenden Vorschriften der StVZO (Straßenverkehrs-Zulassungsordnung) genügen müssen, trägt den Belangen des Verkehrsrechts und der Verkehrssicherheit voll Rechnung. Ich verweise hierzu auf die schriftlichen Antworten auf die Fragen des Abgeordneten Dr. (D) Haenschke, SPD, in den Fragestunden am 6./7. November 1974 und 12./13. März 1975.

Die Bundesregierung überprüft derzeit, ob darüber hinaus zu einer verbesserten Verbraucherinformation das Herstellungsdatum eines neuen Kfz kenntlich gemacht werden sollte.

In die Prüfung werden auch etwa zu erwartende wirtschaftliche Auswirkungen einer solchen Neuregelung auf den Automobilmarkt einbezogen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß im gesamten EG-Raum eine Verpflichtung der Kraftfahrzeughersteller zur Kenntlichmachung des Produktionsdatums bisher nicht besteht und die Einführung einer solchen Verpflichtung nicht vorgesehen ist (s. entspr. Richtlinienvorschlag der EG-Kommission, Bundestagsdrucksache 7/2650 vom 11. Oktober 1974).

Zu Frage B 23:

Zu dieser Frage kann erst Stellung genommen werden, wenn die Überprüfung der genannten Forderung abgeschlossen ist.

Anlage 20

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Geldner** (FDP) (Drucksache 7/3365 Frage B 24):

(A)

Wie ist — nach Meinung der Bundesregierung — die weitere Papierpreisentwicklung zu beurteilen, und gibt es keine Möglichkeit, eventuell durch Förderung einer stärkeren Eigenproduktion, auf Dauer wieder zu billigerem Zeitungspapier zu kommen?

Nachdem die Papierpreise über Jahre hinaus verhältnismäßig stabil und deutlich hinter der Entwicklung der Industriepreise insgesamt zurückgeblieben waren, stiegen sie seit Ende 1973 stark an. Bei Zeitungsdruckpapier, das gemessen am Verbrauch zu rd. 60 % importiert wird, haben sich die Einfuhrpreise 1974 um etwa 43 % erhöht. Anfang 1975 war eine weitere Preissteigerung von 10—12 % zu verzeichnen.

Inzwischen ist die für den Anstieg der Papierpreise ursächliche weltweite Papierhausse, die von kräftig steigenden Rohstoff- und Energiekosten begleitet war, abgeklungen. In wichtigen Verbraucherländern schlug die Hausse in eine Baisse um. Auch bei uns hat sich die Nachfrage nach Druckpapieren, insbesondere nach Zeitungsdruckpapier, deutlich abgeschwächt. Dies ist nicht zuletzt eine Folge des Marktverhaltens der Verleger, die auf die Kostensteigerungen in ihrem Bereich u. a. mit Formatverkleinerungen und mit der Verwendung leichterer Papiere reagieren. Für 1975 ist deshalb eine Beruhigung bei den Preisen für Zeitungsdruckpapier zu erwarten.

Ob und inwieweit mittelfristig Verknappungen auftreten, läßt sich derzeit schwer voraussagen. Wegen der mit Ausnahme von 1974 ungünstigen Ertragslage der Zellstoff- und Papierindustrie in den letzten Jahren sind die Unternehmen in den Haupterzeugerländern auch heute noch mit Investitionsentscheidungen sehr zurückhaltend. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist aus Presseberichten bekannt, daß eine schweizerische Finanzgruppe gegenwärtig den Bau einer Zeitungsdruckpapierfabrik bei Sontra (Hessen) prüft.

(B)

Spezifische Fördermaßnahmen zum Ausbau der heimischen Zeitungsdruckpapierkapazitäten gibt es nicht. Für Investitionen auf diesem Sektor kämen aber gegebenenfalls die bestehenden Förderprogramme der öffentlichen Hand, so z. B. die Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, in Betracht.

Anlage 21

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Ey** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 25):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die beabsichtigte Einführung eines neuen metrischen Gewindesystems (OMFS — Optimum Metric Fastener System) in den Vereinigten Staaten auch erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Industrie, insbesondere Automobil- und Landmaschinenindustrie, zu erwarten sind, und wie beurteilt die Bundesregierung diese?

Namens der Bundesregierung beantworte ich Ihre Frage, ob ihr bekannt sei, daß durch die beabsichtigte Einführung eines neuen metrischen Gewindesystems in den Vereinigten Staaten erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Industrie zu erwarten sind und wie die Bundesregierung diese beurteilt, wie folgt:

(C)

Der Bundesregierung ist bekannt daß das amerikanische Normungsinstitut (ANSI) die Einführung von US-Normen für ein neues metrisches Gewindesystem beabsichtigt. Sollten diese Normen in der bisher bekannten Fassung in den USA verabschiedet werden, hätten sie in der Tat erhebliche Auswirkungen auch auf die deutsche Industrie und hier insbesondere auf die Auto- und Landmaschinenindustrie. Die Bundesregierung beobachtet diese Entwicklung mit Besorgnis und hat rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet, um Einfluß auf die Gestaltung der US-Normen im Sinne einer Angleichung an die vorhandenen ISO-Normen zu nehmen. Bei den Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der USA mehren sich die Anzeichen dafür, daß mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden kann.

Im übrigen darf ich auf meine Antwort auf die fast gleichlautende Anfrage der Abgeordneten Dr. Kunz (BT-Drucksache 7/3227, Teil B, Frage Nr. 32) und Dr. Evers (BT-Drucksache 7/3258, Teil B, Fragen Nr. 21 und 22) verweisen, die in der 150. Sitzung als Anlage 38 Seite 10 429 bzw. in der 153. Sitzung Anlage 26 Seite 10 677 beantwortet wurden.

Anlage 22

Antwort

(D)

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 26 und 27):

Teilt die Bundesregierung die Aussage von Bundesminister Dr. Friderichs vor der Jahrestagung des Deutschen Groß- und Außenhandels, „diese Bundesregierung wird sich auf keine Experimente einlassen, um die Grenzen der Belastbarkeit unserer Wirtschaft zu testen, wie es außerhalb der Regierung einmal formuliert worden ist", und ist die Bundesregierung bereit, bei all ihren Gesetzesvorhaben diesem Grundsatz voll Rechnung zu tragen?

Kann die Versicherung von Bundesminister Dr. Friderichs auf der Jahrestagung des Deutschen Groß- und Außenhandels, daß demjenigen, der unter dem Schlagwort der Modernisierung der Volkswirtschaft „durch die Hintertür eine direkte Investitionslenkung durch staatliche Instanzen oder Wirtschaftsräte einführen will", „diese Tür verschlossen bleiben wird", auch als die Haltung des gesamten Bundeskabinetts und der sie tragenden Parteien SPD und FDP angesehen werden, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung entschlossen, gegensätzlichen Forderungen entschiedener als bisher entgegenzutreten?

Wegen des inhaltlich engen Zusammenhanges erlaube ich mir, Ihre beiden Fragen zusammengefaßt zu beantworten.

Auf der Jahrestagung des Deutschen Groß- und Außenhandels habe ich als Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied der Bundesregierung gesprochen. Zu den beiden in Ihren Fragen nur kurz zitierten Punkten habe ich längere und, wie ich meine, klare und erschöpfende Ausführungen gemacht, die von der Sache her keine zusätzlichen Erläuterungen erforderlich machen.

Ich darf jedoch ergänzend sowohl auf die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 17. Mai 1974 und die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung in den vergangenen Jahren als auch auf die zahlreichen Äußerungen von Vertre-

(A) tern der Bundesregierung zu diesen Fragen vor Parlament und Öffentlichkeit hinweisen. So wurde beispielsweise im Jahreswirtschaftsbericht 1973 festgestellt (Ziffer 23):

> Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt setzt eine intakte, leistungsfähige Wirtschaftsordnung voraus. Bewährtes Leitbild der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik ist die nach freiheitlichen Grundsätzen gestaltete und dem sozialen Fortschritt dienende Marktwirtschaft.

In seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 führte der Herr Bundeskanzler unter Ziffer VIII u. a. aus:

> Und noch eine Bemerkung zum Wettbewerb als dem steuernden Prinzip unserer Marktwirtschaft: Wettbewerb fordert den Leistungswillen heraus. Wettbewerb hat in unserem Lande Grundlagen für den wirtschaftlichen Fortschritt geschaffen. Eingebunden in die vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen löst die Marktwirtschaft die ökonomischen Aufgaben besser als andere vergleichbare Wirtschaftssysteme.
>
> Allerdings ist Marktwirtschaft zweifellos zu keinem Zeitpunkt vollkommen. Sie muß vielmehr ständig fortentwickelt werden. In dem Zusammenhang wird die Bundesregierung auch in Zukunft die Kräfte des Wettbewerbs stärken und fördern.

(B) Deutliche Beispiele dafür, daß die Bundesregierung diese Aussagen ernst nimmt und nicht daran denkt, die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskraft unseres Landes aushöhlen zu lassen, sind das Konjunkturprogramm vom Dezember vergangenen Jahres sowie Ausbau und Fortentwicklung der Mittelstandspolitik zur Erhaltung und Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen.

Anlage 23

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Immer** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 28):

> Wie wird gewährleistet, daß Investitionsmaßnahmen der Bundesregierung, die ganz oder teilweise im Rahmen des Konjunkturprogramms erfolgen, in einer Form ausgeschrieben werden, daß jeweils auch örtliche Firmen bei der Auftragsvergabe tatsächlich Berücksichtigung finden?

Die deutschen Vergabevorschriften sehen neben der im allgemeinen anzuwenden öffentlichen Ausschreibung die Vergabeform der beschränkten Ausschreibung und freihändigen Vergabe vor.

Da es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mit Mitteln der Konjunkturprogramme in aller Regel darauf ankommt, die Aufträge möglichst schnell zu vergeben, ist es im Hinblick auf die Dringlichkeit der Auftragsvergabe gerechtfertigt, das Vergabeverfahren der beschränkten Ausschreibung oder notfalls auch der freihändigen Vergabe zu wählen. (C) Diese Vergabeverfahren ermöglichen es, unter Aufrechterhaltung von Wettbewerb die Aufträge in die Gebiete zu vergeben, in denen die beschäftigungs- und konjunkturpolitisch erwünschten Effekte vorrangig zur Wirkung kommen sollen.

Eine Auftragsvergabe an örtliche Firmen um jeden Preis kann selbstverständlich nicht in Betracht kommen. Dies würde sowohl gegen zwingendes EG-Recht als auch gegen deutsche Haushaltsvorschriften verstoßen.

Die öffentlichen Auftraggeber auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene sind durch ein Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft im Sinne der vorstehenden Ausführungen unterrichtet worden.

Anlage 24

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Logemann auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Eigen** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 29 und 30):

> Auf Grund der Antwort auf meine Anfragen B 25 und 26 vom 21. Februar 1975, in der die Bundesregierung mitteilte, daß bis in die jüngste Zeit hinein größere Partien, besonders an Salat, wegen Überschreitungen der nach der deutschen Höchstmengenverordnung für pflanzliche Lebensmittel zulässige Rückstandstoleranzen an den Grenzen zurückgewiesen werden mußten, frage ich die Bundesregierung, welche Lieferländer mit welchen Mengen an Salat an der Zurückweisungen und zu welchen Zeiten beteiligt waren, und bei welchen Stoffen die (D) geltenden Toleranzen überschritten wurden?
>
> In welcher Höhe erheben niederländische Marktverbände zollähnliche Abgaben von Nahrungsmitteln, die in die Niederlande eingeführt werden, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls einzuleiten?

Zu Frage B 29:

Die Kontrolle und Überprüfung der Lebensmittel eigener Erzeugung wie der Importe obliegt den für den Vollzug des Lebensmittelgesetzes zuständigen Landesbehörden. Diese sind nicht verpflichtet, über durchgeführte Maßnahmen und Ergebnisse zu berichten. Die gestellte Frage könnte deshalb nur im Rahmen einer Umfrage ausreichend beantwortet werden. Hierfür wäre innerhalb der Bundesregierung nach der derzeitigen Geschäftsverteilung der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zuständig.

Die Bemerkung, daß bis in die jüngste Zeit größere Partien Salat wegen überhöhter Pflanzenschutzmittel-Rückstände zurückgewiesen werden mußten, bezog sich nach meinen Informationen in erster Linie auf die unbefriedigende Situation bei Quintozen. In diesem Falle ist in der Bundesrepublik aufgrund einer FAO/WHO-Empfehlung eine Erhöhung der duldbaren Menge von 0,3 ppm auf 3,0 ppm vorgesehen, die aus gesetzestechnischen Gründen jedoch noch nicht fixiert werden konnte. Dies hat eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen, die zu Beanstandungen vor allem bei holländischem Salat geführt hat.

(A) Nach neuesten Informationen sind Zurückverweisungen wegen überhöhter Quintozen-Mengen nicht mehr nötig gewesen.

Zu Frage B 30:

Der Bundesregierung ist bekannt, daß niederländische Marktverbände gelegentlich Abgaben auch auf Nahrungsmittel erheben, die aus anderen Mitgliedstaaten in die Niederlande eingeführt werden. Nach hier vorliegenden Informationen wurden solche Abgaben nur auf einige wenige Erzeugnisse erhoben. Die Bundesregierung sieht in der Erhebung solcher Abgaben einen Verstoß gegen die Bestimmungen von Art. 30 des EWG-Vertrages. Sie hat gegen die Bestimmungen von Art. 30 des EWG-Vertrages. Sie hat sich dementsprechend an die EG-Kommission mit dem Ziel eines Verbots der Erhebung dieser Abgaben gewandt. Die EG-Kommission ist zur Zeit mit der Aufklärung und Prüfung dieser Angelegenheit befaßt.

Anlage 25

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Logemann auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Spranger** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 31 und 32):

(B) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach der Verwaltungsvorschrift Nummer 2.4 alle diejenigen Betriebe von der Landzupacht über die Landabgaberente ausgeschlossen sind, die vor dem 1. Juli 1973 als entwicklungsfähige Betriebe eingestuft und entsprechend gefördert wurden, und welche Gründe sind für diese Benachteiligung vieler Landwirte maßgebend gewesen?

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, daß einerseits die vor dem 1. Juli 1973 als entwicklungsfähig angesehenen Betriebe mit enormem finanziellem Aufwand gefördert wurden, andererseits ihnen diese Möglichkeit der weiteren Entwicklung nun nicht mehr gegeben ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Regelung zugunsten der vor dem 1. Juli 1973 geförderten Landwirte zu verändern?

1. Die von Ihnen genannten Betriebe sind keineswegs generell von der Landzupacht über die Landabgaberente ausgeschlossen. Betriebe, deren Betriebsentwicklungspläne nach diesem Termin anerkannt wurden, haben jedoch einen Vorrang bei der Landaufnahme. Dies ist notwendig geworden, weil die Richtlinie des Rates der EG vom 17. April 1972 zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und der Verwendung der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Zwecke der Strukturverbesserung (72/160/EWG) vorschreibt, daß die freigesetzte Fläche vorrangig denjenigen Betriebsinhabern zur Verfügung gestellt werden muß, die gemäß Art. 8 der Richtlinie des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (72/159/EWG) gefördert werden. Erst wenn kein derartiger Betriebsinhaber die Flächen bewirtschaften kann, können auch andere Betriebe, die den weiteren Vorschriften des Landabgaberentenrechtes entsprechen, das freigesetzte Land übernehmen.

Zur Klärung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit den EWG-Strukturrichtlinien habe ich die (C) Länder in der 1. Hälfte des Monats April zu einer Besprechung gebeten. Außerdem wird die Bundesregierung sich in Brüssel für eine Überprüfung der Strukturrichtlinien mit dem Ziel einer größeren Flexibilität insbesondere hinsichtlich der Bestimmungen einer strukturverbessernden Landverwendung einsetzen.

2. M. E. besteht der von Ihnen gesehene Widerspruch nicht. Betriebe, die vor dem 1. 7. 1973 als entwicklungsfähig gefördert worden sind, können auch nach dem 1. 7. 1973 als entwicklungsfähige Betriebe gefördert werden, wenn ein Betriebsentwicklungsplan auf Grund der neuen EWG-Bestimmungen vorgelegt und anerkannt wird.

Anlage 26

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Pieroth** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 33 und 34):

Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, die Betriebsprüfungsordnung der Finanzverwaltung analog auf Prüfungen in Betrieben nach § 144 des Arbeitsförderungsgesetzes anzuwenden, da die Prüfer vom Arbeitsamt häufig ohne konkreten Prüfungsauftrag in den Betrieben erscheinen?

Wieweit sind Planungen im Bundesarbeitsministerium gediehen, daß es für Betriebe möglich sein wird, kurzfristig Arbeitslose vom Arbeitsamt auszuleihen, ohne daß die Betriebe die mit der An- und Abmeldung verbundenen Formalitäten erfüllen müssen?

(D)

Zu Frage B 33:

Die Bundesregierung hält es nicht für zweckmäßig, die Betriebsprüfungsordnung (Steuer) vom 23. Dezember 1965 auf Prüfungen nach § 144 des Arbeitsförderungsgesetzes entsprechend anzuwenden. Der Zweck beider Prüfungen ist zu unterschiedlich. Die Betriebsprüfungen der Finanzbehörden haben die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für die Steuerpflicht und die Bemessung der Steuer maßgebend sind, zugunsten oder zuungunsten der Steuerpflichtigen festzustellen. Die Prüfungen der Arbeitsämter dienen dagegen in erster Linie der Verhinderung mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Leistungen. Deshalb führen die Arbeitsämter auch keine Prüfungen in dem umfassenden Sinn durch, wie sie den Finanzbehörden obliegen.

Die Durchführung der Prüfungen nach § 144 des Arbeitsförderungsgesetzes ist in den Richtlinien des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit für den Ermittlungsdienst vom 9. April 1964 näher geregelt. Darin heißt es ausdrücklich, daß die gesetzliche Ermächtigung zur Durchführung von Ermittlungen auf die Feststellung von solchen Tatsachen beschränkt ist, die für die Beurteilung eines konkreten Leistungsfalles von Bedeutung sein können.

Zu Frage B 34:

Die Job-Vermittlungsstellen der Bundesanstalt für Arbeit vermitteln Arbeitslose und sonstige Arbeit-

(A) suchende schnell und unbürokratisch in Zeitarbeit. Soweit Ihre Frage dahin geht, ob die Arbeitsämter in Zukunft auch Arbeitslose im Wege der Arbeitnehmerüberlassung an Betriebe verleihen sollen, möchte ich folgendes bemerken.

Die Überlegungen, ob ein Verleih von Arbeitnehmern durch die Arbeitsämter notwendig, zweckmäßig und tatsächlich durchführbar ist, sind noch nicht abgeschlossen. Hierzu müßten entweder die Arbeitsämter zu Arbeitgebern der verliehenen Arbeitnehmer werden, wie es nach dem Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz die zugelassenen Verleiher sind, oder die Arbeitsämter müßten Verrechnungsstellen einrichten, die an Stelle der Betriebe die Berechnung und Leistung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für die an die Betriebe vermittelten Arbeitnehmer übernehmen.

Grundsätzlich ist jedoch jetzt schon zu sagen, daß es Hauptaufgabe der Arbeitsämter ist, Arbeitslose in Dauerarbeitsplätze zu vermitteln.

Anlage 27

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Buschfort auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Niegel** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 35 und 36):

(B) Treffen Informationen zu, wonach derzeit eine halbe Million ausländischer Gastarbeiter weniger in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind als früher?

Wie viele Personen werden über die Bundesanstalt für Arbeit auf Grund der Arbeitsförderung unterstützt, die keinen festen Arbeitsplatz mehr haben?

Zu Frage B 35: (C)

Die von Ihnen genannten Informationen, nach denen die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland um rd. eine halbe Million zurückgegangen sein soll, können nicht bestätigt werden. Die letzte, Ende Januar dieses Jahres von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Schätzung gibt den Stand der Ausländerbeschäftigung für Ende September 1974 mit rd. 2,35 Millionen an. Gegenüber dem Höchststand der Ausländerbeschäftigung Ende September 1973 (rd. 2,6 Millionen) ist die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Gastarbeiter bis zum Herbst des vergangenen Jahres um etwa 250 000 zurückgegangen.

Zu Frage B 36:

Die Zahl der nach dem Arbeitsförderungsgesetz geförderten Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die vor Eintritt in die Maßnahme arbeitslos waren, hat sich seit 1973 ständig erhöht. Dies ist vor allem auf das „Aktionsprogramm Berufliche Bildung" der Bundesanstalt für Arbeit vom März 1974 zurückzuführen, wonach für jeden Arbeitslosen die Möglichkeiten und Chancen einer Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Bildung zu prüfen sind. Während 1973 erst 5,8 v. H. der rd. 227 000 neuen Teilnehmer vorher arbeitslos gewesen waren, stieg im Jahre 1974 der Anteil dieser Personen bei einer Gesamtzahl von rd. 233 000 Geförderten auf 16,3 v. H. Im Januar 1975 erhöhte sich der Anteil nochmals, und zwar auf 27,1 v. H. bei insgesamt 21 063 neuen Teilnehmern an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. (D)

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht.

	1973		1974		Januar 1975		Januar 1974	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Gesamteintritte	226 942		232 597		21 063		12 968	
davon Arbeitslose	13 177	5,8	37 796	16,3	5 705	27,1	1 077	8,3
Fortbildung	185 199		185 873		17 027		10 789	
davon Arbeitslose	4 981	2,7	22 222	12,0	3 861	22,7	553	5,1
Umschulung	31 430		36 560		2 997		1 831	
davon Arbeitslose	5 268	16,8	12 140	33,2	1 513	50,5	499	24,9
Einarbeitung	10 313		10 164		1 039		348	
davon Arbeitslose	2 928	28,4	3 434	33,8	331	31,9	75	21,6

(A) **Anlage 28**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Berkhan auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Walther** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 37):

Trifft es zu, daß ausscheidende Zeitsoldaten nach ihrer Verpflichtung immer weniger Stellen im öffentlichen Dienst erhalten, daß auch das Berufsförderungswerk der Bundeswehr solche Stellen nicht vermitteln kann, und was gedenkt die Bundesregierung zutreffendenfalls zu tun?

Nach den genauen Unterlagen des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr erstreben ungefähr 85 % der ausscheidenden Soldaten auf Zeit eine Tätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft, nur 15 % suchen eine Verwendung im öffentlichen Dienst.

Auf die Anforderungen ihres zukünftigen Arbeitsplatzes in der gewerblichen Wirtschaft können sich die Soldaten auf Zeit über die Berufsförderung der Bundeswehr vorbereiten; sie haben auf diesem Weg die Möglichkeit, einen beruflichen und sozialen Aufstieg zu erreichen.

Der öffentliche Dienst steht den ausscheidenden Soldaten auf Zeit wie jedem anderen, privaten Bewerber offen. Auch auf diese Verwendung können sich Zeitsoldaten mit Hilfe der Berufsförderung der Bundeswehr vorbereiten und ausbilden. Den Soldaten mit mindestens zwölfjähriger Verpflichtungszeit vermitteln Eingliederungs- und Zulassungsschein sogar einen Anspruch auf Einstellung als Beamter oder Angestellter.

(B) Die Einstellung der Inhaber von Eingliederungsscheinen oder Zulassungsscheinen in den öffentlichen Dienst im Anschluß an ihr Wehrdienstverhältnis hat bei den Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden einschließlich der Gemeindeverbände, den anderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie bei den Trägern der Sozialversicherung bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt. Es wurden im Gegenteil die seit 1970 in jedem Jahr für Eingliederungs- und Zulassungsscheininhaber vorbehaltenen Stellen im öffentlichen Dienst bei weitem nicht benötigt.

Die Stellenvermittlung ist nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften Aufgabe der Arbeitsverwaltung. Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr unterstützt jedoch die an einer Verwendung im öffentlichen Dienst interessierten Zeitsoldaten dabei, eine ihrer Eignung entsprechende Stelle zu finden. Die Zuweisung von Inhabern eines Eingliederungsscheines oder Zulassungsscheines an die Einstellungsbehörden obliegt zwar den Vormerkstellen des Bundes oder der Länder, doch wirkt auch hier der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr unterstützend, wenn es erforderlich werden sollte.

Die zuständigen Stellen haben das vermehrte Interesse am öffentlichen Dienst sehr wohl registriert. Sie beobachten die weitere Entwicklung auch in Zukunft und auch wegen der Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr sorgfältig; mit den Vormerkstellen halten sie Verbindung. Falls sich Schwierigkeiten abzeichnen sollten, werden die notwendigen Schritte unverzüglich unternommen.

(C) **Anlage 29**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 38):

Ist die Bundesregierung bereit, auf der Autobahn Wiesbaden—Frankfurt bei der Beschilderung auch auf die Aus- und Auffahrtmöglichkeit für Flörsheim (und nicht nur auf Weilbach) besonders hinzuweisen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Rahmen des geplanten Baus der neuen B 519 für Flörsheim eine eigene Aus- und Auffahrt im Bereich der Flörsheim umgehenden Autobahnen zu schaffen?

Die Neugliederung des Main-Taunus-Kreises, von der auch die früheren Gemeinden Flörsheim und Weilbach betroffen sind, tritt am 1. 1. 1977 in Kraft, so daß sich die Gebietsreform hier zunächst noch nicht in vollem Umfang auswirken kann. Daher kann auch erst zu einem späteren Zeitpunkt über eine etwaige Umbezeichnung der Ausfahrtziele im BAB-Abschnitt Wiesbaden—Frankfurt (A 66) entschieden werden, wobei der gesamte Verkehrsraum beiderseits der Bundesautobahn zu berücksichtigen ist.

Die Planung der neuen B 519 ist noch nicht soweit fortgeschritten, daß heute zu der Frage, ob für Flörsheim im Zuge der neuen B 519 ein eigener Autobahnanschluß möglich ist, Stellung genommen werden kann.

(D) **Anlage 30**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Link** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 39 und 40):

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für viele Großstädte der Einsatz von Linientaxen in den späten Abendstunden, z. B. zur Ersetzung von wenig genutzten Omnibuslinien, von Bedeutung ist, frage ich die Bundesregierung, bis wann damit zu rechnen ist, daß das vom Bundesverkehrsministerium 1972 in Auftrag gegebene Gutachten über die Integrierung von Taxen im öffentlichen Personennahverkehr vorliegt?

Welche Gründe sind für den bisher schon 3jährigen langen Beratungszeitraum maßgebend?

Die Herren Dr. Pampel und Dr. Bidinger haben ihre Studie „Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine stärkere Integration der Taxen in den öffentlichen Personennahverkehr" vor kurzem vorgelegt. Das Ergebnis wird Ländern, Kommunen, Verbänden, Verkehrsträgern und im Rahmen des zum 31. Dezember 1975 vorzulegenden 3. Berichts der Bundesregierung über die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Neuregelung des § 8 des Personenbeförderungsgesetzes auch dem Bundestag zugänglich gemacht werden.

Die verhältnismäßig lange Bearbeitungszeit ist auf Schwierigkeiten bei der Erarbeitung praktikabler Modelle zurückzuführen.

(A)

Anlage 31

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 41 und 42):

Treffen Informationen zu, daß das Bundesministerium für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen in Übereinstimmung mit der Landesregierung Niedersachsen plant, die Fracht- bzw. Kanalgebühren für den zukünftigen Elbe-Seiten-Kanal höher als die allgemeinen Kanalgebühren anzusetzen, damit die Weserschiffahrt und die Weserhäfen durch den neuen Kanal finanziell nicht geschädigt werden?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch diese beabsichtigten Sondergebühren eine Belastung des Wirtschaftsraums Braunschweig—Wolfsburg—Salzgitter eintritt, die unvereinbar ist mit dem Text und dem Geist des Zonenrandförderungsgesetzes?

Zu Frage B 41:

Informationen, nach denen der Bundesminister für Verkehr mit der Landesregierung Niedersachsen Übereinstimmung über die Schiffahrtabgaben auf dem zukünftigen Nord-Süd-Kanal erzielt habe, treffen nicht zu. Die Höhe der Schiffahrtabgaben steht noch gar nicht fest. Der Bundesminister für Verkehr untersucht zur Zeit mit Vertretern der Binnenschiffahrt und der betroffenen Verladerschaft Umfang und Struktur der für diesen Kanal zu erwartenden Beförderungsmengen. Erst nach Abschluß dieser Untersuchungen kann ein Tarifentwurf im Bundesverkehrsministerium erarbeitet werden. Dieser wird mit den Landesregierungen der Küstenländer und den betroffenen Wirtschaftskreisen in der 2. Hälfte 1975 erörtert werden. Die Inkraftsetzung des Abgabentarifs ist erst für 1976 vorgesehen.

(B)

Zu Frage B 42:

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Sie geht davon aus, daß durch die Schiffahrtabgaben auf dem zukünftigen Nord-Süd-Kanal für den Wirtschaftsraum Braunschweig—Wolfsburg—Salzgitter keine Belastungen entstehen werden, die mit dem Text und dem Geist des Zonenrandförderungsgesetzes unvereinbar sind.

Anlage 32

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Schmidhuber** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 43 und 44):

Wieviel höhengleiche Bahnübergänge und Bundesstraßen und von öffentlichen Straßen gemäß Artikel 3 Abs. 1 Nr. 1 mit 3 des bayerischen Straßen- und Wegegesetzes gibt es im Bezirk der Bundesbahndirektion München?

Wieviel höhengleiche Bahnübergänge mit Verkehrswegen aller Art gibt es im Bereich der Landeshauptstadt München?

Zu Frage B 43:

Im Bezirk der Bundesbahndirektion München gibt es

(C)

140 Bahnübergänge von Bundes-,

198 Bahnübergänge von Staats-,

186 Bahnübergänge von Kreisstraßen und

1 002 Bahnübergänge von Gemeindeverbindungswegen und Ortsstraßen.

Zu Frage B 44:

Im Bereich der Landeshauptstadt München gibt es an Gleisen der Deutschen Bundesbahn 55 Bahnübergänge.

Anlage 33

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Baier** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 45):

Wie beurteilt der Bundesminister für Verkehr das ihm übersandte Verkehrsgutachten zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kraichgau (Raum Meckesheim/unteres Elsenztal/Kleiner Odenwald) und die dringende Forderung zum Bau der Bundesstraße 37 Z bzw. eines Autobahnzubringers?

Das Verkehrsgutachten zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse „Elsenztal/Kleiner Odenwald", das dem Bundesverkehrsministerium erst kurze Zeit vorliegt, kann nicht ohne weiteres und kurzfristig beurteilt werden. Hierfür ist zunächst eine Überprüfung durch die für die Planung der Bundesfernstraßen im Auftrag des Bundes zuständige Landesstraßenbauverwaltung und eine anschließende Abstimmung erforderlich.

(D)

Anlage 34

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Ey** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 46):

Wie begründet die Bundesregierung die unterschiedliche Transportkostenberechnung der Deutschen Bundesbahn für Rollstühle Behinderter, je nachdem, ob es sich um eine kriegs-, verkehrs- oder unfallgeschädigte Person oder um eine von Geburt oder durch Krankheit behinderte Person handelt (siehe „Die Zeit" vom 28. Februar 1975 „Recht im Rollstuhl")?

Nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn ist die frachtfreie Beförderung von Trag- und Krankenfahrstühlen sowie von Selbstfahrern für Kranke usw. seit jeher auf die durch Krieg oder Unfall schwerbeschädigten Fahrgäste abgestellt. Die Einbeziehung der von Geburt an oder durch Krankheit schwerbehinderten Personen in diese Vergünstigung ist in dem von der Bundesregierung im November 1974 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr (UnBefG) vorgesehen.

(A)

Anlage 35

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Köhler** (Wolfsburg) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 47 und 48):

Stimmt die Bundesregierung darin überein, daß eine bessere Verkehrserschließung des Zonenrandgebiets im Raum Wolfsburg/Braunschweig vordringlich ist und Verkehrswegeinvestitionen zur strukturellen Förderung dieses Gebiets beitragen?

Ist die Bundesregierung gewillt und in der Lage, ihre Zeitvorstellungen für den Bau des Autobahnzubringers Wolfsburg und der Braunschweiger Osttangente zu präzisieren, und wie beurteilt sie die Möglichkeiten, im Fall der Unübersdiaubarkeit der Zeitfristen die Dringlichkeitsreihung im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen so zu verändern, daß der Ausbau der B 248 der Realsierung der A 39 vorgezogen wird?

Zu Frage B 47:

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Verkehrswegeinvestitionen grundsätzlich in allen Bereichen des Zonenrandgebietes zur strukturellen Förderung beitragen. Dementsprechend wurde 1971 das Zonenrandförderungsgesetz erlassen und wird schon seit 1967 mit Hilfe des erweiterten Verkehrswegeplans für das Zonenrandgebiet die Verkehrserschließung dieser Gebiete bevorzugt gefördert.

Zu Frage B 48:

Der Bundesminister für Verkehr ist gewillt, seine Zeitvorstellungen für den Bau der BAB A 39 im Raum Wolfsburg-Braunschweig zu präzisieren; er ist jedoch derzeit dazu noch nicht in der Lage, weil

(B)

die bisher verfolgte Trasse zwischen Wolfsburg und der BAB A 2 wegen des dort liegenden Ölschiefervorkommens geändert werden muß. Nach Mitteilung des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr kann die Entscheidung über diese voraussichtlich geringfügige Änderung in Kürze erwartet werden. Der Bundesminister für Verkehr und die Niedersächsische Straßenbauverwaltung sind nach wie vor mit Nachdruck bemüht, den Bau der BAB A 39 zwischen Wolfsburg und der BAB A 2, wie bisher vorgesehen, ohne wesentliche Verzögerungen zu verwirklichen.

Gegen eine Verlagerung des Bedarfes von der BAB A 39 auf die B 248 bestehen Bedenken, weil damit die Möglichkeit verbaut wird, den Schwerpunktraum Braunschweig von überregionalen Verkehrsbeziehungen (Wolfsburg-Salzgitter, Eckverkehr von und nach Berlin) durch eine abgesetzte Ostumgehung zu entlasten.

Anlage 36

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Peter** (SPD) (Drucksache 7/3365 Fragen B 49 und 50):

Wieviel Kilometer Autobahn wurden im Saarland seit 1969 neu gebaut bzw. werden im Jahr 1975 fertiggestellt, und wieviel Millionen DM hat die Bundesregierung dafür aufgewendet?

Wieviel Kilometer Bundesstraßen wurden seit 1969 bis zum 31. Dezember 1974 im Saarland neu gebaut und ausgebaut, und in welcher Höhe sind dafür Bundesmittel zur Verfügung gestellt worden?

(C)

Zu Frage B 49:

Seit 1969 bis einschl. 1975 wurden im Saarland 61 km Autobahnen fertiggestellt. Im gleichen Zeitraum wurden für den BAB-Neubau Mittel in Höhe von 429,6 Mio DM bereitgestellt und verausgabt.

Zu Frage B 50:

Von 1969 bis einschl. 1974 wurden im Saarland etwa 30 km Bundesstraßen mit 2- bzw. 4spurigem Querschnitt gebaut. Für den Neu- und Ausbau der Bundesstraßen wurden in diesem Zeitraum insgesamt 211,7 Mio DM bereitgestellt und verausgabt.

Anlage 37

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Pohlmann** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 51):

Kann die Bundesregierung mir Auskunft darüber geben, an welcher Stelle die Ortsumgebung Lauenau im Zuge der B 442 im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans für den Ausbau der Bundesfernstraßen von 1976 bis 1980 eingestuft wird, und wenn nein, wann ist mit einer diesbezüglichen Entscheidung zu rechnen?

Der 2. Fünfjahresplan wird z. Z. von Bund und Ländern erarbeitet. Baubeginn und Dotierung von

(D)

Einzelmaßnahmen werden wesentlich vom finanziellen Gesamtumfang dieses Mehrjahresprogramms und dessen Aufteilung auf die einzelnen Maßnahmengruppen abhängen. Diese Festlegung des Gesamtrahmens steht noch aus, so daß über die Einstufung der Orstumgehung Lauenau im Zuge der B 442 in dieses Mehrjahresprogramm derzeit noch nichts gesagt werden kann. Mit einer Entscheidung hierüber und dem Abschluß der Arbeiten am 2. Fünfjahresplan ist bis zum Sommer dieses Jahres zu rechnen.

Anlage 38

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Sauer** (Salzgitter) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 52):

Glaubt die Bundesregierung, ihre Informationspflicht zu erfüllen, wenn sie auf die Anfrage des Kollegen Dr. Jahn (Braunschweig) (CDU/CSU) (Drucksache 7/3227 Frage B 70) antwortet, ihr wäre nicht bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn Streckenstillegungen im Bereich des Verwaltungspräsidiums Braunschweig plane (Stenographischer Bericht über die 150. Sitzung vom 21. Februar 1975), wenn ihr allein in dem Wahlkreis bekanntgemacht worden ist, daß die Deutsche Bundesbahn plane, die Strecke Salzgitter—Derneburg ebenso stillzulegen (Antwort der Bundesregierung vom 12. März 1975 auf meine Anfrage Drucksache 7/3335 Teil B Frage 46) wie die Strecken Clausthal-Zellerfeld bis Altenau, Langelsheim bis Altenau bzw. „gesamt", d. h. Goslar bis Altenau (Pressemitteilung des Beobachter, Seesener Tageszeitung/Rhüdener Tageblatt, vom 7. März 1975)?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Frage des Herrn Kollegen Dr. Jahn (Braun-

(A) schweig — BT-Drucksache 7/3227, Teil B, Nr. 70 — nicht geantwortet, „ihr wäre nicht bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn Streckenstillegungen im Bereich des Verwaltungspräsidiums Braunschweig plane".

Richtig ist vielmehr, daß die Bundesregierung die Frage des Herrn Kollegen Dr. Jahn (Braunschweig) mit dem Hinweis beantwortet hat, ihr seien Pressemeldungen — auf welche Herr Kollege Dr. Jahn in seiner Fragestellung pauschal verwiesen hatte — nicht bekannt und sie könne diese Meldung daher auch nicht bestätigen. Die Frage nach der Erfüllung der Informationspflicht der Bundesregierung stellt sich daher insoweit nicht.

Anlage 39

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Immer** (SPD) (Drucksache 7/3365 Frage B 53):

Inwieweit ist bei der Ausschreibung des ersten Teilstücks der Umgehungsstraße Altenkirchen (die in diesem Jahr zusätzlich aus Mitteln des Konjunkturprogramms finanziert wird) gewährleistet, daß an der Ausführung nicht nur große Firmen aus entfernteren Gebieten, sondern insbesondere auch örtliche kleine und mittlere Unternehmen beteiligt werden?

Von der Straßenbauverwaltung kann nicht gewährleistet werden, daß auch örtlich ansässige mittelständische Firmen an der Ausführung der Baumaßnahmen des Konjunkturprogramms beteiligt werden, da im Bundesfernstraßenbau entsprechend den Haushaltsbestimmungen grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben wird. Die Bauarbeiten der Umgehung Altenkirchen sollen jedoch in einzelnen Losen getrennt ausgeschrieben und vergeben werden, so daß sich auch kleinere und mittlere Firmen an der Auschreibung beteiligen und ihre günstigere Ausgangspositionen aufgrund der Standortvorteile im Wettbewerb mit ortsfremden Firmen zum Ausdruck bringen können. Für die Vergabeentscheidung ist jedoch allein das Wettbewerbsergebnis maßgebend.

Anlage 40

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Jung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Hoffie** (FDP) (Drucksache 7/3365 Fragen B 54 und 55):

Trifft es zu, daß es bei der Bereitstellung von posteigenen Zusatzeinrichtungen (Modems) zur Übertragung von Daten zu Lieferschwierigkeiten der Deutschen Bundespost gekommen ist, z. B. bei der Lieferung von Modems niedriger Geschwindigkeit für Apotheken?

Ist die Bundesregierung bereit, daraus die generelle Konsequenz zu ziehen, daß außer den Postmodems für alle Übertragungsgeschwindigkeiten (nicht nur für jene Geschwindigkeiten, die im Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen Nr. 34, Jahrgang 1975 / Verfügung Nr. 165/1975, Seite 2 genannt werden) unbefristet auch private Modems zugelassen werden und insoweit die Verordnung über den Hauptanschluß für Direktruf zu novellieren?

(C) Zu Frage B 54:

Von der Deutschen Bundespost werden für das öffentliche Fernsprechnetz die Datenübertragungseinrichtungen D 200 S, D 1200 S, D 2400 S, D 20 P-A, D 20 P-Z, AWD und AAE bereitgestellt. Vom Lager können geliefert werden D 200 S, AWD, D 20 P-Z. 4 Wochen „Wartezeit" bestehen für Modem D 2400 S und bei AAE. Ein Engpaß besteht für den Typ D 20 P-A, der in der Vergangenheit allein für den Arzneihandel verwendet wurde, sowie für den Typ D 1200 S — ein Gerät für den mittleren Geschwindigkeitsbereich. Hier liegen die Wartezeiten z. Z. bei 4 bzw. 2 Monaten.

Die verzögerte Bereitstellung der genannten Gerätetypen ist darauf zurückzuführen, daß die vorhandenen Lagerbestände wegen der allgemeinen Bedienungspflicht der Bundespost vollständig für neue Anwendungen für Datenfernverarbeitung eingesetzt werden mußten. Dieser zusätzliche Bedarf war der Deutschen Bundespost nicht rechtzeitig angekündigt worden.

Offenbar hatten sich die Anwender auf die bis dahin stets verzögerungsfreie Bereitstellung verlassen. Die Deutsche Bundespost muß jedoch im Interesse sparsamer Haushaltsführung die Lagerbestände dem durchschnittlichen Bedarf anpassen.

Zur Schließung der Versorgungslücke wurden sofort alle bei der Herstellerindustrie vorhandenen Bestände übernommen. Da diese jedoch für eine vollständige Bedarfsdeckung nicht ausreichten, sind unverzüglich weitere Aufträge erteilt worden. (D)

Falls die Herstellerfirmen ihre Lieferterminzusagen einhalten, können die Datenfernverarbeitungskunden in etwa 3 Monaten wieder ohne Wartezeit bedient werden.

Zu Frage B 55:

Die kurzfristigen Lieferverzögerungen ergaben sich für Parallelmodem, die nur im öffentlichen Fernsprechnetz eingesetzt werden können. Die Bundesregierung sieht daher keine Veranlassung, im öffentlichen Direktrufnetz über das verordnete Maß hinaus private Modem zuzulassen, da in diesem Bereich die genannten Schwierigkeiten nicht bestehen.

Die Deutsche Bundespost ist dabei, für die Datenübertragung in einem besonderen Fernschreib- und Datennetz neben einer speziellen Vermittlungstechnik auch digitale Übertragungstechnik einzuführen. Modem werden von diesem Zeitpunkt an nicht mehr eingesetzt. Da die Umrüstung auf die neue Technik regional erfolgt, kann die Deutsche Bundespost Modem, die in diesen Bereichen freiwerden, in noch nicht umgerüsteten Bereichen wieder einsetzen. Der einzelne Teilnehmer jedoch hätte keine Möglichkeit, Modem weiter zu verwenden. Dies ist neben den technisch-betrieblichen Gründen die Hauptursache für die Haltung der Deutschen Bundespost. Es wäre volkswirtschaftlich nicht zu vertreten, im Bereich der Datenübertragung die Technik bei der Deutschen Bundespost festzuschreiben und somit Innovationsmöglichkeiten zu blockieren.

(A)

Anlage 41

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Haack auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Baier** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Frage B 56):

Wie hoch waren die Zahlen der unerledigten Anträge auf Förderung von Familienheimen und Eigentumswohnungen einschließlich Kaufeigenheimen und Kaufeigentumswohnungen in den einzelnen Ländern zum Stichtag 1973 und 1974?

Die Zahl der unerledigten Anträge auf Förderung von Familienheimen (einschließlich Kaufeigenheimen) ist von 47 287 Mitte 1972 auf 38 121 Mitte 1973 und bis Mitte 1974 weiter auf 34 076 zurückgegangen. Die Zahl der unerledigten Anträge auf Förderung von Eigentumswohnungen verringerte sich im gleichen Zeitraum nur geringfügig von 8 250 Mitte 1972 auf 7 924 Mitte 1974.

Die entsprechenden Daten für die einzelnen Länder sind aus der beiliegenden Übersicht zu entnehmen.

Die Ergebnisse der Statistik der unerledigten Anträge auf Förderung von Familienheimen und Eigentumswohnungen für 1973 und 1974 werden demnächst auch im Bundesbaublatt veröffentlicht werden.

(B)

Anlage 42

Antwort

des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Pfeffermann** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 57 und 58):

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Sonnenenergiekollektoren zur Wärmebereitstellung, insbesondere von Einfamilienhäusern und Gewächshäusern, und ist sie bereit, den Vorschlag zu übernehmen, daß für die Markteinführung dieser Kollektoren für einen begrenzten Zeitraum billige Darlehen den Einfamilienhausbesitzern und Vertreibern von Gewächshäusern gewährt werden, damit eine möglichst hohe Stückzahl von Sonnenenergiekollektoren abgesetzt wird und damit auch der Preis sinkt?

In welchem Umfang werden durch die Bundesregierung die Erfahrungen verschiedener Länder bei der Anwendung der Sonnenenergie für die Wärmebereitstellung genutzt, und kann es die Bundesregierung ausschließen, daß in der Bundesrepublik Deutschland nochmals mit öffentlichen Mitteln Sonnenenergieprojekte gefördert werden, die in anderen Ländern schon längst behandelt wurden?

Zu Frage B 57:

Die Bundesregierung mißt der solarthermischen Wandlung der Sonnenenergie große Bedeutung bei. Sie ist der Auffassung, daß die Sonnenenergie vom Prinzip her einen wichtigen Beitrag zur Warmwasserbereitung auch in unseren Breiten leisten kann. Es ist die Aufgabe der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung mitzuhelfen, daß dies mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand möglich wird. Erste Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Nutzung von Sonnenenergie sieht die Bundesregierung in Systemen zur Erzeugung von warmem Brauchwasser in Einfamilienhäusern und evtl. in Gewächshäusern.

(C)

Es ist jedoch verfrüht, schon heute eine Stellungnahme darüber abzugeben, ob und wie die Markteinführung von Solarkollektoren wirtschaftlich begünstigt werden soll.

Die Bundesregierung wird aber nach Abschluß einer umfassenden Versuchsreihe, in der die entwickelten Systeme eingehend getestet und einer Langzeiterprobung unterworfen werden, die Frage der Markteinführung eingehend prüfen und ggf. entsprechende Vorkehrungen treffen.

Zu Frage B 58:

Die Bundesregierung steht in ständigem Kontakt mit den Ländern, in denen die photothermische Wandlung der Sonnenenergie bereits eine längere Tradition hat.

Nicht zuletzt dadurch war es möglich, mit entsprechenden staatlichen Förderungsmaßnahmen ein eigenes Forschungs- und Entwicklungspotential auf diesem Gebiet aufzubauen.

Hierbei wurde im wesentlichen auf die Erfahrungen zurückgegriffen, die z. B. aus Australien, Frankreich, Israel und den USA bekannt waren.

(D)

Die Erfahrungen und Ergebnisse z. B. von Testserien stehen im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur, Paris, und im Rahmen von NATO-CCMS (Committee on the Challenges of Modern Society) den beteiligten Partnern zur Verfügung.

Demgegenüber hat die Bundesregierung nicht die Absicht, zu verhindern oder gar auszuschließen, daß in der Bundesrepublik Sonnenenergieprojekte nochmals mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die in anderen Ländern auch behandelt wurden.

Im Gegenteil, sie ist der Meinung, daß es vielfach notwendig und zweckmäßig ist, ähnliche Projekte an unterschiedlichen Orten durchzuführen.

Es ist auch das Ziel der staatlichen Forschungs- und Entwicklungspolitik, die Innovation in der eigenen Industrie zu fördern. Dabei wird vorausgesetzt, daß Erkenntnisse und Erfahrungen anderer Länder in der Entwicklungsphase zu berücksichtigen und zu verwerten sind. Sobald jedoch eine Erprobungsphase beginnt, ist es durchaus sinnvoll, ähnliche Projekte wie im Ausland zu realisieren, nicht zuletzt, um den eigenen Entwicklungsstand kritisch beurteilen zu können.

Bei der solarthermischen Nutzung von Sonnenenergie kommt hinzu, daß sowohl unterschiedliche Bauweise als auch Unterschiede in Lebens- und Wohngewohnheiten der Bevölkerung es geboten erscheinen lassen, mit einer Vielzahl von Einzelprojekten Experimentierreihen durchzuführen, auch wenn ähnliche Experimente vom Ausland her bekannt sind.

(A)

Anlage 43

Antwort

des Bundesministers Matthöfer auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Lenzer** (CDU/CSU) (Drucksache 7/3365 Fragen B 59 und 60):

Wie weit ist die Koordinierung der Ressortforschung innerhalb der Bundesregierung gediehen, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für einen Antrag auf Aufhebung der 20-%igen Sperre der Mittel für die Ressortforschung?

Trifft es zu, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie darauf drängt, in den einzelnen Bundesministerien einen Beauftragten für die Koordinierung der Ressortforschung einzusetzen, und welche Überlegungen bestehen hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen zunehmender Forschungsbürokratisierung und Koordinierung der Ressortforschung?

Zu Frage B 59:

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat am 9. Oktober 1974 auf Antrag der SPD- und FDP-Fraktion beschlossen, bestimmte Haushaltstitel der Ressortforschung mit einer 20 %igen qualifizierten Sperre zu belegen. Die Sperre soll aufgehoben werden, sobald die Bundesregierung eine Konzeption über die Koordinierung ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten vorlegt.

(C)

Die Bundesregierung hat geprüft, wie die bisher praktizierte Koordinierung verbessert werden kann. Hierzu ist eine Konzeption der Forschungskoordinierung ausgearbeitet worden, die zur Zeit zwischen den Ressorts abgestimmt wird. Es ist vorgesehen, den Bericht jetzt dem Kabinett zur Verabschiedung zuzuleiten. Nach Billigung durch das Kabinett wird der Bundesminister der Finanzen die Vorlage dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mit dem Antrag übersenden, die 20%ige qualifizierte Sperre bei den gesperrten Forschungstiteln aufzuheben.

Zu Frage B 60:

Die angestellte Vermutung trifft nicht zu.

(B)

(D)